

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Abonnements 1.10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Erlaubt für die sechsgeheftenen Kolonnen, aber deren Raum 10 Pfg. für politische und gesellschaftliche Ereignisse und Bekanntmachungen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckte Wort 20 Pfg. (ausführlich gedruckt) 30 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 26. März 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Aufruf von Kalisch.

Er war hauptsächlich nach den Ansichten von Stein entworfen und ebenso an die Fürsten als an die Völker gerichtet, da man zu jener Zeit es nicht zu leugnen wagte, daß ohne den Beystand des Volkes der vorliegende große Kampf nicht zu beenden sei. Späterhin haben freilich unwürdige Menschen, deren Brust Etwas Regungen unfähig ist, jedes Aufrufen des Volkes als etwas Gefährliches gechildert.

Generalfeldmarschall von Böhlen.

Was von Anfang an als eine düstere Tragik auf dem Freiheitskampf des Jahres 1813 lastete, war, daß er nur mit russischer Hilfe ausgefochten werden konnte. Nationale Ehre und Freiheit — das läßt sich schwer in einen Reim bringen. Und in der Tat: wenn man von höherer geschichtlicher Warte aus absieht, erkennt man, daß, was sich mit den Kosaken und Tataren, Kalmücken und Kirgisen des russischen Heeres 1813 nach Deutschland hineinwälzte, nichts anderes war als die Woge der Konturrevolution und daß mit dem letzten französischen Völkermarscher, der sich zirkulierend über den Rhein zurückzog, die Revolution für ein Menschenalter aus Deutschland verschwand. Für geraume Zeit schien die Frage, ob Europa republikanisch oder kosakisch werden sollte, zugunsten des Kosakentums entschieden zu sein, denn das Vasallenverhältnis Preußens zum Zarismus, dessen fester Mitt der gemeinsame Rand an Polen war, wurde durch das Jahr 1813 noch enger gefügt, und im wahrsten Sinne des Wortes war von da an durch Jahrzehnte russische Schande auch preussische Schande. Aus dem bitteren Gram über diese Entwicklung ließ Heinrich Heine seinen alten Lehrer von den Siegern des Jahres 1813 sagen:

Es geht diesen Leuten wie den Thebanern, als sie bei Leuktra endlich einmal jene unbesiegbaren Spartaner geschlagen, und beständig mit dieser Schlacht prahlten, so daß Antiklidenes von ihnen sagte: „Sie machen es wie die Knaben, die vor Kreusa sich nicht zu lassen wissen, wenn sie einmal ihren Schutzherrn adäquiert haben.“ Liebe Jungen, es wäre besser gewesen, wir hätten selbst die Prügel bekommen.

Und Heines Widerpart, der Graf von Platen, schrieb aus denselben Empfindungen heraus sein Distichon:

Sogenannte Freiheitskriege.

Freiheitskriege fürwahr! Stand einst Miliades etwa Mit Dorskliren im Bund, als er die Perser bezwang?
 Dennoch hat man damals versucht, zarische Kräfte und deutsche Freiheit in einen Reim zu bringen und zwar geschah das in dem Aufruf von Kalisch, der von dem russischen Oberbefehlshaber Kutusoff im Namen Alexanders I. und Friedrich Wilhelms III. am 25. März 1813 erlassen wurde.

Als Verfasser des Aufrufs nennt Treitschke den Oberfachen Karl Müller, über den der geschäftige Barnhagen v. Ense 1847 eine Lebensbeschreibung zurecht gebastelt hat und der geschildert wird als ein fanatischer Teutone; in seiner blinden Deutschstümelei, die auch ein Zeichen der Zeit war, wollte er etwa den Generalstab in ein Hilfbamt verwandeln und die Generaladjutanten zu Hauptvornolden umtaufen. Aber dieses Karl Müller Anteil an dem denkwürdigen Dokument ist zweifelhaft und dunkel geblieben, zweifellos dagegen ist die Urhebererschaft des Freiherrn vom Stein. Der vom französischen Kaiser wie von den preussischen Junkern gleichermäßen geachtete Stein hatte sich notgedrungen nach Rußland an den Hof Alexanders I. begeben. Dort hatte er beratend und anstachelnd gewirkt, aber als nun über die Felder der Frühlingssunnen von 1813 fegte, da wollte er um alles in der Welt selbst den Schein vermeiden, als sei die Erhebung Preußens ein Werk Rußlands. Die Siegesstimmeln der russischen Generale, der beschränkten Nachhauhe Kutusoff an der Spitze, ging ihm sehr wider den Strich und er wußte, wieviel Mühe es gekostet hatte, diese russische Generalität überhaupt zur Fortsetzung des Feldzuges zu bewegen: echte Wänter, die sie waren, wären sie am liebsten wieder in ihren asiatischen Stumpfsinn zurückgesunken, nachdem der letzte Franzose über den Niemen retiniert war. Alexander freilich war anderer Meinung, aber nicht um seinem preussischen Kollegen einen Gefallen zu tun oder gar um Deutschlands Freiheit zu retten, sondern um die napoleonische durch die alexandrinische Welt Herrschaft zu ersetzen.

Auf jeden Fall wollte Stein diesen Alexander samt seinem Friedrich Wilhelm auf unverbrüchliche Prinzipien festlegen, deren Verkündung gleichzeitig dem Völkerrück ein neuer Treibstachel sein sollte. Aber nicht nur an die Völker, sondern auch an die Fürsten sollte sich der Aufruf von Kalisch wenden, und zwar hatte Stein, der ja überhaupt nur Staaten mit mehr als einer Million Einwohner für existenzberechtigt hielt, im Sinn, jedem Rheinbundpotentaten, der sich nicht binnen sechs Wochen gegen Napoleon erklärte, die Absehung anzudrohen. Aber so unehrerbietig wollten die beiden Fürsten von Gottes Gnaden doch nicht mit denen von Napoleons Gnaden umgehen, und so findet sich in dem Aufruf nur die sehr platonische Voraussetzung, „daß sich keiner finden werde unter ihnen, der, indem er der deutschen Sache abtrünnig sein und bleiben will, sich reif zeige der verdienten Vernichtung durch die Kraft der öffentlichen Meinung und durch die Macht gerechter Waffen.“

Was aber dem Volk an schänklingsenden Verheißungen in dem Aufruf versprochen wurde, war trotz mancher Korrekturen,

die der russische Alexander an dem Entwurf vorgenommen hatte, noch mehr als genug. In den entscheidenden Stellen des Manifestes hieß es:

Indem Rußlands siegreiche Krieger, begleitet von denen Sr. Majestät des Königs von Preußen, ihres Bundesgenossen, in Deutschland auftraten, kündigten Seine Majestät der Kaiser von Rußland und Seine Majestät der König von Preußen den Fürsten und Völkern Deutschlands die Rückkehr der Freiheit und Unabhängigkeit an. Sie kommen nur in der Absicht, ihnen diese entwandten, aber unveräußerlichen Stammgüter der Völker wieder erringen zu helfen. ... Nur dieser große, über die Selbstsucht erhabene und deshalb ihrer Majestäten allein würdige Zweck ist es, der das Vordringen ihrer Heere gebietet und leitet. ... Ihre Lösung ist Ehre und Freiheit. ...

Hiermit ist zugleich das Verhältnis ausgesprochen, in welchem Seine Majestät der Kaiser aller Reußen zum wiedergeborenen Deutschland und zu seiner Verfassung stehen wollen. Es kann dies kein anderes sein als eine schützende Hand über ein Werk zu halten, dessen Gestaltung ganz allein den Fürsten und Völkern Deutschlands anheimgestellt bleiben soll. Je schärfer in seinen Grundzügen und Umrißen dies Werk herauszutreten wird aus dem ureigenen Geiste des deutschen Volkes, desto verjüngter, lebenskräftiger und in Einheit gehaltener wird Deutschland wieder unter Europas Völkern erscheinen können. Uebrigens werden Seine Majestät nebst ihrem Bundesgenossen, mit dem sie in den hier dargelegten Gesinnungen und Ansichten vollkommen

einverstanden sind, dem schönen Zweck der Befreiung Deutschlands von fremdem Joch ihre höchsten Anstrengungen jederzeit gewidmet sein lassen.

Soweit der Aufruf von Kalisch, von dem Rehring mit Recht sagt, daß in keinem bonapartistischen Bulletin so arg geschwankelt worden sei wie in dieser feierlichen Rundgebung frommer Monarchen. In den Massen des preussischen Volkes aber bestärkte er zur Zeit seines Erscheinens die Auffassung, daß es auf den Schlachtfeldern von 1813 höhere Güter zu erringen gelte als die Sicherung der Hohenzollernkrone und die Herrschaft des ostelbischen Junkertums. Als die Hoffnungen des Volkes aber so schände zerschanden worden, da griffen die wahren Patrioten immer wieder auf dieses Manifest zurück, und mochten die Goldschreiber der Reaktion vom Schlage des Geheimrats Schmalz noch so sehr die Lände untertäniger Knechtsgeimung darüber flehen, wie die Flamme schrift an der Wand zu Babylon leuchtete es doch immer wieder durch: Freiheit und Unabhängigkeit — unerbüßliche Stammgüter der Völker — Ehre und Freiheit — ureigner Geist des deutschen Volkes! Unendlich öfter als der Aufruf an mein Volk ist in der trübseligen Zeitspanne zwischen 1815 und 1848 der Aufruf von Kalisch zitiert worden.

Aber eben weil er ein Denkmal monarchischer Lüge und Schmach ist, haben sich dieselben Bratenbarben, die noch eben den 17. März 1813 mit dithyrambischen Hymnen gefeiert haben, an diesem 25. März 1913 auf den Zehenspitzen und ohne einen Laut vorbeigeschliffen. Sie wollen, die armen Schächer, nicht erinnert sein!

Letzte Kämpfe.

Die Balkankrise scheint sich nun doch ihrem Ende zu nähern. Am Sonntag hatte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nochmals den Ausgleich zwischen Oesterreich und Rußland in der albanesischen Frage angekündigt und die Ueberzeugung ausgesprochen, daß eine endgültige Einigung auch über den letzten bisher strittigen Punkt gesichert sei. Und diese Ansicht wird von London aus in folgender Depesche bestätigt:

London, 24. März. Die das neutrale Bureau erfährt, sind sich die Mächte über die Grenze Albanien von Djabova bis zum Dridabace einig. Unter den Orten, über die ein Einverständnis erzielt worden ist, befinden sich Skutari und Djabova. Eine offizielle Erklärung darüber steht unmittelbar bevor und wird wahrscheinlich morgen erfolgen. Die Verbündeten werden eine Kollektivnote der Mächte über dieses Ergebnis erhalten. Damit sind zwei der heikelsten Punkte geregelt, und da den Verbündeten deutlich erklärt werden wird, daß Europa diese Frage erledigt hat, wird es nicht mehr nötig sein, die militärischen Operationen fortzusetzen, deren Ergebnis doch an der Entscheidung der Mächte nichts mehr ändern würde. Die Vorkämpfer werden sobald die sächsische Grenze Albanien eröffnen, für die Italien und Oesterreich besondere Gesichtspunkte haben. Obgleich die Verhandlungen hierüber langwierig sein können, besteht doch kein Grund, Schwierigkeiten zu befürchten.

Unter diesen Umständen war es klar, daß Montenegro das Verlangen Oesterreichs, das von dem russischen Gesandten in Cetinje ausdrücklich unterstützt wurde, werde erfüllen müssen. Und in der Tat hat Montenegro auf eine neuerliche Note der österreichisch-ungarischen Regierung, die mit Gewaltanwendung drohte, eine nachgiebige Antwort erteilt. Montenegro wird den Abzug der Zivilbevölkerung aus Skutari geschehen lassen und bis dahin das Bombardement einstellen. Und da die Mächte mit Einschluß Rußlands darin einig sind, daß Skutari dem selbständigen Albanien auf jeden Fall gehören werde, so ist zu hoffen, daß die Einstellung des sinnlosen Blutvergießens eine endgültige sein werde.

Auch die Friedensverhandlungen gehen, wenn auch schrecklich langsam, fort. Die Balkanstaaten und namentlich Bulgarien suchen noch im letzten Augenblick die von den Mächten vorgeschlagene Grenze gegen die Türkei hinauszuschieben. Und um ihre Position zu verbessern, hat die bulgarische Regierung noch eine letzte suchbare Anstrengung gemacht: der Generalsurm auf Adrianopel hat begonnen, die Festung soll noch vor dem Waffenstillstand um jeden Preis genommen werden. Ein sinnloses Worden auch hier, da das Schicksal Adrianopels selbst schon lange feststeht, ein nachsinniges Dahinschlachten von Tausenden, um den militärischen Ehrgeiz zu befriedigen und einige Fegeln Land mehr zu erhalten!

Die Antwort Montenegros.

Nachgeben unter Protest.

Cetinje, 25. März. (Aus amtlicher montenegrinischer Quelle.) Die montenegrinische Regierung hat den Vertretern der Mächte eine Zirkularnote übermittelt, worin sie gegen das Verlangen Oesterreich-Ungarns, die Operationen vor Skutari einzustellen, bis die dortige

Zivilbevölkerung die Stadt verlassen könne, und gegen die Drohung mit Zwangsmassregeln, falls Montenegro diesem Verlangen nicht entsprechen würde, Protest erhebt. Montenegro erklärt, diese Forderung Oesterreich-Ungarns als Verletzung der Neutralität zu betrachten. Die montenegrinische Regierung erklärt weiter in ihrer Note, daß sie aus Renlichkeitsgefühl und um dem einstimmigen Wunsch der Mächte nachzukommen, beim Kommandanten von Skutari die notwendigen Schritte unternehmen würde, um den Abzug der Zivilbevölkerung zu ermöglichen. Zu diesem Behufe hat sich heute früh ein Parlamentär nach Skutari begeben.

Die Dampferaffäre.

Cetinje, 25. März. (Aus amtlicher montenegrinischer Quelle.) Von montenegrinischer Seite wurden am 10. d. M. die Nachrichten auswärtsiger Blätter, wonach ein österreichisch-ungarischer Dampfer im Hafen von San Giovanni di Medua an Kössen der Baren gehindert und die Matrosen am Leben bedroht worden wären, als durchaus unrichtig bezeichnet. Dieses Dementi war den Tatsachen und der Wahrheit entsprechend; denn es war kein Schiff verhindert worden, seine handelsgeschäftlichen Manipulationen vorzunehmen, noch waren Matrosen von montenegrinischen Soldaten bedroht worden. Von der Beschwerde des Kapitäns und des Wachleiters der Sobra hat die montenegrinische Regierung erst vorgestern durch die Note der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft Kenntnis erhalten. Die Regierung hat sich beeilt, sofort in offizieller Form die Erklärung abzugeben, den Verkehr der österreichisch-ungarischen Dampfer erleichtern und selbst für ihre Bewegungen alle Erleichterungen bieten zu wollen. Die Regierung hat unverzüglich einen besonderen Funktionär beauftragt, die Untersuchung des Zwischenfalls einzuleiten und gleichzeitig die Erklärung abzugeben, eventuelle Schuldige streng bestrafen zu wollen.

Die Friedensvermittlung.

Die Antwort der Verbündeten.

Sofia, 24. März. Ueber die Antwort auf die neue Friedensbasis der Großmächte wird noch zwischen den Verbündeten verhandelt; man hofft, in drei Tagen eine Verständigung zu erzielen. Wie verlautet, wollen die Verbündeten den Vorschlag der Großmächte als Basis für die Friedensverhandlungen annehmen; sie hoffen jedoch, noch einige Bedingungen zu ihren Gunsten ändern zu können.

Erklärungen Greys.

London, 25. März. Unterhaus. In der heutigen Budgetdebatte gab Sir Edward Grey eine bedeutendere Erklärung über die Balkanlage ab, in der er sagte: Die Balkanfrage zerfällt in zwei Hauptpunkte. Folgeschwer und ernst, wie der Krieg ist, war es die dringende Aufgabe der Großmächte, dafür zu sorgen, daß der Krieg örtlich begrenzt werde und sich nicht ausdehne oder irgendwelche Mächte in gegenseitige Mißbilligkeiten verwickle, die zum Friedenbruch hätten führen können. Wer sich an die großen Besorgnisse in den letzten Jahren erinnert, daß die Katastrophe im nahen Orient hereindringen könnte, wird jetzt anerkennen, daß es für die Diplomatie der Großmächte rühmlich ist, daß diese den Sturm bis zum gegenwärtigen Augenblick ausgehalten, und, wie ich hoffe, einen Punkt er-

reicht haben, an dem jede Aussicht besteht, daß der Sturm bis zu Ende ausgehalten werden wird. (Weisfall.)

Die Großmächte haben einer Annahme den Sarays gemacht — und das bedeutet einen großen Aktivismus für den Frieden — daß nämlich einige von ihnen die Gelegenheit wahrnehmen wollten, um für sich auf dem Festlande oder auf den Inseln Gebietsteile zu erwerben. Der schäpferige und gefährliche Punkt war da die Frage Albanien und seiner Abgrenzung. Noch vor Weihnachten wurden einige Fortschritte gemacht. In erster Linie wurde zwischen den Mächten eine Einigung darüber erreicht, daß ein selbständiges Albanien geschaffen werden sollte. Es war wichtig, daß auf dieser Grundlage eine Einigung erzielt wurde. Ebenfalls vor Weihnachten kam zwischen den Mächten eine Einigung über die Frage der adriatischen Küste zustande. Damit war ein anderer gefährlicher Punkt beseitigt. Es blieben zu erörtern die Randgrenzen Albanien, eine Frage von großer Bedeutung, weil Albanien, wenn es zu klein ausfallen sollte, keine selbständige Existenz haben konnte, andererseits aber, wenn es zu groß geraten würde, ungebührlich die berechtigten Aspirationen und Ansprüche Montenegro, Serbiens und Griechenlands beeinträchtigen würde.

Die Großmächte haben bis jetzt noch nicht über die Südgrenze Albanien verhandelt. Ich möchte das Haus bitten, sorgfältig zwischen der südlichen und südöstlichen und der nördlichen und nordöstlichen Grenze zu unterscheiden, während hinsichtlich der südlichen Grenze noch keine Übereinstimmung erzielt worden ist und obgleich Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Punkten bestehen mögen, die schwierig zu beilegen sein mögen. So glauben wir im Zusammenhang hiermit — und ich denke nicht, daß es irgend eine der Großmächte nicht glaubt — daß, welche Meinungsverschiedenheiten auch immer austauschen mögen und welche Schwierigkeit auch bei der Beilegung der strittigen Punkte hinsichtlich der südlichen und südöstlichen Grenze vorliegen möge, mit diesem Teil der Grenzen keine Frage in Zusammenhang steht, die geeignet ist, eine derartige Differenz unter den Mächten zu verursachen, die zu einer Quells von Gefahren und Besorgnis werden könnte.

An der Nord- und Nordostgrenze liegt die Sache anders. Der Unterschied besteht darin, daß, wenn diese nicht zweifelsfrei festgelegt worden wäre, sich Fragen zwischen den Mächten erheben könnten, welche nicht nur eine Besorgnis, sondern eine Gefahr verursacht hätten. Diese Unterschiede wurden beseitigt besonders hinsichtlich Skutari im Norden und einiger anderer Städte im Norden und Nordosten. Punkt für Punkt kamen die Mächte tatsächlich zu einer Verständigung, und solange noch ein Punkt ausstand, war man sich darüber einig, daß jede Verständigung über irgend einen Punkt bedingt war durch eine Verständigung über das Ganze. Eine Zeitlang waren wir in der Lage, daß wir eine Verständigung zwischen den Mächten der ganzen Nord- und Ostgrenze Albanien in Sicht hatten, sofern ein noch ausstehender Punkt beigelegt werden könnte. Ende letzter Woche wurde die Einigung über jenen noch ausstehenden Punkt der Nord- und Nordostgrenze erreicht.

Es ist von wesentlicher Bedeutung, daß zum Schutze der mohammedanischen und katholischen Minoritäten in den an Serbien und Montenegro abgetretenen Gebietsteilen Bürgschaften geschaffen werden. Die Massen und Stämme sind in einigen Teilen des Gebietes so durcheinandergewirft, daß irgendeine Garantie vorhanden sein muß. Aber vor allem kommt es darauf an, daß die Mächte sich nicht länger über die Gebietsabgrenzungen uneinig sind. Was die geographische Grenzlinie angeht, so empfiehlt es sich, vorsichtig mit Voraussetzungen zu sein. Wir sind während der letzten Wochen ständig vor unvorhergesehene Zwischenfälle gestellt worden und alle Berechnungen können über den Haufen geworfen werden. Zu erwägen bleiben die Fragen der Staatsschuld, der kommerziellen Angelegenheiten und der ägäischen Inseln.

Nach Wochen der Arbeit und der Besorgnis, welche die Mächte zu ertragen hatten, können sie wirklich dankbar sein, daß die Fragen, so schwierig sie auch immer waren, keine Besorgnis in sich schließen. Serbien und Montenegro ist die Mitteilung gemacht worden, daß die Mächte ein Übereinkommen erzielt haben, die Feindseligkeiten in den Gebieten einzustellen, die in Zukunft zu Albanien gehören würden. Serbien und Montenegro sollten sich so bald als möglich von dem in diesen Gebieten besetzten Punkten zurückziehen, und insbesondere hätten die Angriffe auf Skutari aufzuheben, weil, indem die Bestimmung dieses Ortes nicht durch die Belagerung entschieden wird, das Fortdauern der Belagerung ein unnützes Gemetzel bedeuten und tatsächlich auf verbrecherische Torheit hinauslaufen und ihnen jede Sympathie in England entfremden würde.

Das ist einer der Gründe, weshalb es wünschenswert ist, daß die Tatsache der unter den Mächten erzielten Einigung sobald wie möglich bekannt wird, so bin ich fest davon überzeugt, daß diejenigen, die sich ihr widersetzen, sich nicht der Sonderaktion einer einzigen Macht, die die Mächte auseinanderbringen könnte, sondern dem gemeinsamen Druck aller Mächte gegenübergestellt sehen werden. Nachdem die Einigung erzielt worden ist, ist es der erste Schritt für die Mächte, eine gemeinsame diplomatische Aktion in Belgrad und Cetinje zu unternehmen, den Entschluß, zu dem sie gekommen sind, bekannt zu geben und die Einstellung der Feindseligkeiten in den Albanien zugehörigen Gebieten herbeizuführen. Ich habe die Zuversicht, daß dieser Schritt ohne Verzug unternommen wird; denn solange er noch nicht unternommen ist, besteht eine größere Gefahr von Widrigen, verwirrenden und hörenden Zwischenfällen als nachher. Soviel über den ersten Hauptpunkt.

Was nun den zweiten Hauptpunkt angeht, nämlich den Krieg zwischen der Türkei und den Verbündeten, so haben die Mächte ihre Vermittlung angeboten und Bedingungen formuliert, die nach ihrer Ansicht eine billige Grundlage für den Frieden abgeben. Das wichtigste ist die Grenzlinie, die sie der Türkei vorgeschlagen haben und die von Enos nach Midia läuft. Diese Grenze wird, wie ich hoffe, angenommen werden, denn dann wird vermieden, daß sich Fragen über Konstantinopel, die Dardanellen und natürlich auch Kleinasien erheben.

Türkische Friedensstimmen.

Konstantinopel, 24. März. Die türkische Presse beginnt die öffentliche Meinung auf den Frieden vorzubereiten. Der „Tanin“, der bis vorgestern für die Fortsetzung des Krieges bis zum Aeußersten eingetreten war, sagt jetzt, nicht die Pforte, sondern die Arme müsse sich über

die Annahme anhängen und erklären, ob es möglich sei, den Krieg mit der Aussicht fortzusetzen, Adrianopel und den Rest der europäischen Türkei zu retten. Wenn die Arme von der Notwendigkeit des Friedensschlusses überzeugt sei, dann würde die Pforte die Einzelheiten erörtern. Der „Idam“ meint, da die Mächte die Pforte bereits vorher sondiert hätten, dürfe man die festgesetzten Bedingungen nicht als unannehmbar betrachten. Der Friede stehe vor der Tür. „Sabah“ schreibt: Wenn die Pforte die Gründe, die für die Notwendigkeit des Friedens sprechen, darlegt, dann wird die öffentliche Meinung sie würdigen können. Nur die Regierung ist imstande, diese Möglichkeit zu erkennen. Wir werden dann, sagt das Blatt, den Frieden annehmen müssen, nachdem wir Garantien für die Uebernahme eines Teiles der türkischen Staatsschuld durch die verbündeten Staaten auch hinsichtlich des auf Grund des Berliner Vertrages auf Bulgarien und Ost-Rumelien entfallenden Teiles erhalten und die Stützpunkte für unsere Armee und Flotte auf den Archipel-Inseln sowie die Rechte der Inselmanen, Korsakiten und Skutowalachen in den abgetretenen Gebieten gesichert haben werden.

Türkische Zustände.

Konstantinopel, 24. März. Seit gestern läuft ein Gerücht über die Verhaftung mehrerer Offiziere. Das Gerücht ist jedoch anscheinend übertrieben. Divisionsgeneral Dschahid Osman sowie der Hauptmann Schaban, der in mehreren Prozessen wichtige Enthüllungen über das jungtürkische Komitee gemacht hat, sollen verhaftet, jedoch wieder freigelassen worden sein. Vorgestern wurde in der Stadt im geheimen an verschiedenen Stellen ein Pamphlet verteilt, welches mit den Worten „Die Arme kann nicht mehr warten“ beginnt. Das Pamphlet ergeht sich in Vermahnungen gegen das jungtürkische Komitee, gegen die beiden früheren Kammern, gegen den Großwesir Mahmud Schevket Pascha, sowie die früheren Großwesire Hakkı Pascha und Said Pascha, gegen die früheren Minister Dschahid und Talaat, sowie gegen Enver Pa. Der Platzkommandant fordert diejenigen Offiziere, die sich in Konstantinopel auf Urlaub befinden (!) oder aus anderen Gründen ihre Truppenkörper verlassen haben, auf, unter allen Umständen noch heute zu ihren Regimentern in der Disziplinlinie zurückzukehren.

Eine gefangene Arme.

Cetinje, 25. März. Amtlich wird gemeldet, daß Dschahid Pascha sich mit 15 000 Mann am Flusse Stumbi den Serben ergeben hat. — Es handelt sich um Reste der Arme von Janina.

Sturm auf Adrianopel.

Sofia, 25. März. (Meldung der Agence bulgare.) Heute früh um 1 Uhr unternahmen die bulgarischen Truppen gleichzeitig den Generalsturm auf allen Sektoren gegen die vorgehobenen Positionen der Festung Adrianopel. Gegen 1/4 11 Uhr gingen die Bulgaren trotz des erbitterten Widerstandes der Türken mit dem Bajonett vor und es gelang ihnen, alle Positionen des Ostsektors zu besetzen. Die Festungswerke von Maslak mit dem Fort gleichen Namens und alle unmittelbar im Osten der Festungslinie gelegenen befestigten Punkte fielen in die Hände der bulgarischen Truppen, welche zwölf Geschütze mit allem dazu gehörigen Material und vier Maschinengewehre erbeuteten und ein Bataillon von ungefähr 300 Mann gefangen nahmen. Die bulgarischen Vorposten besetzten sodann Serwaudere, das ungefähr einen Kilometer von der Festungslinie entfernt liegt.

Auf den westlichen und südlichen Sektoren warfen die bulgarischen Truppen den Feind aus seinen vorgehobenen Positionen und rückten bei seiner Verfolgung sichtlich vor.

Bei Dschataldja warfen die Bulgaren den Feind auf der ganzen Linie zurück. Sie halten jetzt die Linie Ormanli-Epivatos.

Das Attentat von Saloniki und die internationale Reaktion.

Es gibt für die reaktionären Parteien kein eintägigeres Agitationsmaterial als einen Königs-mord — sofern er nicht von ihnen selbst herrührt. Ging das Attentat von der Hand eines politisch oder auch einfach geistig Ungerechnungsfähigen aus, läßt jedesmal die Trommel der politischen Reaktion aller Länder.

Wer hat in Saloniki den König von Griechenland ermordet? Ein geistesgestörter Grieche. Schon in der ersten Stunde unterlag die Identität des Täters nicht dem mindesten Zweifel. „Schade“, sagten sich die geistlichen Nationalisten, und sie meldeten in ihren Zeitungsblättern: „Der Mörder kann kein Grieche sein, er wird sich zweifellos als Türke oder als Bulgare entpuppen.“ Später schrieb man: „Der Name des Mörders klingt zwar griechisch, der Mörder scheint aber ein prägnanter Argowalache zu sein.“ So wird der Nationalitätenhaß geschürt. Selbstverständlich konnte auch die liebe russische Regierung sich den fetten Wiffen von Saloniki nicht entgehen lassen. Eine amtliche russische Telegraphenagentur verbreitet die aus einer Konstantinopeler „authentischen Quelle“ geschöpfte Mitteilung, die Ermordung des griechischen Königs sei auf Anstiftung der Juden erfolgt. Damit fabriziert die russische Regierungsclique Fundstoff zur Pogrom- und Ritualmordhege, die gerade um diese Zeit des Passahfestes in Rußland ihren Höhepunkt erreicht.

Ostelbische Wahllisten.

Der Wahlkreis Schwach a. B. genießt den Vorzug, durch seinen Landrat, einen Herrn von Halem, im Reichstage vertreten zu sein. Die Wahl in Schwach bietet so viel Eigentümlichkeiten, daß man wohl behaupten darf, sie findet in der langen Geschichte der deutschen Reichstagswahlen nicht ihresgleichen.

Als Ergebnis der Wahl am 12. Januar 1912 wurde vom Wahlvorsteher eine Stichwahl zwischen dem Landrat von Halem und dem Polen von Sah-Jaworski angelegt, obwohl der polnische Kandidat bereits im ersten Wahlgange gewählt war. Bei der Stichwahl setzte nun die ganze amtliche Woche ein. Stimmzettel, auf den Namen Sah-Jaworski lautend, wurden für ungültig erklärt, weil der Name anstatt mit h nur mit einem s geschrieben war. Andere Stimmzettel wurden deshalb für ungültig erklärt, weil sie lauteten auf: A. h. von Sah-Jaworski. Die ständigen Wahlvorsteher erklärten, es gäbe nur einen Kandidaten, nicht aber einen Abgeordneten von Sah-Jaworski, wiewohl ihnen bekannt sein mußte, daß der genannte Herr auch dem preussischen Landtag angehört, demnach allerdings auch zur Zeit der Reichstagswahl Abgeordneter war. Auf diese Weise war es möglich, für den Herrn von Halem 8008 Stimmen aufzubringen, während der Pole mit 8307 Stimmen unterlag.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags hat einwandfrei festgestellt, daß nicht Herr von Halem, sondern Herr v. Sah-Jaworski gewählt ist. Es entstand ferner die Frage, ob nicht, nachdem ein falscher Kandidat für gewählt proklamiert worden war, der rechtmäßig gewählte Abgeordnete nun ohne weiteres einzuberufen sei. Herr von Sah-Jaworski hat inzwischen dem Wahlvorsteher mitgeteilt, daß er zweifellos der zu Recht gewählte Abgeordnete sei, daß er das Mandat annehme und eruche, die geeigneten Schritte zu unternehmen, um ihm seinen Eintritt in den Reichstag zu ermöglichen. Noch bevor die Wahl vor das Plenum des Reichstags gebracht werden konnte, legte Herr v. Halem sein Mandat nieder, und am 20. Dezember fand eine Nachwahl statt, bei der v. Halem mit knapper Mehrheit siegte. Die Frage, ob v. Sah-Jaworski nicht ohne weiteres als Abgeordneter einzuberufen ist, wird voranschrittlich noch das Plenum beschäftigen.

Der gegen die neue Wahl beim Reichstag eingelaufene Protest führt außer dieser Frage so viel Ungelegenlichkeiten auf, daß der neuerliche Wahllast unter allen Umständen lassiert werden wird. Die ganze Art, wie diese Wahl vorgenommen wurde, ist typisch für die Wahllisten, wie sie in Ostelbien üblich sind. Für die Wahl des Herrn v. Halem war ein „Deutscher Wahlauschuß“ tätig, der den Wahlvorstehern Anweisungen gab, wie sie es zu machen hätten, um zu verhindern, daß die Polen an der Wahl teilnehmen können. Eines dieser Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

Vertraulich. Schwach, den 23. Dezember 1912.

Im Interesse des Deutschtums in den Ostmarken liegt es, Alles zu tun, um einen Wahlsieg der polnischen Partei im Kreise Schwach zu vermeiden. Wichtig hierfür ist nicht nur, daß alle Deutschen, welche in den Wahllisten bezeichnet sind, ihr Wahlrecht ausüben, sondern auch, daß polnische Wähler von der Wahl ferngehalten werden, indem sie für die Zeit der Wahlhandlung nach außerhalb gesucht werden, sei es, um für den eigenen Betrieb durch Anfahren von Holz usw. Abfahren von Getreide usw. oder auch aus ökonomischen bei anderen tätig zu sein. Wir zweifeln nicht, daß auch in dieser Beziehung ohnehin das möglichste versucht wird. Wir möchten aber empfehlen, schon jetzt die nötigen Vereinbarungen mit den hierzu notwendigen Vertrauenspersonen (Pörlern, Gastwirten, Getreidehändlern, Gutsherren, Betriebsleitern usw.), welche bei der Fernhaltung der betreffenden Wähler durch Spendung von Alkohol beihilflich sein und eventuell auch zur Vermeidung von Unglücksfällen für Ausspannung der Pferde sorgen möchten, zu treffen. Einige für solche Arbeiten geeignete Leute werden sich in jedem größeren Betriebe finden lassen. Wie sehr es aber auf nur einige Stimmen bei und ankommt, haben wir bei der Wahl am 12. Januar er. gesehen.

Deutscher Wahlauschuß.

Eine Durchsicht der Wahllisten ließ erkennen, daß von den Wählern, Wähler von der Ausübung ihres Wahlrechtes fernzuhalten, in sehr umfassendem Maße Gebrauch gemacht wurde. Es wird die Frage zu prüfen sein, ob nicht damit bewußt ein falsches Wahlergebnis herbeigeführt worden ist, ein Vergehen, das nach dem Reichsstrafgesetzbuch mit Gefängnis bestraft werden muß.

Am 26. Dezember versicherte dieser Deutsche Wahlauschuß an sämtliche Wahlvorsteher und Protokollführer folgendes Schreiben:

Schwach, den 26. Dezember 1912.

Wieder deutscher Landmann!

Wir bitten, bei dem Wahlgeschäft am Wahltag noch folgendes zu beachten:
Kein verzagener polnischer Wähler darf wählen!
Jeder polnische Wähler, dessen Schreibweise (Vorname und Nachname) nicht auf das genaueste mit der Liste übereinstimmt, muß zurückgewiesen werden.
Jeder polnische Wähler, der nicht von mindestens zwei deutschen Mitgliedern des Wahlvorstandes gefolgt wird, muß sich durch amtliche Papiere legitimieren.
Jeder in der Wahlliste stehende deutsche Wähler ist legitimiert und darf wählen. Bei allen Beschlüssen und Entscheidungen des Wahlvorstandes ist stets für die deutsche Sache zu stimmen.
Nicht theoretische Berechtigtheit, sondern der Sieg der deutschen Sache sei die Parole.

Deutscher Wahlauschuß.

Diese Mahnungen wurden getreulich befolgt. Polnische Wähler, die am 12. Januar anstandslos wählen durften, wurden diesmal von der Wahlurne zurückgewiesen mit der Behauptung, daß sie dem Wahlvorstand nicht bekannt seien. Dabei handelte es sich teilweise um Wähler, die als Aktiver lange Jahre in der Gemeinde wohnten und den Wahlvorstehern natürlich ganz gut bekannt waren, die aber durch diesen skandalösen Kniff verhindert worden sind, ihr Wahlrecht auszuüben. Der Wahlprotokoll zählt nicht weniger als 130 Wähler auf, die auf diese Weise von der Wahlurne zurückgewiesen wurden. Eine große Reihe anderer, offensichtlich schikanöser Verhöre zumgunsten der Polen führt der Protest auf. Die Verstöße sind so kraß, so himmelschreiender Art, daß der Reichstag voraussichtlich auch zu Beschlüssen kommen wird, die einem so skandalösen Verfahren für die Zukunft einen Riegel vorschieben werden. Ist es Herrn v. Halem fremd gewesen, mit welchen Mitteln seine Anhänger den Wahlkampf geführt haben? Die Sozialdemokratie ist in diesem Kreise noch außerordentlich schwach. Sie mußte nur 161 Stimmen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 25. März 1913.

Der Besitzsteuerschwinkel.

Donnerstag oder Freitag sollen die neue Heeresvorlage und die Deckungsgesetze hoheitlich veröffentlicht werden, vorausgesetzt, daß der Bundesrat mit seiner Arbeit so rasch fertig wird. Die Zustimmung zu der Heeresvorlage war natürlich im Augenblick gegeben, aber mit den Steuerentwürfen hapert's noch immer. Und was man davon hört, läßt das Schlimmste erwarten. Schon daß die Regierung es wagt, bei der Vermögensabgabe den Grund der Progression preiszugeben, ist ein Skandal. Ist vielleicht die Rücksicht auf die Kleinfürsten der Fürsten, die ein einziges Mal die Steuerpflicht erfüllen sollen, hier das treibende Motiv? Noch ärger aber ist die Absicht, die Vermögensabgabe zu dem freien Schwinkel zu mißbrauchen, die dauernden Abgaben durch alles andere, nur nicht durch eine wirkliche, allgemeine Reichsbesitzsteuer zu decken. Weiß doch bereits die „Kölnische Zeitung“ zu melden, daß die Besitzsteuer von den Einzelstaaten aufzubringen sein würde! Dem Reichstag soll also sein Steuerrecht geraubt werden und den Privilegiendlandtagen, wo die Besitzenden rückwärtslos ihre Macht gebrauchen können, das Steuerrecht des Reichstages übertragen werden. Die neuen Steuerentwürfe sollen so gleich eine politische Entrechtung der deutschen Volksvertretung bringen. Ein sauberes Plaus fürwahr, und wir sind nur neugierig, welche bürgerlichen Parteien reichsfeindlich genug sein werden, ihn zu akzeptieren. Im übrigen läßt die Regierung durch ihre Offiziösen noch immer Stimmung machen für die Durchpeitschung

der Heeresforderungen. Der Reichstag soll bis Pfingsten mit diesem ungeheuerlichen und folgenschweren Gesetz fertig werden. Jergendein Grund außer dem Befehl des Generalstabs existiert für dieses Verlangen natürlich nicht, und nicht einmal ein Wort an existiert dafür, seitdem es sich immer klarer herausstellt, daß auch die französischen Militaristen auf die Durchsetzung ihrer Forderung werden verzichten müssen.

Alles in allem will es uns scheinen, daß die Regierung diesmal den Bogen zu überspannen im Begriff ist. Schließlich hat auch die Ueberduld des deutschen Mißwils eine Grenze.

Zentrumreden.

Im Zentrum macht sich, noch bevor die neuen Militärvorlagen mit ihren Milliardenopfern an den Reichstag gelangt sind, eine wahrhaft laienjämmerliche Stimmung geltend. Die „Germania“ wünscht geradezu, daß die Furcht vor „Brandstiftungen“ wie die Milliardenabgabe nicht schwinden möge:

„Wenn nun diese „Schreier“ künftig nicht nur durch die einmalige Vermögensabgabe, sondern auch durch die neuen fortwährenden Besitzsteuern ihr eigenes Wortemmonnaie in Mitleidenschaft gezogen sehen, so wird das eine heilsame Dämpfung für sie bedeuten. Für die breite Masse des Volkes, insbesondere für den Bauern- und Mittelstand, bringt ja die neue Militärvorlage mit ihrer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um — wie es heißt — 68 000 Mann jährlich schon Opfer an Gut und Blut genug. Die Geldopfer mögen diejenigen bringen, die dazu am leistungsfähigsten sind. In dieser Weise muß ein Ausgleich vorgehen werden, der den Grundfragen der Gerechtigkeit entspricht.“

Die wissenschaftliche Zeitschrift des politischen Katholizismus, die historisch-politischen Blätter sind ganz in Pessimismus verfallen; sie schreiben über die drohende Belastung:

„Was wird die Folge sein? Im Innern vermehrte Schwierigkeiten in der sozialen Lage, weitere Kreise der Bevölkerung, Steigerung der Unzufriedenheit und Verminderung des monarchischen Gedankens trotz der an sich ja hochherzigen, aber prinzipiell bedenklichen erwiderten Bereitwilligkeit der deutschen Bundesfürsten, diesmal ihr Teil an den Lasten mitzutragen, nach außen weiteres Weltereilen aller Mächte bis zu der Erkenntnis, daß nur zu wählen ist zwischen dem wirtschaftlichen Zusammenbruch oder dem dann noch entsetzlicheren Kriege, welchen man doch hätte vermeiden wollen. Ob es dazu kommt oder ob nicht vorher die Revolution das Ende mit Schrecken des Schreckens ohne Ende bringen wird, steht freilich dahin. Das sind trübe Obergeraden im Jahre 1913 für jeden, der sein Vaterland liebt.“

Aber schließlich wird das Zentrum trotz aller schönen Worte die Heeresvorlagen ohne Widerstand apporrieren und im Verein mit den Konservativen dafür Sorge tragen, daß die Leistungsfähigen, aber Leistungsunwilligen von den finanziellen Lasten möglichst verschont bleiben, wie sie ja durch das Einjährigprivileg auch von den persönlichen Lasten möglichst wenig auf sich nehmen.

Das Schreckgespenst der Guillotine.

Verwandte Seelen finden sich zu Land und in — der Gasse. Nachdem die „Post“ und die „Deutsche Tages-Ztg.“ versucht haben, das Attentat auf den König von Griechenland der deutschen Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen, folgt jetzt auch, wie es sich für dieses alte Krautjunferorgan gebührt, die „Kreuz-Zeitung“ in gemächlichem Gänsetrott den Spuren ihrer beiden Konkurrentinnen. Mit kühnem Eifer mehrer sich das Blatt der Mandchuristik gegen die amtliche Nachricht, daß der Attentäter ein Geisteskranker ist; denn, so meint es, heutzutage würde so mancher für geisteskrank gehalten, der im Grunde genommen nicht geistesgestört sei; eine These, die sich kaum bestreiten läßt, wenn es auch viel häufiger sein mag, daß jemand frei umherläuft und sogar für konservativ Blätter schreibt, der ein kompletter Idiot ist. Doch da die „Kreuz-Ztg.“ nicht direkt zu beweisen vermag, daß der Attentäter im Bereiche zu einzelnen ihrer Mitarbeiter noch immerhin als leidlich vernünftig gelten kann, so erklärt sie schließlich, es sei ganz nebensächlich, ob er wirklich geisteskrank sei, oder nicht; denn in jedem Fall trage der Sozialismus und speziell die deutsche Sozialdemokratie an dem Königsmord die Schuld. Wörtlich meint das Junkerblatt:

„In seinen wirren Reden hat der Mörder sozialistische Theorien entwickelt, davon gesprochen, daß es bald weder Reiche noch Arme geben, daß vollkommene Gleichheit herrschen werde. Die Phantasien dieses Menschen waren von den sozialistischen Lehren beherrscht. Ob in ihm sonst verbrecherische Reigungen lebten, ob er sich über kurz oder lang am Leben und Eigentum eines Privatmannes vergreifen hätte, das kann niemand sagen. Auf das Staatsoberhaupt, auf den König, sind seine verbrecherischen Instinkte aber ohne Zweifel nur gelenkt worden, weil durch die sozialdemokratischen Lehren der Haß gegen den Staat, gegen die bestehende Ordnung und ihren vornehmsten Träger in ihm geweckt war. Man darf mit kaum bestrittbarem Recht sagen, daß eben die sozialistischen Utopien dieses armeneligen Gehirns verwirrt und der entfesselten Leidenschaft die politische Richtung gegeben haben. Was hier sichtbar zum ersten Male im Balkanstaat geschah, wer will mit Sicherheit sagen, ob es sich nicht in einem anderen Staat wiederholen kann? Geistig minderenverwundelte und dabei leidenschaftliche Menschen gibt es allerorten. Es kommt eben nicht so sehr darauf an, was die Sozialdemokratie als Parteiwille verkündet, als darauf, wie ihre aufzuführenden, verheißenden Lehren wirken. Der griechische Königsmord hat seine typische Bedeutung, eine Bedeutung, die auch uns Deutsche, die wir uns in unserer Mitte der zahlreichsten und radikalsten Sozialdemokratie erfreuen, recht sehr angeht. Es ist Recht und es ist Pflicht, diesen Zusammenhang festzustellen, mag es den Bundesbrüdern der Sozialdemokratie auch noch so un bequem sein. Wir glauben auch gern, daß die Führer der deutschen Sozialdemokratie die Tat verabscheuen und vielleicht den Willen haben, den Unsturz der Staatsordnung ohne Gewalttaten herbeizuführen. Es ist aber einerseits wiederholt darauf hingewiesen worden, daß ein solcher Unsturzversuch die Staatsgewalt auf seinem Wege finden wird und darum nicht anders als durch Gewalt zum Ziele kommen kann. Andererseits ist die sozialdemokratische Parteileitung außerstande, die Leidenschaft eines einzelnen aufgehetzten und verwirrten Menschen im Zaume zu halten.“

Ein gar wunderbare Logik! Der Attentäter ist zwar verrückt, aber er hat in seinen wirren Reden von Reichen und Armen und von Gleichheit gesprochen, und da andere Leute solche Begriffe nicht zu unterscheiden vermögen, so muß er notwendigerweise ein Sozialist sein. Weiter, da für die Laten eines Sozialisten, der menschen ist, alle anderen Sozialisten ohne Unterschied ihrer politischen Richtung verantwortlich sind, so sind für diesen Geisteskranken in Saloniki auch alle Sozialisten auf dem ganzen Erdenrund verantwortlich,

natürlich am meisten der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie. Zwar gibt das Junkerblatt selbst zu, daß „die Führer der deutschen Sozialdemokratie die Tat verabscheuen“, aber, so meint es, darauf käme es ja gar nicht an, was die Sozialdemokratie wolle und lehre, sondern „wie ihre aufzuführenden, verheißenden Lehren“ wirkten.

Wie es scheint, ist durch die inneren Zwistigkeiten in der „Kreuz-Zeitungs“-Redaktion dort der letzte Rest von Logik verschwunden. Was würden wohl die edlen Häupter der konservativen Partei und die Mitglieder des Redaktionsstabes der „Kreuz-Zeitung“ sagen, wenn wir sie nicht nur für die Laten ihres einstigen politischen und journalistischen Führers, des Chefredakteurs Freiherrn v. Hammerstein, sondern sogar auch für die Laten irgendeines übergeschnappten Feudalkonservativen in Bulgarien, Griechenland oder der Mandchurei verantwortlich machen wollten und auf ihre Einwendung, daß die Ansichten des mandchurischen Konservativen gar nicht mit den ihrigen übereinstimmen, kurzweg erwidern würden, daß sei ganz egal, der edle Mandchu hätte doch auch von Gottesgnadentum, kaiserlichen Triariern und anderem Unfug gefaselt, und überdies käme es gar nicht darauf an, was die Herren v. Hendebrand, v. Kröcher, v. Brochen usw. wirklich wollten, sondern wie ihre Lehren auf mehr oder minder übergeschnappte Individuen in Griechenland oder in der Mandchurei wirkten.

Indes es lohnt sich kaum, gegen die Logik des Junkerblattes mit Vernunftgründen zu kämpfen; es genügt, sie dem Gelächter preiszugeben. In Wirklichkeit glaubt auch vielleicht der ehrsame Skribent, der diesmal gegen entsprechende Bezahlung den Wochenrückblick der „Kreuz-Ztg.“ verfaßt hat, selbst nicht, was er schrieb, sondern folgte nur der vom Hauptverein der Deutschkonservativen ausgegebenen Anweisung, das Revolutionsgespenst heraufzubeschwören, um in gewissen Kreisen des sogenannten honesten Bürgertums Stimmung für die bevorstehenden preussischen Landtagswahlen zu machen. Möglich auch, daß der Herr Artikelverfasser selbst die Folgen einer Revolution fürchtet und bereits sein teures Haupt unter der Guillotine fallen sieht. Doch er mag sich beruhigen: man köpft nicht jemanden, der schon kopflos ist.

Die Auflösung des Abgeordnetenhauses.

Die infolge der Aenderung der Neuwahlen vor dem Schluß der Legislaturperiode aus formellen Gründen notwendig werden wird, soll kurz vor Pfingsten erfolgen. Der Schluß der Landtagssession dürfte spätestens am 8. Mai vorgekommen werden. In der Schlussung wird, wie üblich, die allerhöchste Order nur den Schluß des Landtags verkünden und die Auflösung in der folgenden Woche durch eine zweite Order vorgekommen werden. Da die letzten Wahlen zum Landtag noch am 9. Juni vorgekommen werden können, so dürfte der neu gewählte Landtag erst am 17. Juni zusammentreten können. Die kurze Tagung des Landtags im Juni dürfte nur mit geschäftlichen Sitzungen ausgefüllt werden. Es soll nicht beabsichtigt sein, dem Landtag für diese Tagung geeigneteres Material zugehen zu lassen.

Die verfeimte Hasenheide.

Fürst Bälou ging es wider den Strich, daß in der Hasenheide auswärtige Polizei gemacht werde, und Herr v. Jagow will nicht dulden, daß in der Hasenheide am Karfreitag geistliche Musik aufgeführt wird.

Bereits vor fast Jahresfrist hatte die Freie Volksbühne bei dem Polizeipräsidenten Reußlin um die Erlaubnis nachgesucht, am Karfreitag in der „Neuen Welt“ Edgar Zinels „Der heilige Franziskus“ und Franz Eizts „Die heilige Elisabeth“ aufführen zu dürfen. Die Erlaubnis wurde ihnen jedoch verweigert, weil diese Oratorien „fast durchweg weltliche Musik“ enthalten. Der Verein präsentierte nun César Francks „Seligpreisungen“ und erhielt auch das Plazet der hohen Zensurbehörde. Kurz vor der Aufführung indes ging dem Rechtsvertreter der Freien Volksbühne — dessen Beschwerde gegen die Entscheidung der Reußliner Polizeibehörde zehn Monate lang unbeantwortet geblieben war — folgender Entscheid zu:

Der Polizeipräsident. Berlin, den 18. März 1913.
Abteilung VIII.
Tagebuch Nr. 281. VIII. A. 18.

Anlässlich der Bescheiden, die Sie im Auftrage des Vorstandes der Freien Volksbühne gegen die Verfügungen des Herrn Polizeipräsidenten zu Reußlin betr. die Verlegung der Genehmigung zur Aufführung der Oratorien „Franziskus“ und „Die heilige Elisabeth“ am Karfreitag dieses Jahres in der Neuen Welt eingereicht haben, sind Fragen von grundsätzlicher Bedeutung hinsichtlich der Auslegung der Polizeiverordnung über die Heiligung der Sonntag und Feiertage zur Erörterung gekommen, über welche ich dem Herrn Minister des Innern auf Anordnung berichtet habe.

Auf Grund der Entscheidung des Herrn Ministers weise ich nunmehr die eingereichten Bescheiden aus dem Grunde zurück, weil die „Neue Welt“ in der Hasenheide nicht zu denjenigen Lokalen gehört, in welchen nach § 12 Ziffer I der Polizeiverordnung vom 7. März 1911 am Karfreitag Vorstellungen geistlicher Musik stattfinden dürfen.

Die Aufführung des Oratoriums „Die Seligkeiten“ soll gleichwohl an dem kommenden Karfreitag zugelassen werden, da der Herr Polizeipräsident zu Reußlin die Genehmigung hierzu bereits vor längerer Zeit erteilt hat. In künftigen Fällen aber wird aus dem angeführten Grunde eine Aufführung in der Neuen Welt am Karfreitag und am Buß- und Betttag nicht zugelassen werden können.

In Vertretung: v. Siasenapp.

Das ist denn doch ein ebenso neuer, wie sonderbarer Standpunkt, der da von dem Berliner Polizeipräsidenten eingenommen wird! Nicht nur vom Charakter der Musik soll die Aufführungserlaubnis abhängig sein, sondern auch von dem Lokal! Und wenn es sich noch um die Amorale oder ein anderes jener Amüsierlokale handelte! Die Neue Welt ist doch ein durchaus reputierliches Etablissement, in dem sich schlimmstenfalls einmal harmlose Vorkühnlichkeit auslebt. Aber vielleicht paßt sie Herrn v. Jagow deshalb nicht, weil sie schon sozialdemokratische Massenemonstrationen gesehen hat, weil darin schon zweimal Genosse Jaurès zu den jubelnden Massen sprechen konnte?!

Wahlurnen für das ganze Reich.

Im Reichsamt des Innern ist eine Vorlage fertiggestellt worden, die die Verwendung einheitlicher Wahlurnen für das ganze Reich vorschreibt. Eine solche Vorschrift besteht bereits in dem Wahlgesetz für Elb- und Ostpreußen; die Urnen müssen dort mindestens 80 Zentimeter hoch und 35 Zentimeter breit sein. Staatssekretär Desbrück hat solche Urnen bereits früher einführen wollen, dieser Versuch scheiterte aber, wie Genosse Richard Fischer im Reichstage feststellen konnte, am Widerspruch des preussischen Ministers des Innern v. Dallwig. Dieser Herr scheint nach der Festanmeldung im Reichstage seinen Widerstand jetzt aufgegeben zu haben. Suspendieren, Zigarettenstücken und Quisquachteln werden also künftig von den ostelbischen Wählern verschwinden müssen, sehr zum Leidwesen der Junker, die damit eine sehr bequeme Möglichkeit verlieren, die Stimmabgabe der Wähler zu kontrollieren.

Frankreich.

Das Programm der neuen Regierung.

Paris, 25. März. Die programmatische Erklärung des Ministeriums besagt: Für die Regierung gibt es keine dringendere Aufgabe, als die Notwendigkeit, die Verteidigung des Landes durch die am dringendsten erforderlichen Maßregeln zu sichern. Die Verstärkung der militärischen Kraft, die andere Völker bereits vorgenommen hatten, hatte dem vorübergehenden Kabinett die Pflicht auferlegt, einen Gesekentwurf einzubringen, der die dreijährige Dienstzeit für alle gleichmäßig vorschreibt. Die Regierung übernimmt jene Pflicht und den Gesekentwurf, ohne sich die schwere Belastung des Landes zu verhehlen, die daraus resultieren muß; aber ein solches Opfer ist weder dem bewußten Patriotismus, noch dem Willen des Landes, zu leben, zu groß. Während die Verlängerung der Dienstzeit die Friedensstärke der Truppen erhöhen wird, wird die Bewilligung der Militärkredite die Bewaffnung des Heeres auf einen Stand bringen, der allen Erfordernissen gewachsen ist. Die Annahme der Adressen für das Geniecorps und die Kavallerie wird die Organisation des Heeres, dessen Neugestaltung sich als nötig erwiesen hat, vervollständigen. Schließlich wird die Entwicklung der Kriegsmarine die Aufmerksamkeit des Kabinetts in Anspruch nehmen. Das republikanische Frankreich hat während der letzten Ereignisse seine uneigennütige Anhänglichkeit an den Frieden der Welt bewiesen; aber ohne Verrat an sich selbst kann es nicht auf die einzigen Maßregeln verzichten, die geeignet sind, den Schutz seiner Interessen, seine Würde und seine Sicherheit aufrechtzuerhalten.

Die Regierung wird eifrig daran arbeiten, die Einigkeit unter den Republikanern, die jetzt mehr als je notwendig ist, wieder herzustellen, da ein längerer Konflikt zwischen den beiden Kammern nur den Feinden der Republik dienen kann. Sie hält es für möglich, eine gerechte Vertretung der Minoritäten — vielleicht durch eine interparlamentarische Kommission — mit dem Majoritätsprinzip, welches der Senat angenommen hat, in Einklang zu bringen. Die Regierung wird auch fernerhin für die Laienschule eintreten, den finanziellen Kredit Frankreichs unverändert erhalten und dafür sorgen, daß die Einnahmen und Ausgaben im Etat sich das Gleichgewicht halten, ohne daß dabei die besonders der ländlichen Demokratie gemachten Versprechungen un erfüllt bleiben. Auf der baldigen Abstimmung über die Einkommensteuer wird die Regierung beharrlich bestehen.

Die Erklärung sagt weiter, daß die Regierung sich bestreben wolle, in den Beratungen mit den europäischen Mächten den Geist der Persönlichkeit und der Unparteilichkeit walten zu lassen. Unbedingt trennen wir mit unseren Verbündeten und Freunden abgeschlossenen Verträgen, die die äußere Sicherheit Frankreichs erhöhen, werden wir, so heißt es zum Schluß, mit allen Mächten an der friedlichen Regelung des Balkankonfliktes arbeiten. Die Gerechtigkeit, deren wir uns den Rechten Dritter gegenüber bestreben, scheint uns der beste Schutz für die großen wirtschaftlichen, finanziellen und moralischen Interessen zu sein, die Frankreich sich im Orient erworben hat.

Vertagung des Gesekentwurfes über die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 25. März. Die in parlamentarischen Kreisen verlautet, sei die Absicht der Regierung, die Erörterung des Gesekentwurfes über die dreijährige Dienstzeit erforderlichenfalls bis zur Sommer session zu vertagen, hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß mehrere Kabinettsmitglieder, namentlich Handelsminister Ruffet und Finanzminister Charles Dumont, dem gegen jede Ueberstürzung der Militärvorlage gerichteten Besekusantrag der sozialistisch-radikalen Gruppe Rechnung tragen wollten. Uebrigens hat der Heeresauschuss der Kammer die Beratung des Gesekentwurfes über die dreijährige Dienstzeit noch lange nicht beendet. Er ist gegenwärtig noch mit der Prüfung verschiedener Gegenentwürfe beschäftigt. Auch die Erörterung der 42 Artikel des Gesekentwurfes wird noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.

England.

Die Rolle Englands in einem europäischen Kriege.

London, 24. März. Im Unterhause fragte Byles, ob England Frankreich gegenüber verpflichtet sei, bei gewissen Ereignissen bewaffnete Streitkräfte nach dem Festlande zu entsenden? Auch King fragte an, ob die englische auswärtige Politik gegenwärtig frei von Verträgen, Abkommen oder Verpflichtungen sei, nach denen die englischen Streitkräfte unter Umständen an militärischen Operationen auf dem Festlande teilnehmen müßten. Weiter richtete er an die Regierung die Anfrage, ob England in den Jahren 1905, 1908 und 1911 aus eigenem Antriebe Frankreich die Unterstützung der englischen Armee zu Operationen auf dem Festlande für den Fall europäischer Konflikte angeboten habe? Premierminister Asquith antwortete: Wie bereits wiederholt festgestellt wurde, ist England durch keine Verträge und dem Parlament unbekannt Verpflichtung gezwungen, an irgendeinem Kriege teilzunehmen. Mit anderen Worten: Wenn ein Krieg zwischen europäischen Mächten entsteht, so gibt es keine nicht veröffentlichten Abmachungen, welche die Freiheit der Regierung und des Parlaments beschränken und sie hindern, sich zu entscheiden, ob England an dem Kriege teilnehmen soll oder nicht. Welcher Gebrauch von Armee und Flotte gemacht würde, falls Regierung und Parlament beschließen, an dem Kriege teilzunehmen, darüber kann aus offensichtlichen Gründen vorher keine öffentliche Erklärung abgegeben werden.

Afrika.

Der Kolonialkrieg der Italiener in Tripolis.

Tripolis, 24. März. (Melbung der Agenzia Stefani.) Infolge zahlreicher Streifzüge von Aufständischen, die sich gegenüber von Gharia n festgesetzt hatten, beschloß General Ragui, sie aus ihren festen Stellungen zwischen den Tälern des Arba und des Sert zu vertreiben. In diesem Zwecke brach die Hauptkolonne unter General Requo gestern früh um 6 Uhr von Lebadiat auf, während eine Hilfskolonne unter dem Obersten Rabbri von Biruga vorrückte. Nachdem die Kolonne Requo sich nach langem Kampfe der Höhen von Affaba bemächtigt hatte, ging sie gegen das etwas mehr südwestwärts gelegene feindliche Lager vor. Diese Bewegung führte zu einem noch heftigeren Kampfe, der nach wiederholten Bajonettangriffen mit der Einnahme des feindlichen Lagers endigte, das reichlich Proviant und Munition enthielt. Es wurde durch Feuer zerstört. Außer vielen Gefallenen, die auf feindlicher Seite schon während des ersten Teiles des Kampfes beerdigt worden waren, blieben auf dem Schlachtfelde noch 200 Tote und noch mehrere Verwundete. Die Verluste der Italiener betragen 24 Tote und 138 meist leicht Verwundete.

Gewerkschaftliches.

Zentrumsprelle und Arbeiterinteressen.

In Heildingsfeld stehen seit einigen Wochen die Arbeiter der Dampfziegelei Gg. Siegler im Streit. Von den Streikenden sind auch einige im christlichen Verband der Fabrik- und Hilfsarbeiter organisiert. Der Kampf wird den Arbeitern dadurch erschwert, daß die Zentrumsprelle, die in dem Gebiet sehr verbreitet ist, die Inserate der Firma, in denen unorganisierte Arbeiter gesucht werden, aufnimmt. Die „Gewerkschaftsstimme“, das Verbandsorgan des christlichen Verbandes, notiert diese bedauerliche Tatsache (in Nr. 11. vom 19. März) mit folgenden Sätzen:

„Bei der Firma Siegler in Heildingsfeld bei Würzburg stehen die Kollegen im Kampf. Die Firma will keine organisierten Arbeiter beschäftigen und sucht Streikbrecher. Mehrere bürgerliche Zeitungen haben sich nicht scheut, diese Streikbrecherangebote aufzunehmen, obwohl darin stand, daß organisierte Arbeiter nicht aufgenommen werden.“

In dieser Notiz fehlt zunächst die Feststellung, daß es in erster Linie die Zentrumsprelle ist, die sich nicht scheut, den Arbeitern den Kampf zu erschweren. Weiter fehlt, und das ist ebenso interessant wie bezeichnend, jeder Hinweis auf die beschämende Tatsache, daß auch der „Beobachter am Main“, das ist daselbe Zentrumsblatt, in dessen Druckerei die „Gewerkschaftsstimme“ hergestellt wird, das Inserat der Firma Siegler aufgenommen hat. Das ist wirklich eine energische Vertretung der Arbeiterinteressen! Dabei ist der Vorsitzende des Verbandes, Herr Tremmel, jahrelang Vorsitzender des Zentrumswahlvereins gewesen; er hat also in doppelter Eigenschaft einen erheblichen Einfluss auf den „Beobachter“. Und trotzdem solche Inserate! Die „Gewerkschaftsstimme“, die sonst in wackeren Artikeln jede Lüge über die sozialdemokratische Presse breitztritt, hat für diese Vorgänge im eigenen Heim nicht einmal die leiseste Rüge, Sonderbar, höchst sonderbar!

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Berliner Herrenkonfektion.

Zwei überfallige Konfektionsmeister-Versammlungen fanden gestern statt. Im „Elysum“, Landberger Allee, sprach Kunze, und im „Pater“, Kottbuscher Allee, Krenke über die Lage. Die Referenten führten aus: Seit dem Streik von 1906 habe kein Kampf im Berliner Schneidergewerbe so interessante Momente aufgezeigt, wie der Streik, der zurzeit die Herrenkonfektion betroffen hat. Wenn die Konfektionäre behaupten, sie könnten nicht höhere Löhne zahlen, so trüge das nicht zu. Die Konfektion greife immer mehr auf das Gebiet der Wäscheherren über. Sie tue dies aber auf Kosten der Verhältnisse in dieser Branche, auf deren Löhne sie drücke. So in der Wäscheherren früher geregelte Löhne und Tarife bestanden hätten, würden diese immer mehr durch die Unterbietung der Konfektionspreise beeinträchtigt. Die Konfektion sei aufgebaut auf Lohnrückerei. Nur in diesem Kampfe die Öffentlichkeit irrezuführen, gingen die Konfektionäre zu den gewagtesten Mitteln über. Die Redner belegten dies mit einzelnen besonders drastischen Beispielen.

Was die Behauptung anbelange, die ausländische Konkurrenz werde sich des Marktes bemächtigen, wenn eine Steigerung der Löhne in Deutschland eintrete, so sei dies ebenfalls hinfällig. Ebenso sei es mit den übrigen Klagen bestellt. Die Konfektionäre könnten, ohne zugrunde zu gehen, immer taufelsteuere Preise für ihre Geschäftsräume zahlen, nur wenn es sich um eine kleine Aufbesserung der Löhne handle, bringe das angeblich den Ruin. Die Herren hätten sehr Angst bekommen, wenn der Streik ein paar Tage gedauert habe, würden die Geschäfte in Scharen wieder zur Arbeit zurücklaufen; sie hätten sich hierbei aber schwer geirrt. Der Schneiderverband habe keine Klagen, den Konfektionären nachzulassen. Er sei zwar bereit, zu verhandeln, aber nur unter angemessenen Bedingungen. Die Behauptungen der Konfektionäre, es seien keine Vermittlungsvorschläge gemacht worden, treibe ebenfalls nicht zu. In Wirklichkeit habe der Arbeitgeberverband sich an den Magistrat v. Schulz gewandt mit dem Erlauchen, auf die Arbeitnehmer einen Druck dahingehend auszuüben, daß diese das vor 4 Wochen von Arbeitgeberseite gestellte Ultimatum annehmen sollten. Wie der Streikleitung mitgeteilt, hätten die Unternehmer die Absicht, ein Ultimatum insofern zu stellen, eine Aussperrung über ganz Deutschland vorzunehmen, falls bis zum Sonnabend vor Ostern die Arbeit nicht wieder aufgenommen sei. Bis jetzt ist aber weder das eine noch das andere eingetroffen.

Die Redner erklärten ausdrücklich: Ein Friedensschluß könne nur erfolgen — wenn die Friedensbedingungen den Streikenden ausreichend erscheinen.

Ohne Zulage kein Friede!
Daß die Schar der Arbeitswilligen nur ganz gering an Zahl ist, könne man an dem heißen Bemühen der Unternehmer erkennen, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Die Referenten verlasen Briefe von Arbeitgebern an Arbeiter, in denen diese gebeten werden, doch die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls müsse man ihnen die Arbeit ins Haus bringen und von dort auch wieder abholen lassen.

Die Anwesenden wurden von der Streikleitung eindringlich ermahnt, auf derartige Schreiben nicht zu reagieren oder aber den betreffenden Chefs die Antwort zu erteilen, daß die Wiederaufnahme der Arbeit und alles, was damit zusammenhängt, Sache der Organisationsleitung sei, an die die Herren sich wenden müßten, sofern sie Wünsche hätten.

Der Kampf ist übrigens vom Verband noch weiter ausgedehnt worden und zwar auf die Gruppen der Leder- und Sportschneider, sowie auf die Kattanschneidewerker.

Die Situation ist auf der ganzen Linie für die Streikenden günstig. An diesem Mittwoch finden schon mit der Firma Peck u. Klappenburg Verhandlungen statt.

Die Grundlage aller Verhandlungen aber ist und bleibt eine angemessene Erhöhung der Löhne. Ohne diese Zulage gibt es keinen Frieden!

Die Ausperrung im Spandauer Malergewerbe ist für erledigt zu betrachten, da die Gewerkschaft bereits 10 Tarife zu den neuen Bedingungen abgeschlossen hat und von 183 in Frage kommenden Arbeitern 140 unter dem neuen Tarif arbeiten, während nur noch 37 ausgeperrt resp. arbeitslos sind. Dies läßt sich, da bereits größere Firmen aus dem Arbeitgeberverband austreten und erklären, daß dieser wenigstens für Spandau bankrott sei. Alle Angelegenheiten lassen darauf schließen, daß nunmehr die Zwangsvereinbarung als Tarifvertrag aufzutreten wird. Es wird aber auch dieser nicht möglich sein, die bereits abgeschlossenen Tariflöhne herab zu drücken.

Deutsches Reich.

Zur Ausperrung im Malergewerbe.

Nach Aufhebung der Ausperrung in Hannover haben bereits Verhandlungen zur Abschließung eines örtlichen Vertrages begonnen. In Hagen i. W., Jena und Weerane sind die örtlichen Tarife bereits in Kraft getreten. In Hagen wurden 7 Pf. Lohnhöhung (auf die dreijährige Vertragsdauer verteilt) und eine halbe Stunde tägliche Arbeitszeitverkürzung zugesprochen, in Jena 4 Pf., in Weerane ebenfalls 4 Pf.; dazu kommen einige kleinere Vergünstigungen. Aus anderen Städten wird ebenfalls gemeldet, daß Verhandlungen nahe bevorstehen. Dieses Nachgeben der Unternehmer wird jetzt mit dem Einlegen der guten Konjunktur zum Quartalswechsel noch häufiger werden.

Verantw. Red.-H.: Alfred Dielepp, Neudamm. Inzeratenteil verantw.: G. Diele, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt

Die dem Staate besonders nützlichen Elemente.

Vor der Strafkammer des Landgerichts in Görlitz hatte sich der Schlosser Gustav Ziegler wegen Diebstahls und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Aus dem verlesenen Strafregister ergab sich, daß der Angeklagte schon wiederholt wegen Diebstahls und ähnlicher Vergehen — darunter auch mit Zuchthaus — vorbestraft ist. Ziegler war während des vorjährigen Streiks in der Görlitzer Waggonfabrik als Streikbrecher tätig. Auf das Heiratsgeschäft einer Witwe melbete sich der Angeklagte und nahm auch bei der Witwe Wohnung. Das Verhältnis beider gestaltete sich bald recht intim, hatte doch J. der Witwe das Heiraten versprochen. Der Schilling des Unternehmerrums küßte aber noch ein anderes Liebesverhältnis an und schloß seiner Wittin ein Sparkastenbuch lautend auf 180 M. und einen Tauring. Das Geld hob er ab und verduftete nach Chemnitz unter Zurücklassung von Logisbescheiden für fünf Wochen. Die Urkundenfälschung beging er durch Ausstellung eines Wechsels. Das Gericht verurteilte den Arbeitswilligen dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend zu zwei Jahr drei Monat Zuchthaus, fünf Jahr Ehrverlust und erkannte — wie der Vorsitzende bemerkte, wegen der Gemeingefährlichkeit des Angeklagten — auf Stellung unter Polizeiaufsicht.

Ein dem Staate nützliches Element unter Polizeiaufsicht!

Achtung, Farmer! In der „Berliner Allgemeinen Zeitung“, in der „Morgenpost“ und anderen Blättern, die noch immer von Arbeitern viel gelesen werden, juchte die Firma Schiffer u. Co. in Oegermühl-Eisenhütten bei Eberswalde für ihre Graugießer: Handformer. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Farmer dieses Betriebes schon seit vier Wochen im Streit stehen und bitten, Zugang fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltung Eberswalde.

Achtung, Metallarbeiter! Durch die bürgerliche Presse geht die Nachricht, als ob der Streik bei der Firma Kautenbach in Solingen erledigt sei. Dies trifft nicht zu, der Streik dauert fort. Auch sind bis jetzt keine Verhandlungen mit der Firma gewesen. Lasse sich kein Kollege nach Solingen verlocken.

Die Ortsverwaltung.

Die Ausstände der Tapezierer in Köln und in Essen endeten nach vierzehntägiger Dauer mit einem vollen Erfolg für die Streikenden. In beiden Städten wurde am 20. März die Arbeit zu den neuen Bedingungen wieder aufgenommen. Ein vierjähriger Vertrag ist abgeschlossen; er sieht vor, daß ab 1. März 1916 die Arbeitszeit von wöchentlich 53 Stunden auf 52 Stunden reduziert wird unter Lohnausgleich. Damit war ein hauptsächlich Kampfobjekt erledigt, auch die Forderung eines anständigen Grundlohnes für ältere Arbeiter fand durch den Streik eine befriedigende Lösung. Es wurde ein Durchschnittslohn vereinbart; er tritt in Kraft für Gehilfen, welche 4 Jahre die Lehrzeit hinter sich haben und beträgt in Köln 64 Pf. die Stunde, steigend in jedem Tarifjahr um einen Pfennig bis auf 67 Pf. ab 1. März 1916.

In Essen beginnt dieser Durchschnittslohn mit 62 Pf. und steigt ebenfalls bis auf 67 Pf. im letzten Vertragsjahr. An Mindestlöhnen wurden festgelegt für den Ausgelernten 48 Pf., ein Jahr nach beendeter Lehrzeit 49 Pf. pro Stunde; auch diese Löhne steigen in jedem Jahr der Vertragsdauer um einen Pfennig. Auf alle übrigen Löhne erfolgt jährlich am 1. März ein Zuschlag und zwar 1915—1914—1915—1916 in Köln 3+2+2+2 Pf. und in Essen 3+2+1+2 Pf. zum Stundenlohn. Sämtliche Akkordpreise erhöhen sich um 8 Proz. und 1916 nochmals um 2 Proz. Die übrigen Positionen sind ohne wesentliche Veränderungen dem alten Vertrag entnommen. Die Verträge sind vereinbart mit dem Arbeitgeberverband und der Zwangsvereinbarung, sie haben Gültigkeit für 550—600 Arbeiter.

Im Auslande stehen noch die Tapezierer in Bielefeld. Die Unternehmer weigern sich, die Organisation anzuerkennen. Es wird ersucht, jeden Zugang nach Bielefeld streng fernzuhalten.

Die Arbeiter von fünf Profifabriken in Köln und einer Fabrik in Düsseldorf stehen seit 9. März im Streit, weil die Unternehmer auf die eingereichten Forderungen nicht antworteten bzw. sich weigerten, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln. Die Kölner Ortsgruppe des Profifabrikantenverbandes übermittelte den Organisationen in letzter Stunde eine Tarifvorlage, die eine Verlängerung der Arbeitszeit und die Fixierung des bestehenden Lohnes bis 1917 vorsah. Das Angebot wurde von den Arbeitern einstimmig abgelehnt. Bis jetzt sind in 14 Betrieben die Arbeitsverhältnisse geregelt. Mit den bestehenden drei Konsumbäckereien arbeiten nun 212 Bäder in 17 Großbetrieben im Vertragsverhältnis; über die restlichen 10 Profifabriken wurde von der organisierten Arbeiterkraft (freie und ärztliche) der Bonkott verhängt. Von dem Gewerbergericht in Köln wurden den Parteien Einigungsverhandlungen angedeutet. Von den Streikenden wurde das Angebot angenommen, die Unternehmer dagegen lehnten es ab. Der Streik und Boykott wird dabei weitergeführt. Die Bäder werden erlaubt, nicht nach Köln und Düsseldorf zu reisen.

Die städtischen Handwerker und Arbeiter Königberg befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind sehr schlecht, der Magistrat hat aber die gestellten Forderungen der Arbeiter abgelehnt. Es wird gebeten, Arbeitsangebote von städtischen Verwaltungen in Königberg abzulehnen.

Zu dem christlichen Boykott in Revaler

wird und noch geschrieben: Die Vermutung, daß ein Wind von oben den christlichen Gruppischen Verband zur Aufhebung des Boykotts und zu dem Mundschreiben an die Geschäftler veranlaßt haben soll, erscheint bestätigt. Den christlichen Gewerkschaftsorganen soll von bischöflicher Seite ein Verbot der Publikation des Boykottbeschlusses zugesandt worden sein, mit dem Hinweis, daß der wirtschaftliche Terror vor den Gebet- und Erbauungsbüchern Halt zu machen habe. Die Bischöfe haben also dem entprochen, was die Revalerer Unternehmer in der „Arbeiter-Zeitung“ von den christlichen Gewerkschaften als unerlässliche Bedingung verlangt hatten. Nicht das Arbeiterinteresse erfordert also die Aufhebung des Boykotts und die Wiederherstellung des — übrigens niemals bestandenen — guten Rufes der Revalerer Buchbindererzeugnisse, sondern das Unternehmerinteresse. Und der bischöfliche Befehl, der Revalerer Gewerkschaften die Rechnung trag, zwang den christlichen Gruppischen Verband zur Aufgabe des sehr ausfallsvollen Streiks und die christlichen Gewerkschaften und die ihnen verbündeten katholischen Arbeitervereine zur Aufhebung des sehr wirksamen Boykotts.

Ein Streik der Petrolenarbeiter.

In Grabow in Mecklenburg sind sämtliche Arbeiter von der Deutschen Erdölindustrie wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen seit dem 20. März ausständig. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

Ein Tarifvertrag mit einem königlichen Institut. Der Tarifvertrag hat nunmehr auch in einem königlichen Institut Eingang gefunden. Zwischen der königlichen Porzellanmanufaktur Kammhuber-München und dem Porzellanarbeiterverband und dem Fabrikarbeiterverband Deutschlands wurde für die hier beschäftigten Dacher, Maler, Former und Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen ein dreijähriger Tarifvertrag abgeschlossen, der den Leuten erhebliche Verbesserungen bringt. Die Arbeitszeit ist eine neunstündige, für das gewerbliche Personal wird der Sonnabend nachmittags ab 12 Uhr unter Bezahlung des vollen Tagelohnes freigegeben; für Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen endet die Arbeit an den Sonnabenden um 4 Uhr ohne Lohnabzug. Urlaub wird gewährt nach zweijähriger Beschäftigung drei Tage, für jedes weitere Be-

schäftigungsjahr 1 Tag mehr und bei 10jähriger Beschäftigungsdauer 8 Arbeitstage. Bis zu einem Tagelohn von 5 M. werden 5 M., bei einem Verdienst von über 5 M. 6 M., bei einer Beschäftigung von über 10 Jahren 60 M. Urlaubentschädigung gewährt. — In der Malerei wird zur Befreiung der Preise für neue Artikel eine Preiskommission, bestehend aus drei Mann, bestimmt. — Männliche Hilfsarbeiter über 18 Jahre bekommen einen Stundenlohn von 42 Pf., nach 1 Jahr 45 Pf., unter 18 Jahren einen solchen von 40 Pf. Als Urlaubentschädigung wird diesen Arbeitern 450 M. pro Tag gewährt. Der Anfangslohn der Arbeiterinnen beträgt 35 Pf. die Stunde, er steigt nach einem halben Jahre auf 27 Pf. und nach einjähriger Beschäftigung auf 30 Pf. pro Stunde. Die Urlaubentschädigung beträgt 3 M. täglich.

Ausland.

Mildes Urteil gegen die Mörder eines Gewerkschaftsführers.

In einem Sorort von Pisa wurde im Juli 1911 ein Gewerkschaftsführer ermordet. Die Leiche war von nicht weniger als 40 Revolverkugeln verletzt worden. In der Ermordete der Sekretär der Gewerkschaft der Bootleute war, die sich zurzeit in einem schweren Lokalkampf befand, fiel der Verdacht der Mordtat auf acht Postente, die während des Streiks unter Tarif weitergearbeitet hatten. Der Prozeß hat am 18. d. M. vor dem Schwurgericht von Pisa seinen Abschluß gefunden, und zwar einen recht merkwürdigen Abschluß. Sechs der Angeklagten wurden freigesprochen; die zwei andern sprachen die Geschworenen der Mitschuld an dem Morde schuldig. Das Gericht verurteilte daher den einen zu 11 Jahren 9 Monaten, den andern zu 8 Jahren 5 Monaten Gefängnis. Die Geschworenen, denen 250 (!) Fragen vorgelegt worden waren, stellten sich dabei auf den Standpunkt, daß der eigentliche Mörder sich nicht unter den Angeklagten befand; ob sie auf diesen Gedanken wohl gekommen wären, wenn der Mörder ein organisierter Arbeiter, das Opfer ein Streikbrecher gewesen wäre?

Letzte Nachrichten.

Erklärungen Grens.

(Schluß von der zweiten Seite des Hauptblattes.)

London, 25. März. (Unterhaus.) Sir Edward Grens fuhr fort: Ein zweiter wichtiger Punkt ist, daß die Lage der Ägäischen Inseln — ihr Status und das einig mit ihnen ist auf alle Fälle für mehr als eine Nacht eine Sache von Interesse — der Entscheidung der Mächte überlassen werden soll. Das kommt natürlich für Krete nicht in Betracht, wo die Türkei gemäß diesen Friedensbedingungen bedingungslos auf alle Interessen verzichtet. Es handelt sich um eine Vermittlung der Mächte. Ich will nicht sagen, daß die Mächte sich entschlossen haben, zu einem Zwangsdiplombruch zu drängen oder die Friedensbedingungen aufzu-erlegen. Es ist eine Vermittlung, aber ich will betonen, daß die Mächte eine Grenzlinie vorgeschlagen und gegenwärtig sich geneigt gezeigt haben, alles Gebiet westlich dieser Linie der Entscheidung der Verbündeten selbst zu überlassen, mit Ausnahme von Albanien, über das ich schon gesprochen habe. Wenn diese Bedingungen von der Türkei angenommen werden, dann können sich die Verbündeten versichert halten, die Festlegung der Friedensbedingungen unter sich, ohne Intervention der Großmächte, treffen zu können, mit Ausnahme so besonderer Fragen, wie Albanien eine ist.

Wenn diese Bedingungen nicht angenommen werden und eine Grenzlinie aufgezogen wird, welche die mit Konstantinobel und der Meerenge in Zusammenhang stehenden Fragen aufwirft, wenn der Krieg sich verlängern sollte und auch die kleinasiatische Frage aufgerollt werden sollte, dann würden sicher bei der Festlegung der Friedensbedingungen eine oder mehrere Mächte nicht als uninteressierte Vermittler, sondern als interessierte Parteien in Betracht kommen. Aus diesem Grunde betone ich, ohne irgendeine drohende Sprache führen zu wollen, daß es, wie ich glaube, im Interesse der beiden kriegführenden Parteien liegt, daß die von den Mächten als vernünftig bezeichneten Friedensbedingungen als Basis für den Friedensschluß angenommen werden. Wenn der Friede geschlossen ist, so hoffen wir, daß die Türkei in einer gelichteten Stellung sich befindet, die ihr gestattet, ihren Besitz in Kleinasien zu befestigen, das Land zu entwickeln und gute Ordnung und eine gute Regierung zu schaffen.

Wenn sich die Türkei vor diese Aufgabe stellt, so wird sie, wie ich glaube, dabei mit der Unterstützung und dem guten Willen aller Mächte rechnen dürfen. Wenn sie aber irgend-einen Erfolg bei der Lösung der Aufgabe haben soll, so ist es wesentlich, daß ihr nicht finanzielle Lasten auferlegt werden, die es ihr unmöglich machen, sich der Aufgabe zuzuwenden, ihre Position zu stärken und zu entwickeln und in Kleinasien und den übrigen ihr verbliebenen Gebieten die Ordnung herzustellen.

Ein Kampf der Türkei mit dem Bankrott liegt nicht im Interesse der Mächte, besonders der in Kleinasien interessierten Mächte. Jene müssen sich sagen, daß, wenn in den Friedensbedingungen der Türkei finanzielle Lasten auferlegt werden, diese sie in eine solche Lage bringen, daß diese Regelung nicht nur den Interessen der Türkei, sondern auch den Interessen jener Mächte widersprechen würde.

Dasselbe möchte ich bezüglich der Balkanstaaten sagen. Wenn sie die Einigkeit und die Freundschaft untereinander aufrecht erhalten und sich daran machen, das Gebiet, das ihnen nach dem Kriege zufällt, zu organisieren und zu entwickeln, dann werden sie dazu die Unterstützung und den guten Willen Europas brauchen, insbesondere die finanzielle Unterstützung. Ich meine damit nicht die finanzielle Unterstützung der Regierung, sondern die finanzielle Unterstützung, die Europa zu gewähren vermag und die Europa ohne Zweifel ohne eine günstige Stimmung der Regierung nicht gewähren würde. Gren schloß mit einigen Sätzen, die nochmals den wesentlichen Inhalt der früheren Erklärungen zusammenfaßten.

Ein schwaches Vertrauensvotum.

Paris, 25. März. Die Deputiertenkammer hat eine Tagesordnung angenommen, in welcher der Regierung mit 225 gegen 152 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen wird. In den Wandelgängen erzählte man sich, daß 154 Abgeordnete sich der Abstimmung enthalten hätten.

Heutige Kämpfe bei Tschataldja.

Konstantinobel, 25. März. (B. T. Z.) Seit heute früh ist bei Sabirer und Tschataldja ein großer Kampf im Gange. In Starotseifen verlorste abends, daß die Bulgaren vollständig zurückgeschlagen worden seien. Eine offizielle Mitteilung ist noch nicht veröffentlicht worden.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Anzeigenteil.

Vor dem französischen Parteitag.

Der Jahresbericht, den der französische Parteisekretär Genosse Dubreuil dem in den Ostertagen in Vrest in der Bretagne tagenden Kongress vorlegt, verzeichnet ein ansehnliches Wachstum der Parteiorganisation. Im letzten Jahre ist die Zahl der steuernden Parteimitglieder von 69 657 auf 69 903 — also um 246 — gestiegen. Seit dem Wahljahr 1910, wo 9430 Mitglieder gewonnen wurden, war kein solcher Zuwachs zu melden. Seit dem ersten Kongress der geeinigten Partei, d. h. seit 8 Jahren, hat sich der Mitgliederbestand verdoppelt. Immerhin dürfte, um von der effektiven Parteistärke ein getreues Bild zu bekommen, ein kleiner Abstrich an den vom Sekretär gegebenen Ziffern ratsam sein, da manche Föderationen mehr Parteikarten nehmen, als sie tatsächlich Mitglieder haben.

Im Berichtsjahr haben 81 Föderationen regelmäßig funktioniert gegen 84 im vorangehenden Jahr. Drei Föderationen haben keine Beiträge mehr oder so wenig abgeliefert, daß sie ihres Vertretungsrechts auf dem Parteitag verlustig geworden sind. 52 Föderationen zeigen eine Zunahme, 7 sind stehen geblieben und 22 zurückgegangen. Am stärksten ist die Zunahme im Seine-Departement — 1500 — sie hängt indes hauptsächlich mit dem Eintritt vieler ehemaliger „Anarchisten“ und „Anarchisten“ in die Föderation zusammen, die die Reaktion gegen die an Hervé von den Anarchisten begangenen Veruntatungen und gegen die Entartung gewisser anarchischer Zirkel war. Daß dieser Zustrom der idealen Klarheit und der organisatorischen Arbeit in der Seine-Föderation besonders förderlich gewesen sei, läßt sich vorläufig schwerlich behaupten. — Die Nord-Föderation bleibt mit 12 325 Mitgliedern nach wie vor die stärkste der Partei. Sie hat 795 Mitglieder gewonnen. 18 Föderationen haben jetzt über 1000 Mitglieder, gegen 16 im vorigen Jahr. Eine genauere Prüfung der einzelnen Ziffern zeigt, daß die ehemals als ein Wachstumsgesetz angesehene Annahme, daß die Anziehungskraft einer Organisation mit der Größe der Organisation geometrisch wachse, nicht allgemeine Geltung beanspruchen kann. Gerade manche mittelgroßen Föderationen haben relativ sehr stark zugenommen.

In das Berichtsjahr fallen die Gemeinderatswahlen. Die Ergebnisse waren sehr zufriedenstellend, einige Verluste wurden durch die Gewinne in sehr bedeutenden Gemeinden (Wiedereroberung von Toulouse, Limoges, Vrest und Roubaix) mehr als wettgemacht. Die Partei hat jetzt die Mehrheit in 204 Gemeinden — früher waren es nur 197. In 400 Gemeinden haben die Sozialisten eine Minorität im Gemeinderat, die Zahl der sozialistischen Gemeinderatsmitglieder in Frankreich übersteigt 3000. Es gibt 267 Bürgermeister. Für die 36 000 Gemeinden des Landes ist das freilich erst ein bescheidener Anfang.

Der Bericht verzeichnet weiter die erfolgreiche Ausgestaltung der „Humanität“. Die Errichtung des Pariser Volkshauses wird von einer Kommission studiert. Zur Durchführung dieses Plans erhofft der Parteisekretär kräftige Antriebe von der für diesen Sommer geplanten Reise nach Deutschland.

Der Bericht verweist weiter auf die verschiedenen, von der Partei organisierten internationalen Friedenskundgebungen des letzten Jahres bis zum Basler Kongress.

Der Kassenbericht verzeichnet 1 615 225 Fr. Einnahmen, 1 400 856 Fr. Ausgaben. Unter den Einnahmen spielt die Depuatiertensteuer, die jetzt mit großer Regelmäßigkeit einläuft, noch immer die Hauptrolle. Sie brachte 88 200 Fr. ein, die Parteikarten und -Marken 47 232 Fr. Sehr schlecht steht das Wochenblatt „Le Socialiste“, dessen Auflage immer weiter sinkt und jetzt nur 1700 Exemplare beträgt. Viele Organisationen lehnen das Abonnement ab, trotzdem es obligatorisch ist. Der Absatz der Buchhandlung ist nicht eben imponierend: 35 000 Bücher, 15 000 Lieder, 8000 Postkarten und — 90 000 Wäcker und Broschüren. Man darf wohl nicht übersehen, daß auch die „Humanität“ eine eigene Buchhandlung hat.

Kleines feuilleton.

Der Ruf nach dem Staatsanwalt. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist wieder mal reingefallen, gründlich reingefallen. Sie druckt mit gutem Gewissen Entwürfe unserer Ostergedichte ab und verlangt schlundweg eine Abänderung des Strafgesetzbuches, damit die „Heiligensamer“ gegen solche Verleumdung geschützt werden. Die biedere Agrarantenne hat in der Eile des dritten Hefttags dabei ganz übersehen, daß dieses häßliche, elckstatische Rachtwerk von einem gewissen Arthur Fitzer stammt, der nicht irgendein sozialdemokratischer Schmierant, sondern ein nicht ganz unbekannter deutscher Dichter und Maler war. Den brauchen die „Wähler“ der „Tageszeitung“ natürlich nicht zu kennen, so wenig wie Minister nach ihrem Herzen je den Namen Gottfried Keller oder Hebbels gehört hatten.

Damit die literarischen Schulbuben aber ungefähr wissen, wer nun der leider bereits tote Fitzer war, sei ihnen verraten, daß besagtes, schwer inkriminiertes Individuum in den blühendsten Handbühnern der Literaturgeschichte als einer unserer sehr hervorragenden Lieder- und Balladenmacher angesehen wird, ein Dichter mit glühender Phantasie und feinem zügelnden Kunstsinne, zugleich ein Beherrscher der Form gleich den Besten“. Auch eine Reihe bekannter Dramen (darunter „Die Fiere“) hat der Sänder verfaßt. Im Schloße des Großherzogs von Oldenburg und im Bremer Dom hängen Gemälde von seiner Hand. Seinen Bremer Landesleuten galt er als der erste Künstler ihrer Stadt, der er ein Lebenlang seinen künstlerischen Stempel aufgedrückt hat — dieses „Lästermaul“, das mit seinen „schmutzigen Fingern“ das Heiligste antastete.

Freilich, er war ein Reckenritter wie viele andere berühmte und unberühmte Leute, und er hat es für seine heilige Künstlerpflicht gehalten, seine Bestimmung in seinen dichterischen Werken nicht hinter Keimklingel und Formgerant zu verbergen. Fitzer war in diesem Punkte ein Bekannter und ein Kämpfer, einer jener letzten bürgerlichen Ideologen, die ihren Raden keinem Pfaffenstume und Staatskirchenswange gebeugt haben: ein aufrechter und ganzer Mann. Daß die Kadavere der Reaktion noch an dem Toten ihre stumpfen Schnäbel verlusten, ist sehr wohlkämpftes Recht.

Eine neue Universität in Dresden? Die Tierärztliche Hochschule Sachsens, die sich jetzt in Dresden befindet, soll nach Leipzig verlegt und in Verbindung mit der dortigen Universität gebracht werden, weil das, wie die Regierung ausführte, im Interesse der Veterinärwissenschaft vorteilhafter sei. Um aber die Verlegung der Tierärztlichen Hochschule zu verhindern und dieser gleichzeitig auch in Dresden zu geben, was sie in Leipzig finden soll, plant Dresden die Einrichtung einer eigenen Universität.

Nach einem toden erschienenen Druckvortrage des Oberbürgermeisters Reuter in Dresden soll die neue Universität der jetzt schon in Dresden befindlichen Technischen Hochschule angegliedert werden. Drei Fakultäten sollen zur Technischen Hochschule Dresden, vier andere zur Universität Dresden vereinigt werden, die statt der theologischen eine veterinär-medizinische Fakultät erhalten würde. Dem Ganzen aber soll die zusammenfassende Bezeichnung „Hochschule Dresden“ gegeben werden.

weiter die „Guette soziale“ und andere Organe. Daß indes das Interesse am Parteileben bei den Genossen viel zu wünschen übrig läßt, geht daraus hervor, daß für Parteitagprotokolle im ganzen — 447 Frank gelöst worden sind. Das Defizit bei diesem Posten beträgt 2120 Frank.

Im Bericht der Fraktion ist der Abschnitt, der von der Abstimmungsdisziplin handelt, von besonderem Interesse. Bei 145 Abstimmungen herrschte vollständige Einstimmigkeit, bei 51 kamen kleinere Abspaltungen (bis zu 5 Deputierten), bei 21 größere vor. Die meisten Differenzen betrafen Einzelheiten der Wahlreform. Auffallend für Sozialisten anderer Länder sind die Abstimmungen über den Antrag Vaillant auf Aufhebung der Getreidezölle für ein Jahr (32 für, 6 dagegen, 34 Enthaltungen) und den Antrag Verry auf ihre Aufhebung für ein Vierteljahr (50 für, 4 dagegen, 18 Enthaltungen).

Jahreskongress der belgischen Arbeiterpartei.

Brüssel, 23. März. (Eigener Bericht.)

Die Debatte über den Generalstreik.

Der Kongress tagt im Festsaal des Maison du Peuple. Es sind 1331 Delegierte anwesend. Zum Präsidenten wird Genosse de Brocquere ver Alimination gewählt. Als Gäste wohnen dem Kongress bei: Genosse Ebert vom Vorstand der deutschen Sozialdemokratie und Genosse van der Goes für die holländische Partei.

De Brocquere schlägt im Namen des Parteivorstandes vor, die Offiziellkeit auszuschließen und nur die sozialistische Presse zuzulassen, welchem Vorschlag der Kongress zustimmt. Es erfolgen die Begrüßungsreden.

Genosse Ebert überbringt die Grüße der deutschen Sozialdemokratie. Auch sie steht vor neuen Kämpfen. Unsere Regierung legt uns als Ostergabe neue Steuern auf den Tisch. Wir haben den Kampf gegen die neuen Abgaben zu führen, wie wir als einzige Partei den Kampf für die preussische Wahlreform zu führen haben. Es ist nur ein Kampf für die Wahlreform eines Bundesstaates, der aber der bedeutendste und das mächtigste Volkwerk der Reaktion ist. So verfolgen wir, die wir den Kampf gegen das inländische Wahlsystem führen, mit großer Spannung Euren Wahlrechtskampf, dessen Energie und Diszipliniertheit wir bewundern. Möge dieser Kampf das belgische Proletariat auch in seinen endgültigen Kampfbestrebungen stärken. Ebert schließt mit einem „Glück auf“ für die Kongressarbeit.

Van der Goes überbringt die Grüße der holländischen Partei und die Versicherungen ihrer freundschaftlichen Solidarität. Auch in Holland werden die Genossen, wenn die Regierung unachgiebig bleibt, zu ähnlichen Kompromitteln wie in Belgien greifen müssen.

Es werden Schreiben zweier liberaler Vereinigungen Gents zur Verlesung gebracht, in denen der Wunsch ausgesprochen wird, die Arbeiterpartei möge im Interesse der — Genter Ausstellung von einem Generalstreik absehen.

Der Vorsitzende schlägt vor, daß zuerst der Berichtler des Generalstreikkomitees das Wort erhält und dann die Vertreter der Wahlkreise und Gewerkschaftsföderationen einen Situationsbericht bringen. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß es hauptsächlich darauf ankomme, die Stimmung der Arbeiterschaft wiederzugeben und die Situation zu kennzeichnen. Da allen Vertretern der Hauptwahlkreise und Gewerkschaftszentralen Gelegenheit zur Aussprache gegeben werden müsse, schlägt der Vorsitzende eine Redezeit von fünf Minuten vor. Der Kongress stimmt dem zu.

Anjele charakterisiert die beiden Auffassungen im Generalstreikkomitee und bekämpft in der Folge die Meinung der Minorität, daß der Streik in der augenblicklichen Situation überflüssig und unnütz sei, da sich ihrer Meinung nach die von der Regierung vorgeschlagene Kommission logischerweise mit dem gesamten Wahlrechtsproblem befassen müssen. Anjele bestreitet dies umso mehr, als die Regierung keinerlei offizielles Engagement übernommen habe und ganz nach dem Willen und den Wünschen Herrn v. Broquebilles arbeiten werde. Wann, wie wird die Kommission aber arbeiten? Sie hat hundert Möglichkeiten der Verschleppung auf bürokratischem und

parlamentarischem Boden und sie wird vor allem so eingerichtet sein, daß jede Bewegung von außen, jede „Drohung“ als Grund dafür herangezogen werden würde, um die Arbeit der Kommission zum Stillstand zu bringen. Wir würden gezwungen sein, den Arbeitern zuzurufen: „Halte Euch still“, gezwungen sein, jede Bewegung im Keim zu ersticken und den Eifer der Arbeiterklasse zu brechen; — können wir das, die wir von der Aktion, vom Kampfe leben? Können wir der Arbeiterklasse sagen: Die einzige Gefahr für das Wahlrecht ist Eure Aktion?

Ebenso spricht sich Anjele gegen den im Generalstreikkomitee gemachten Vorschlag, keiner Demonstrationen freizugeben, deren Resultate er auf Null einschätzt, wenn sie nicht im Gegenteil der Arbeiterschaft nicht noch Schaden bringen.

In seiner Begründung der Resolution des Generalstreikkomitees — Generalstreik mit dem Datum des 14. April — charakterisiert Anjele den Generalstreik als einen Akt der höchsten Kraftleistung, die dem großen Kampf um das Wahlrecht vorangehen soll. — Die Streikdauer läßt sich nicht vorausbestimmen, sie wird sich aus der Taktik ergeben, die der Kampf aufzuweisen wird.

Wie wird der Streik enden? Er wird enden, wie er angefangen hat. Wie eine einzige Armee wird die Arbeiterschaft in den Kampf treten, in einem Akt höchster Disziplin, wie eine einzige Armee, mit derselben Disziplin und Einigkeit, wird sie, wenn der Moment gekommen sein wird, zur Arbeit zurückkehren.

Anjele schließt seine Rede mit einem feurigen Hinweis auf den Wahlrechtskampf und auf die machtvollen Wirkungen des Generalstreiks für die Zukunft des Proletariats. Er wird das höchste Zeugnis der Disziplin der Arbeiterschaft sein. Darum mögen auch die Gewerkschaften mit Mut und Freude an die Arbeit gehen, denn es ist die Idee der Disziplin, die in diesem Streik in jedem Beruf in jeder Gewerkschaft triumphieren soll. Der Generalstreik wird dem Proletariat das Vertrauen geben. Lieber aber noch eine Niederlage, als ein Zurückweichen, als die Unterwerfung!

Die Rede wird stürmisch bejubelt. Und immer wieder ertönt es im Chor: Vive la Grève! (Es lebe der Streik!)

Der Generalstreikbeschluss.

Brüssel, 25. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die gestrige Debatte über den Generalstreik war zum Teil leidenschaftlich bewegt, im ganzen jedoch ruhig gehalten. Aus den Berichten der Vertreter der großen gewerkschaftlichen Föderationen und Wahlkreise geht hervor, daß die Masse der Arbeiter unvermeidlich zum Streik drängt und im großen und ganzen die besten Aussichten auf eine Massenbeteiligung vorhanden sind. Der Redner für den Vorinage erklärt, daß dieser bereit sei und seine 40 000 Streikenden stellen werde. Ebenso günstig sind die Verhältnisse im Kreise Charleroi im Centre. Lüttich dürfte 50 000 Arbeiter für den Streik stellen. Auch Brüssel steht günstig; man kann auf mehr als 30 000 Streikende zählen. Die Vertreter der Föderationen der Glas-, Metall-, Gut-, Textil- und Steinarbeiter geben fast durchwegs die Zusicherung, daß sie auf einmütige Arbeitsniederlegung rechnen können.

Die Meinung der Minorität des Streikkomitees, daß der Streik überflüssig sei, weil unter den gegebenen Verhältnissen Aussicht auf eine Lösung des Wahlrechtsproblems auch ohne das erwähnte Kampfmittel vorhanden sei, vertrat nur Guymans und Vanderelde. Guymans Rede rief heftigen Widerspruch hervor. Beide Redner erklärten, daß sie, wenn auch anderer Meinung in dieser Frage, am Tage nach dem Streikfootum in voller Disziplin mit allen Kräften für den Sieg der Sache arbeiten werden.

Zur Abstimmung lag die vom Kongress amendierte Resolution des Streikkomitees vor, die den Beginn des Generalstreiks auf den 14. April festsetzt. Der Kongress spricht ferner aus, daß der Generalstreik friedlich bleiben muß, und verurteilt von vornherein jeden Versuch, ihm einen anderen Charakter zu geben.

Das Projekt soll in einem Zeitraum von zehn Jahren verwirklicht werden; bis dahin muß natürlich auch die schwierige Kostenfrage geregelt sein. Nach den vorliegenden Veranschlagungen soll der einmalige Aufwand 9 800 000 Mk., der laufende pro Jahr 280 000 Mk. erfordern. Um letzteren zu decken, soll ein Fonds von 7 Millionen Mark geschaffen und den Gesamtkosten noch ein Reservekapital von 1 1/2 Millionen Mark zuge schlagen werden. Der Gesamtaufwand wird sonach auf rund 18 Millionen Mark beziffert. Davon hofft man aber 8 Millionen durch Schenkungen und Stiftungen aufzubringen, während 10 Millionen Mark die Stadt Dresden tragen soll.

Das Projekt sieht sich auf einen sehr unsicheren Finanzplan; denn es ist sehr fraglich, ob die 8 Millionen durch Schenkungen usw. zusammenkommen. Auch über die Haltung der Regierung zu diesem Hochschulpflan herrscht noch Unklarheit.

Leichenbestattung mit der Elektrischen. Das neueste von „drähen“ ist das Begräbnis per Straßenbahn. Die Tramgesellschaften der Städte Philadelphia und Milwaukee haben sich kürzlich für einen Begräbniswagen zugestimmt, der auf ihren Straßenbahnstrecken die Verförderung des Sarges und der Leidtragenden besorgt. Wie die „Welt der Technik“ mitteilt, bietet der Wagen der Philadelphia Rapid Transit Company Raum für den Sarg, 6 Sargträger und 40 Leidtragende. Am vorderen Ende befindet sich ein Abteil für den Sarg. Der Wagen selbst ist seinem Zweck entsprechend würdig und stimmungsvoll ausgestattet. Die Fenster sind mit schweren schwarzen Samtvorhängen versehen; ebenso sind die Lederbesätze der Sitze schwarz gehalten.

Der Dienst wird in der Weise gehandhabt, daß der Wagen in möglicher Nähe des Trauerhauses oder Kirche, in der die Trauerfeier stattfindet, auf einem Nebengleise wartet und dann im geeigneten Augenblick von einem Beamten der Straßenbahn, der zu diesem Zwecke der Feier beizuwohnt, herbeigerufen wird. Ist aus irgendeinem Grunde eine Verzögerung eingetreten, so daß der Tramwagen zu früh kommt, so fährt er, da ein Warten wegen des allgemeinen Verkehrs ja nicht möglich ist, zunächst weiter, geht an der nächsten Weichenverbindung um und kehrt dann nochmals an die betreffende Stelle zurück. Nach jedem Gebrauch findet eine Desinfektion statt.

Entgegen den anfänglich gehegten Befürchtungen hat sich die Einrichtung trotz des Ungewohnten, das ihr anhaftet, bald eingeführt, wozu wohl hauptsächlich der sich an den praktischen Sinn des Amerikaners wendende billigere Tarif beigetragen hat: Ein Begräbnis per Straßenbahn kostet nämlich nur 15 bis 40 Dollar, während für ein solches durch Wagen und Pferde 50 bis 100 Dollar bezahlt werden müssen. Und dem Toten ist ja schließlich egal, die Milwaukee Einrichtung ist übrigens ganz ähnlich wie die Philadelphiaer. Hier kostet der Wagen 5 Dollar die Stunde, bei einem Mindestsatz von 15 Dollar.

Musik.

Der „Arbeiterjüngerschöre Halle“ gab hier in der „Brauerei Friedrichshain“ und in der „Neuen Welt“ zwei bemerkenswerte Osterkonzerte. Es sind erst wenige Jahre her, seitdem sich dieser

150 Köhlen starke Chor aus kleinen und kleinen Gesangsvereinen geformt hat, was, solange es der Hallischen Arbeiterschaft an eigenen großen Sälen mangelte, seltenerdings nicht möglich war. An den vollbrachten Leistungen wurde ein Respekt einflößendes Maß von rein geistig-ästhetischer Arbeit offenbar; freilich auch eiserne Selbstzucht, Begeisterung — und reiches Stimmmaterial. Mit solchen Faktoren kann ein tüchtiger Dirigent schon was rechtliches anrichten, und das hat Kapellmeister Hugo Engelmann getan. Auf Schreientöne und Gröhlschälle soll sich kein Kammerchor was einbilden. Die Bedingungen eines künstlerischen Vortrags sind an elastische Stimmhänder und musikalische Intelligenz gebunden. Sonach dürfen die Köhle für sich das Recht beanspruchen, auch an schwierigen, modernen Chören ihr Können zu erproben. Zu diesen zählen: „Aufstieg“ (zweiter Preischor des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes) von Grete Diez, „Der neue Welt“ von Kurt, „Der träumende See“ von Robert Schumann, „Eden Notant“, von Friedrich Hegar. Das waren erst studierte und feingestimmte Darbietungen, die so recht mit allen Tonschiffen auch den Anforderungen eines gebildeten Vortrags Rechnung trugen. Sicherer Anstoß, meist gute klare Aussprache, Klänge in hohen wie tiefen Lagen, bewundernswürdige Sämteigsamkeit der Schattierung; das sind gewiss erfreuliche Dinge. Und der auf impressionistischen Will sagen unmittelbaren Eindruck abzielende Dirigent macht es seinen Sängern nicht leicht, Kleinliche Bedachtnahme sowohl auf die Vortragszeichen als besonders auf den textlichen Inhalt, läßt den dann auch frappante Wirkungen auf den Hörer aus. Ich weisse z. B. auf die Stelle hin in Hoffmanns „Im Strahburg“: „Und schielst trauer“ (energisch im Kommandorich), doch zuvor gewährt mir eine Wit“ (unmittelbar leise flüsternd). „Lähms wilde Jagd“ hört man wohl selten so fortirend; nur ob bei dem blühtischen Tempo die Wucht des Chorlichen Beeinträchtigung erleidet oder nicht, diese Frage möchte ich den Hallischen Sängern zur Erwägung auf den Deimweg mitgeben.

Notizen.

— Ein Blei-Abend. Im „Salon Cassirer“ fand am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, ein Autorenabend der „Aktion“ statt, der Franz Blei gewidmet ist.

— César Francs Seliapreislungen wurden, worauf extra hinzuweisen unser Reserent übersehen hat, im Auftrag der Freien Volkshöhne durch den Berliner Volkshor für die Vereinstmitglieder am Gründonnerstag (im Kongressaal der Brauerei Friedrichshain) und am Karfreitag (in der Neuen Welt) zur Ausführung gebracht. Von diesem einträchtigen Zusammengehen beider wird in Zukunft sehr Erfreuliches zu erwarten sein.

— Die Flugmaschine am Südpol. Der französische Leutnant Monard, der schon verschiedentlich als Aviatiker hervorgeta, will sich einer Südpolpedition anschließen, die in den nächsten Monaten Europa verlassen soll. Er wird in der Umgebung des Südpols Flüge unternehmen und auch astronomische Beobachtungen machen.

Weiter wird ein außerordentlicher Kongress mit den Vertretern dieses Kongresses und Delegierten derselben Gruppen das Ende des Streiks zu bestimmen haben. Dem bisherigen Streikkomitee wird die Führung des Generalstreiks übertragen. Der Streikbeschluss wird mit allen gegen etwa 20 von 1330 Stimmen unter Jubel angenommen. Die Delegierten schwenken begeistert die Eintrittskarten unter den steten Rufen: Es lebe der Streik!

Der Parteitag der Independent Labour Party.

Vorbericht.

Manchester, 24. März. Heute (Dienstag) und morgen hält die I. L. P. hier ihren Parteitag ab. Bekanntlich ist die I. L. P. das treibende sozialistische Element in der britischen Arbeiterpartei und die Beratungen und Beschlüsse dieser Organisation, die die Gesamtpartei nicht nur mit Ideen, sondern auch mit fast allen der Labour Party zu Gebote stehenden propagandistischen Kräften versorgt, sind für die Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung von großer Bedeutung. Aus dem Bericht des Parteivorstandes ist zu entnehmen, daß die I. L. P. im vergangenen Jahre in bezug auf Mitgliederzahl und Einnahmen nicht gut abgekommen hat. Die Geldsumme, die von den Mitgliedschaften an die Zentralkasse abgeführt worden ist, ist beträchtlich niedriger als im vorhergehenden Jahre. Das läßt nicht mit Bestimmtheit auf einen Rückgang der Mitglieder schließen, wie der „Labour Leader“ ausführt. Die Mitgliedschaften brauchen nämlich nicht ihre Beiträge an die Hauptkasse nach der Zahl ihrer Mitglieder abzuführen. Es kann sehr gut möglich sein, daß sie mehr Geld für die lokale Propaganda ausgegeben haben und deshalb weniger an die Parteikasse schicken konnten. Vielleicht ist das der Fall gewesen; mindestens scheint der Erfolg, den die Kandidaten bei der I. L. P. bei den letzten Gemeindevahlen errungen haben, darauf hinzuweisen. Die I. L. P. mag heute zwischen 25 000 und 30 000 Mitglieder haben.

Die Erfolge bei den Gemeindevahlen und die rege propagandistische Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahre sind erfreuliche Erscheinungen. Sonst aber bietet der Vorstandsbericht manches Un erfreuliche. So schlägt die Parteikasse mit einem Verlust von 583 Pfund ab. Die Presse steht finanziell schlecht. Sie büßt einen Verlust von 871 Pfund. Die Auflage des „Labour Leader“ ist zurückgegangen. Zwei Wochenblätter, nämlich der „Manchester Weekly Citizen“ und der „ Leeds Weekly Citizen“, mühen sich einzuhalten. Mit der Monatschrift der Partei, der „Socialist Review“, steht es sehr schlecht, obwohl Redakteur wie Mitarbeiter ihre Dienste unentgeltlich geben. Wenn sich der Umsatz nicht bessert, wird sie vielleicht eingehen. Das Schicksal des „Labour Leader“ wird übrigens von allen anderen sozialistischen Wochenblättern Großbritanniens geteilt und hängt mit dem Erscheinen des „Daily Citizen“ zusammen, der am 8. Oktober des letzten Jahres zum erstenmal herauskam. Der Parteivorstand der I. L. P. hat in dem Tagesblatt der Labour Party, das in der Druckerei der I. L. P. gesetzt wird, 2500 Pfund angelegt. Im ganzen haben die Mitglieder der I. L. P. 20 000 Pfund in den „Daily Citizen“ gestiftet. Im vergangenen Jahre hat die I. L. P. zusammen mit der radikalen Gesellschaft unter dem Kampfruf: „Krieg der Armut!“ eine sehr kräftige Agitation betrieben; viele hundert Versammlungen und Konferenzen wurden abgehalten. In dem Vorstandsbericht befindet sich auch eine Korrespondenz zwischen der Partei und dem Internationalen Bureau in Brüssel über die Herstellung der sozialistischen Einigkeit in Großbritannien. Das Bureau hatte gemäß der Resolution, die über sozialistische Einigkeit auf dem Amsterdamer Kongress angenommen wurde, den verschiedenen Sektionen des englischen Sozialismus seine Dienste als Vermittler angetragen. Die von dem Bureau vorgeschlagene Einigungskonferenz hat jedoch noch nicht stattfinden können und, wie aus der veröffentlichten Korrespondenz zu ersehen ist, ist die Aussicht auf eine Einigung aller sozialistischen Elemente Großbritanniens noch sehr trübe.

Aus der Partei.

Im neuen Heim.

Die Breslauer Genossen haben während der Osterfeiertage ihr neuerbautes Gewerkschaftshaus eingeweiht, das sich auf dem Grundstück des alten Heims in der Margarethenstraße erhebt. Das Haus hat 61 Meter Straßenfront und umfaßt 2467 Quadratmeter bebaut Fläche. Das vierstöckige Gebäude enthält zwei Säle, die miteinander verbunden, 3000 Personen Platz gewähren. Außer den erforderlichen Restaurationsräumen sind vorgesehen: acht Vereinszimmer, sieben Fremdenzimmer, die Räume für sämtliche Breslauer Partei- und Gewerkschaftsbüros und mehrere Wohnungen. Ein großer Garten steht gleichfalls zur Verfügung. Die Kosten des neuen Heims belaufen sich auf 920 000 M. Hierzu kommen die Kosten der Inneneinrichtung, so daß sich der Gesamtwert auf annähernd eine Million Mark beläuft. Ein Teil des früheren Grundstücks ist von der „Kolkowat“ erworben worden, die innerhalb der nächsten zwei Jahre dort eine eigene Druckerei errichten wird, so daß dann alle Hefen der Breslauer Arbeiterbewegung an einem Punkte zusammenlaufen. Die früher nicht besonders günstige Lage des Breslauer Gewerkschaftshauses hat bereits vor 2 Jahren durch den Bau der sogenannten Kaiserbrücke viel gewonnen, durch die das Heim der dortigen Genossen dicht an den großen Breslauer Verkehr heranrückt wurde.

Der holländische Parteitag.

Der diesjährige holländische Parteitag trat am Sonnabend in Utrecht zusammen. Er war außerordentlich stark besucht, 198 Sektionen waren durch 299 Delegierte vertreten. Bei der Eröffnungssitzung besprach W. Liegen den großen Aufschwung der Partei, deren Mitgliederzahl sich in zwei Jahren von 10 000 auf fast 18 000 erhöht habe. Der Parteitag sei gewissermaßen die Einleitung des Wahllampfes für die im Juni stattfindenden Generalwahlen, in denen die Partei gegen Liberale und Merkisten zu kämpfen habe. W. Liegen begrüßte dann den Genossen Scheidemann, den Vertreter des deutschen Parteivorstandes.

Scheidemann überbrachte dem Parteitag der holländischen Genossen die Grüße der deutschen Partei, besprach den Wert der wachsenden Organisationen des sozialdemokratischen Proletariats und versicherte, daß darin die beste Gewähr für den Frieden liege. Die Ansprache wurde mit großem Beifall aufgenommen. Am Sonntag begann die Besprechung des Jahresberichts des Parteivorstandes, des Berichts der Kammerfraktion und der Redaktion des Parteiorgans.

Das Hauptmoment war die dreistündige Rede des Genossen Z. o e f t e r a über das Wahlprogramm und die Stichwahlbedingungen. Das Wahlprogramm lautet: Allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen, präventive Arbeiterpensionierung, Verteidigung des Freihandels und der öffentlichen Schule. — Die Stichwahlbedingungen sind: Allgemeines Männerwahlrecht, Aufhebung der Verfassungsbestimmungen, welche das Frauenwahlrecht ausschließen; das Frauenwahlrecht darf nicht an finanzielle Grenzen gebunden sein, Abweisung jeder Erklarung der Ersten Kammer, präventive Arbeiterpensionierung. Der Parteivorstand schlägt weiter vor, innerhalb zwei Wochen vor dem Wahltag in Amsterdam und Rotterdam als Probemobilisation tagelange Wahlrechtsdemonstrationen abzuhalten. Die Rede Z. o e f t e r s fand starken Beifall. Nach ausführlichen Debatten wurden spät abends diese Vorschläge mit Stimmeneinheit angenommen, nachdem alle Amendements mit fast allen Stimmen verworfen worden waren.

Nach Sibirien!

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Die früheren Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Reichsduma Skalykow und Sedelow sollten am

17. März nach Beendigung ihrer fünfjährigen Katorgastraf aus dem Petersburger Transportgefängnis per Etappe nach Sibirien zu lebenslänglicher Anstaltung abgefertigt werden. Ihre Verwandten und die Mitglieder der jetzigen Dumafraktion versammelten sich auf dem Bahnhof, um von ihnen Abschied zu nehmen und ihnen warme Sachen, Proviant und einiges Geld mitzugeben, doch konnten sie die Gefangenen nicht finden. Die Gefängnisadministration ließ die ehemaligen Abgeordneten auf einem Umwege abtransportieren, um einen feierlichen Abschied unmöglich zu machen.

Genosse Dr. Karl Liebknecht in London.

London, 24. März. (Wg. Ber.) Sonnabend, den 22. März, sprach Genosse Karl Liebknecht im großen Saale des kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins vor einem internationalen Publikum, unter dem deutsche und englische Arbeiter überwogen, über: „Politische Zustände in Deutschland und England“. Liebknechts Ausführungen, die in dem Sammelrufe nach solidarischen Zusammenarbeiten der englischen und deutschen Arbeiter auf politischem, gewerkschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiete gipfelten, wurden oft durch Beifall und Zustimmung der Versammlung unterbrochen.

Den Vorsitz in dieser Versammlung führte der mehr als 70jährige Genosse R. a k o w, einer der ältesten und tätigen Mitglieder des kommunistischen Bildungsvereins, der unter dem Sozialistengesetz aus Deutschland nach London flüchten mußte und hier mit Nery und dem alten Liebknecht Freundschaft schloß.

Parteiliteratur.

Ein kommunalpolitisches Organ der deutsch-österreichischen Parteigenossen ist soeben zum erstenmal erschienen. Es nennt sich „Die Gemeinde“, erscheint vorkünftig monatlich (Blen V, 1. Rechte Wienzeile 97) und wird von dem Genossen L e w y redigiert.

Jugendbewegung.

Kongress der sozialistischen Jugend Frankreichs.

Am Tage vor dem Parteitag traten in Br e s t die Vertreter der Jugendbewegung zusammen, um die Grundlagen für eine Organisation zu legen. Genosse M. C a h i n nahm als Vertreter des Parteivorstandes teil und leitete die Verhandlungen, die in einem Saale des städtischen Rathauses stattfanden. Das internationale Jugendbureau und die Jugendorganisationen Spaniens, Italiens der Schweiz hatten Begrüßungsschreiben geschickt. Genosse P r a g o erstattete einen eingehenden Bericht über Erziehung der Arbeiterjugend, der einstimmig angenommen wurde. Ein Referat über körperliche Erziehung und Spiele im Freien wurde auf den nächsten Kongress verschoben. Nach einem Referat von R. L y o n wurden die Organisationsbestimmungen beschlossen und ein Jahresbeitrag von 10 Cent. (8 Pf.) pro Mitglied angenommen. Das Blatt „Der Ruf der Jugend“ soll gefördert werden und später ins Eigentum des Verbandes übergehen. — Genosse C a h i n übernahm es, auf dem Parteitag für die energische Förderung der Jugendbewegung einzutreten. Er schreibt über die ersten Beratungen der Jugend: „Es ist unabweisbar, daß die gefassten Beschlüsse mächtig zur Schaffung eines Landesverbandes beitragen werden, der bald unjerech jungen Genossen Ehre machen wird.“

Wie die „Wandervogel“ haufen.

Welchen Rufes sich die „Wandervogel“ und „Pfadfinder“ bei den Besitzern und Eigentümern von Wäldern und Anlagen in der Umgebung Berlins erfreuen, ist dem Leiter einer Osterfahrt der Lehrlingsabteilung vom „Turnverein Fichte“ aus herusenem Rande übermittel worden. Fragliche Abteilung wollte in der Nähe des Scharnhauser Waldes ihr Frühstück im Walde einnehmen und zu diesem Zweck etwas abholen. Als sie eben dabei war, sich den geeigneten Platz zu suchen, kam der Besitzer und verbot es kurzerhand. Als er vom Leiter trotzdem gebeten wurde, fragte er, ob sie etwa „Wandervogel“ seien. Dies wurde verneint und ihm mitgeteilt, daß es eine Lehrlings-Abteilung vom „Turnverein Fichte“ sei. Jetzt wurde die Erlaubnis gegeben. Gleichzeitig wurde dem Leiter gezeigt, wie die „Wandervogel“ gehaust hatten. Abgerissene Äste, verbranntes und angekohltes Holz lag wie durcheinander, so daß man annehmen konnte, eine Räuberbande hätte dort ihren Lagerplatz aufgeschlagen. Wieder ein Beispiel der Erziehungsmethode der von der Regierung ausgehaltenen Vereine.

Massendemonstration der Düsseldorfer Arbeiterjugend.

Eine impotente Massendemonstration jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen fand am Ostermontag im Apollotheater zu Düsseldorf statt. Der große Umbau des Theaters, das etwa 6000 Personen faßt, war bis auf den letzten Platz gefüllt, die Versammlungsteilnehmer bestanden zum größten Teil aus Jugendlichen. Das Hauptreferat hatte Genosse A d l e r - K i e l übernommen. Der Polizei, die sich zu der unpolitischen Versammlung ebenfalls eingefunden hatte, machten die Ausführungen des Referenten sichtlich wenig Freude, und einmal drohte der „überwachende“ Kommissar sogar mit der Auflösung. An der Polizei lag es nicht, wenn die Versammlung trotzdem tubig zu Ende geführt wurde. — Die Versammlung, die zur Werbung von „Arbeiterjugend“-Abonnenten unter den Schülern arrangiert war, brachte einen vollen Erfolg.

Soziales.

Die neuen Ruhestellungen der Krankenkassen sind vom Reichsfinanzminister nunmehr im „Zentralblatt für das Deutsche Reich“ (Berlin W. 8, Rauerstraße 43/44) veröffentlicht worden.

Ausländische Wanderarbeiter.

Heber die ausländischen Wanderarbeiter in Deutschland wird im Märzhefte des „Reichs-Arbeitsblatts“ versucht, auf Grund der sehr verschiedenartigen und oft wenig übereinstimmenden statistischen Untersuchungen des In- und Auslandes einen zahlenmäßigen Überblick zu geben. Die Darlegungen sind sehr interessant. Gleichviel, ob man von der Verursachung des Jahres 1907, von den Bestimmungen der preussischen Landratsämter oder den Legitimierungen der Deutschen Arbeiterzentrale ausgeht, jedenfalls ist die Zahl von etwa 1 Million ausländischer Arbeiter, deren größerer Teil jetzt auf die Industrie entfällt, wahrscheinlich. Für die landwirtschaftlichen Wanderarbeiter konnte gleichzeitig durch Zusammenhalt mit Zahlen der Arbeiterversicherung die Dauer ihrer durchschnittlichen alljährlichen Beschäftigung in Deutschland mit großer Wahrscheinlichkeit auf etwas über ein halbes Jahr ermittelt werden. Auch die Binnenwanderung, die neben der Einwanderung, und häufig als Ausgangspunkt dieser letzteren, einhergeht, wird für die wichtigsten westlichen Industriegebiete gestreift. Innerhalb der Einwanderung war neben ihrer Bedeutung für die einzelnen Berufsabteilungen und -gruppen das Herkunftsland der Wanderarbeiter zu ermitteln. Hier konnte die österreichische, russische und italienische Statistik mit Erfolg herangezogen werden.

„Arbeitslos“.

Der Sternidolprozess hat einer Reihe Blätter konservativer und national-liberaler Richtung oder vom Schlage der „Vossischen Zeitung“ Anlaß zu pharisäischen Klagen gegen „Arbeitslos“ gegeben, statt die Hauptschuld an der Arbeitslosigkeit und an der durch diese oft veranlassenen „Arbeitslos“ dem Mangel an sozialer Fürsorge der Gesellschaft zuzuschreiben. Demgegenüber sei auf Ausführungen eines Mannes verwiesen, der weitab von der Sozialdemokratie steht, aber als Direktor einer Arbeitsanstalt doch zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß soziale Verhältnisse die Wurzel für Arbeitslos in den meisten Fällen sind. Es ist das der Direktor der Arbeitsanstalt zu Braunschweig, von J a r o n t y. Dieser führte in einem Vortrag vor der Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft am 15. Oktober 1912 unter anderem aus:

„Da gilt es zunächst, den ziemlich allgemein verbreiteten Irrtum aufzuklären, daß die Veranlassung zur Bettelarmut und boga-bundierenden Lebensweise meistens in der Arbeitslos begründet liegt. Dies ist nicht zutreffend. Die Arbeitslos ist vielmehr in den meisten Fällen die letzte Stufe einer schneller oder langsamer fortschreitenden Entwicklung, welche mit der Arbeitslosigkeit beginnt, die wiederum verschuldet, in vielen Fällen aber auch unver-schuldet und eine Folge der verschiedenartigen Umstände sein kann. Im harten Kampf ums Dasein kommen naturgemäß die minderwertigen Arbeiter zu kurz, da jeder Arbeitgeber im Interesse seines Unternehmens gesunde und volkarbeitsfähige Leute bevorzugt. Die natürliche Folge davon ist, daß verminderte Arbeitsfähige — und zwar kann der Grund für die verminderte Arbeitsfähigkeit in körperlichen oder geistigen Defekten, hohem Alter, Schwächlichkeit, Ungewandtheit oder anderen Zuständen liegen — nicht so leicht Arbeit finden, daher zunächst vorübergehend arbeits- und brotlos werden und schließlich, um ihr Leben zu fristen, darauf angewiesen sind, die Miltätigkeit ihrer Mitmenschen in Anspruch zu nehmen. Denn man wird im allgemeinen zugeben müssen, daß es bei uns vorläufig noch an Einrichtungen fehlt, durch welche allen vermindert Arbeitsfähigen im weitesten Sinne dauernde und angemessene Beschäftigung und die Möglichkeit einer einigermaßen menschenwürdigen Existenz geboten wird. Und man wird nicht bestreiten können, daß es viele Fälle gibt, in denen Betteln aus Mangel an Arbeit und entsetzender leiblicher Not zunächst nicht immer die Folge schuldhaften Verhaltens und ein Beweis für verbrecherische Reigungen ist. Im Verlauf der weiteren Entwicklung machen der Ein-fluß säkularer Beispiele, der Alkoholmißbrauch und vor allem die Willensschwäche aus dem ursprünglich arbeitswilligen Arbeitslosen schließlich einen arbeitslosen Menschen. Doch auch dieser kann nicht immer als arbeitslos im schärfsten Sinne des Wortes gelten. Fast stets ist es der Mangel an Willens- und Tatkraft, der den Bettler hindert, sich so lange um Arbeit zu bemühen, bis er welche findet. Hat aber erst verschuldet oder nicht verschuldet Arbeitslosigkeit zum Betteln geführt, so ist der Weg zum Land-streicher nicht mehr weit. Zunächst dient das Umherziehen nur dem Zweck, Arbeit zu suchen; dieser Zweck tritt, je weniger er erreicht wird, immer mehr in den Hintergrund und schließlich gewährt das Betteln im Umherziehen günstige Aussichten und wird allmählich zur Gewohnheit, der zu widerstehen die durch den Alkohol geschwächte Willenskraft nicht mehr zuläßt. Hierbei kann ich die — vielleicht überflüssig erscheinende — Bemerkung nicht unter-brücken, daß das Umherziehen der Bettler und Landstreicher doch nichts anderes als eine besondere Form des Wandertreibens dar-stellt, der besänftlich bei dem deutschen Volke besonders stark aus-geprägt ist und sich auch bei Angehörigen der gebildeten und be-sitzenden Volksschichten allerdings in anderer Form äußert.“

In ähnlicher Weise spricht von J a r o n t y in einem Vortrag vom 27. November 1912 vor dem Gefängnisverein zu Köln. Er führte dort aus, ein jeder Mensch habe das Recht auf Existenz und damit auch das Recht, daß ihm Arbeit geboten werde, die ihm die Möglichkeit einer Existenz sichert. Das sei eine unbestreitbare Forderung der Gerechtigkeit, und das habe auch „der große Wis-mard anerkannt“. In Wirklichkeit sei diese Forderung aber keines-wegs erfüllt.

Diese Auslassungen kommen der Erforschung der Ursache von Verbrechen weit näher als die selbstgefälligen Schwärmereien der Lante Hof, der „Deutschen Tageszeitung“, der „Hamburger Nach-richten“, der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ und ähnlicher Pres-organen, die am lautesten über die verbrecherischen Folgen des Mangels sozialer Fürsorge schreien, während ihr antisoziales Streben doch die Hauptschuldige an der Unterlassung sozialer Maß-regeln und damit an der Vorbeugung vor Verbrechen ist.

Rein landwirtschaftlicher Anfall.

Die Kleinbauern in Deutschland bekommen auch von der heuti-gen Rechtsprechung immer mehr Erklärungen für ihre Rechtslosig-keit. Dafür ein neuer Beleg. Ein armer Kleinbauer im Kreise Aulda fuhr zur Stadt, um dort den Kaufpreis für eine verkauften Kuh einzuziehen und gleichzeitig mit dem Erlös seine Hypothekenzin-sen zu zahlen. Ledig ist ihm nichts geblieben. Auf dieser Fahrt kam er aber unglücklich zu Fall und ist heute noch ein Krüppel. Vergeblich verlangte er nun eine entsprechende Unfall-rente von der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft und führte auch an, daß er noch Einkäufe für seine Landwirtschaft in der Stadt machen wollte. Das glaubte man ihm nicht. Oberverfiche-rungsdamt und Reichsversicherungsamt entschieden nur nach, der Frage, ob die Einziehung des Kaufpreises für die Kuh und das Entrichten des Hypothekenzinses mit der Landwirtschaft im Zu-sammenhange stehe, als Unfall anzusehen sei, wenn ein Kleinbauer bei dieser Tätigkeit beschädigt werde. Beide Instanzen haben dem armen Kleinbauern Unrecht gegeben und seine Rentenansprüche glatt abgewiesen. Die Tilgung der Hypothekenzinsen, heißt es in den Gründen, wenn sie auch im gewissen Grade der ungehörten Fortführung des landwirtschaftlichen Betriebes zugute kommen mag, sei ihrer Natur nach eine rein persönliche, ausschließlich vermögensrechtliche Angelegenheit, nicht aber eine landwirtschaft-liche Betriebsangelegenheit. Aus denselben Erwägungen könne aber auch die Fahrt eines Landwirtes zum Zwecke der Einziehung des Kaufpreises für eine Kuh nicht als eine landwirtschaftliche Be-triebshandlung angesehen werden. Es handele sich bei einer solchen Fahrt um die Regelung eines Rechtsverhältnisses, dessen Ent-stehung zwar noch auf den Betrieb zurückzuführen ist, dessen Ab-widlung aber dem Betriebsinteresse als solchen nicht direkt, son-dern lediglich in den Bereich der vermögensrechtlichen Angelegen-heiten des Landwirtes fällt.“

Der arme Kleinbauer muß sich also mit dieser geschändeten Rechtsbelehrung trösten.

Aus der frauenbewegung.

Sänglingsprämierung.

Der Bürgermeister von Bergisch-Gladbach macht im Märzheft der bürgerlichen Zeitschrift „Die Frau“ Bekanntschaft für eine unter seiner Leitung eingerichtete städtische Sänglingsprämierung. Eine Kom-merziantin hat die Idee angeregt, die seit 1905 wie folgt aus-geführt wird: In öffentlichen Bekanntmachungen wird mitgeteilt, daß zum Wettbewerb (!) zugelassen werden: 1. Familien, deren Ein-kommen weniger als 900 M. beträgt; 2. welche von höherem Einkommen, bei welchen der Kadavere besonderer Bedürftigkeit erbracht wird. Die Kinder müssen über ein halbes und nicht älter als ein Jahr alt sein. Mütter un-ehelicher Kinder sind nicht ausgeschlossen. Die Prämierungskommission besteht aus einem Arzt, einer Oberin eines Kranken-hauses, zwei Diakonissen, der schon erwähnten Kommerziantin und dem Bürgermeister als Vorsitzenden. In sieben Jahren hat die Kommission 15 Sänglingsprämierungen abgehalten und dabei Prä-mien im Gesamtbetrage von 391 M. verteilt. Die einzelnen Prä-mien bewegten sich zwischen 5 und 25 M. Geplant sind „Kontroll-berausammlungen“ der über fünf Jahre alten ehemaligen Prämiierten.

Vor ein oder zwei Jahren fand in Berlin unter gewalt-tigem Tamtam ebenfalls eine Sänglingsprämierung statt. Da vielleicht solche Veranstaltungen ebenso Nobis werden können, wie Kagen-, Hunde- und Mastvieh-Ausstellungen mit Preis-Verteilung, so ist es nötig, sie einmal unter die kritische Lupe zu nehmen. Da finden wir denn, daß sie sich als neue Variation des alten bürgerlichen Wohlstandstrümmels kennzeichnen. Man scheint in gewissen bürgerlichen Kreisen die sozialen Ursachen der Sänglingssterblichkeit — Wohnungsnot, Verunsicherung der Mutter, die Vererbung der unehelichen Mutterchaft usw. — zu verkennen, sonst würde man die mühsame unendlich opfervolle Anzucht von Kindern nicht wie eine z-bellebige Sportleistung bewundern, bei der man durch das Ausschreiben eines Wettbewerbs mit Preisen zu höchstmöglicher Anstrengung anspornen will. Wie nun, wenn proletarische Kreise einen „Wettbewerb“ für Mütter und Sänglinge aus Bourgeois oder Fürstentum aus-

schrieben? Entrüftet würden die betreffenden Kreise dergleichen als schwer herabwürdigende Beleidigung zurückweisen. Nicht anders aber empfindet die kassenbewusste Arbeiterschaft. Sie dankt bestens für die dürftigen Almosen der Säuglingsprämierung und betont einer solchen unangenehmen Begünstigung gegenüber mit aller Energie ihren Rechtsanspruch auf einen wirklich umfassenden Mutter- und Säuglingschutz von Reichs wegen.

Die Bureauangestellte.

Maschinenschreiberinnen und Stenotypistinnen findet man in großer Anzahl in allen möglichen Bureaus. Jede Fabrik, jedes Export-, jedes Agentengeschäft, mag es noch so klein sein, beschäftigt eine oder mehrere Maschinenschreiberinnen. In fast jedem kaufmännischen Betrieb sind sie anzutreffen. Sowie der Chef die Arbeiten nicht mehr allein bewältigen kann, ist die erste Angestellte eine Maschinenschreiberin. Auch in den Bureaus von Vereinen und Verbänden, von Rechtsanwältin und Notaren ist die Maschinenschreiberin vertreten, man findet sie auch als Hilfskraft in Sekretariaten und bei wissenschaftlich Arbeitenden.

So vielfach begeht und unentbehrlich die Maschinenschreiberinnen sind, so wenig geachtet, wenig angenehm und schlecht entlohnt sind ihre Stellungen im allgemeinen. Ein Gehalt von 120 M. ist in den meisten Fällen die erreichbare Grenze. Nur selten geht's darüber hinaus, aber oft genug bleibt die Bezahlung darunter. Die niedrigen Gehälter der Mehrheit drücken das Lohnniveau herunter. Die Arbeitszeit ist vielfach zu lang, die Mittagszeit wird zu knapp bemessen, oft des Abends, besonders an Posttagen, zu lange gearbeitet; für Ueberstunden gibt es in den allermeisten Fällen Bezahlung. Auch der Urlaub ist den Maschinenschreiberinnen sehr bemessen, gewöhnlich erhalten sie erst nach mehrjähriger Tätigkeit einige Tage frei. Auch herrscht noch vielfach die Unsitte, daß Sonntagsarbeit geleistet werden muß.

Dieselben Ergebnisse bringt eine Erhebung vom Jahre 1911 über die Erwerbsverhältnisse bei Angestellten der Rechtsanwältin. Die so wichtige Frage der Entlohnung blieb dabei gänzlich unberücksichtigt. Wohl aus guten Gründen! Die Angestellten im Anwaltsbureau werden leider schlecht bezahlt. Die in diesen Bureaus tätigen weiblichen Angestellten machen etwa 17,7 Proz. der Gesamtzahl der Angestellten bei Rechtsanwältin aus. Allerdings gilt diese Zahl nur für den Gesamtdurchschnitt in ganz Deutschland. In Großstädten erhöht sich ihre Zahl bis auf 28,4 Proz., in Berlin beträgt sie 34,7 Proz. in München gar 32,7 Proz. Als Bureauvorsteher sind nur 4 Proz. der Frauen tätig. Auch als Lehrlinge kommen sie wenig in Betracht. Die Zahl der weiblichen Lehrlinge ist auffallend gering. Das Hauptkontingent der weiblichen Angestellten bei Rechtsanwältin stellen die Bureauangestellten, die Maschinenschreiberinnen, die wohl schon vielfach vorher eine andere Lehrzeit durchgemacht haben. Daraus erklärt sich wohl auch, daß die Zahl der unter 16 Jahre alten weiblichen Angestellten im Vergleich mit den männlichen Angestellten der gleichen Altersgrenze sehr gering ist. 42 weiblichen Angestellten unter 16 Jahren stehen 1455 männliche dieser Altersgruppe gegenüber. Nämlich genau die eine Hälfte der Maschinenschreiberinnen, nämlich 47,2 Proz., arbeiten ausschließlich der Pausen, mehr als 7 bis 8 Stunden, die zweite Hälfte, nämlich wieder 47 Proz., mehr als 8 bis 9 Stunden! Für die Hälfte aller Maschinenschreiberinnen ist demnach eine zu lange Arbeitszeit konstatiert worden. Außerdem wird noch festgestellt, daß in einem Monat, nämlich vom 15. Januar bis zum 14. Februar 1911, circa 24 Proz. der Maschinenschreiberinnen über 16 Jahre und 32,5 Proz. derjenigen unter 16 Jahren Ueberarbeit leisten mußten. Auch Sonntagsarbeit wird in großem Maße verlangt, so daß selbst der einzige Erholungsstag in der Woche für viele Maschinenschreiberinnen illusorisch wird.

In gleichmäßigem Einerlei der nervenaufreibenden Arbeit gehen ihre Wochen und Jahre dahin, bis sie eines Tages ihrem Beruf zum Opfer gefallen sind, krank und hilflos dastehen, nicht mehr das Verlangte leisten können und noch froh sein müssen, von der Krankenkasse oder der Invaliditätsversicherung in Krankenhäusern und Erholungsheimen notdürftig aufgenommen zu werden, um dann aufs neue das erfolglose Rennen zu beginnen.

Gewiß wird mancher der Maschinenschreiberinnen darüber nachgedacht haben, wie sie die Ausbitter ihres Berufes ein wenig verbessern kann, wie sie für kürzere Arbeitszeit und mehr Lohn sorgen könnte. Und nach fruchtlosem Bemühen wird sie sich vielleicht gefast haben: es hilft nichts, ich kann nichts daran ändern. Wenn ich nicht für das wenige Geld arbeiten will, dann kommt eben eine andere an meinen Platz, und ich bin arbeitslos. Und die Einzelne, die da resigniert sagt, ich allein kann keine Besserung schaffen, hat vollständig recht. Wohl kann dieser traurige Zustand geändert werden, aber nicht eine allein kann es. Diese ist stets machtlos dem Arbeitgeber gegenüber. Aber wenn alle sich zusammenschließen, dann bilden sie eine Macht, mit der die Arbeitgeber rechnen müssen. Daher sollte es für alle weiblichen Bureauangestellten heißen: Hinein in den Verband! Und doppelt für diejenigen, die vielleicht denken, ach, ich brauche mich nicht organisieren, ich habe eine gute Stellung, bekommt ausreichendes Gehalt und habe angemessene Arbeitszeit. Nein, dann gerade muß sie Mitglied des Verbandes werden. Einmal, um ihren weniger glücklichen und weniger gutgestellten Schwestern zu helfen und für diese zu erreichen suchen, was ihr selbst schon gelungen ist. Dann aber auch um ihre selbst willen, denn wer bietet ihr die Garantie dafür, daß sie ihre bessere Stellung stets behalten wird? Aus irgendeinem Grunde kann sie entlassen werden, und dann vielleicht, nach langen arbeitslosen Wochen, genötigt sein, eine viel schlechtere Stellung anzunehmen. Für alle Angestellten ist es demnach Pflicht, sich der Organisation anzuschließen.

Lesende.

Zempelhof. Heute Mittwoch bei Becker, Berliner Str. 41/42: Vortrag der Genossin Siedel-Neuloh über: „Kinderschutz und Kinderarbeit“.

Neue Orkanverwüstungen in Amerika.

Ein Wirbelsturm, der neuerlich Omaha, Nebraska und Indiana heimsuchte, hat ungeheure Schäden angerichtet, die bereits unterbrochenen Telegraphenlinien zerstört und zahlreiche Verluste an Menschenleben verursacht; die einen geben hundert, andere

bis zu tausend Todesfällen an.

Der Sturm hat in Omaha allein Hunderte von Häusern zerstört; an hundert Personen sind getötet und mehrere hundert verletzt worden.

Aus Terre Haute (Indiana) wird gemeldet: Der Wirbelsturm erfasste den südlichen Teil der Stadt am frühen Morgen: er ging quer durch das ganze County Vigo. Ungefähr 50 Personen sind getötet und 300 verletzt worden; der angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich.

Nach weiteren Meldungen des Gouverneurs von Omaha sind mindestens zweihundert Personen in Omaha durch den Orkan ums Leben gekommen. Vierzig Straßen Omahas wurden zum großen Teil zerstört; im Residenzviertel wurden hundertfünfzig Wohnhäuser fortgeweht, zweihundertfünfzig teilweise zerstört, ebenso fünfzehn Kirchen und acht Schulen. Zu den Gebäuden, die durch den Sturm zerstört wurden, gehört auch ein Kinematographentheater, in dem dreißig Menschen umgekommen sein sollen. In verschiedenen Teilen der Stadt brach Feuer aus. Da die Straßen voll von Trümmern waren, gestalteten sich die Löscharbeiten schwierig, doch ein starker Regenfall kam ihnen später zugute. Zahlreiche Plünderungen werden gemeldet. Auch drei Vororte Omahas sind völlig zerstört. Der Orkan legte gestern Abend durch das Missouri. Er richtete in Illinois, Missouri, Kansas, Süddakota und Montana ebenfalls großen Schaden an. Am Mittwoch erreichte er Chicago, wo hundert Personen verletzt wurden und zahlreiche Brände ausbrachen.

Indianapolis (Indiana), 25. März. Nach dem Orkan sind durch strömenden Regen die Flüsse über die Ufer getreten. Man fürchtet

Ueberschwemmungen.

wie man sie seit vielen Jahren nicht gehabt hat. Mehrere Städte sind bereits überflutet. Fünf Menschen ertranken. Häuser wurden zerstört und auch Vieh kam um. Die Ernte ist vernichtet. Die Bevölkerung der überschwemmten Gegenden hat sich auf höher gelegenes Land geflüchtet.

Nachdem sich die unbeschreibliche Aufregung und Verwirrung eingemessen gelegt hat, sind die Behörden damit beschäftigt, genau festzustellen, welche Opfer an Menschenleben der Tornado gefordert hat, der über Omaha dahingebraust ist. Die Berichte, die von 2000 Toten sprachen, sind übertrieben. Bis jetzt beträgt ihre Zahl 321 und wenn auch noch einzelne Leichen bei den Aufräumungsarbeiten unter den Trümmern herangezogen werden sollten, so kann es sich nur noch um vereinzelte Ausnahmen handeln. Die Toten, die zum Teil gräßlich verstümmelt sind, wurden, soweit sie identifiziert werden konnten, ihren Angehörigen übergeben.

Der Sachschaden ist ganz enorm. Neben vielen Hundert kleineren Gebäuden sind elf Kirchen, acht Schulen, ein Theater und ein Bankpalast vollkommen zertrümmert worden. Der Schaden beläuft sich auf 25 Millionen Mark und ist zum größten Teil durch Versicherung gedeckt. Es ist aber fraglich, ob die Versicherungsgesellschaften in Anspruch genommen werden können, da es sich um höhere Gewalt handelt.

Im Golf von Mexiko sind infolge des Jhllons eine Reihe von Schiffen gesunken.

Aus aller Welt.

Rekordflug im Freiballon.

Der Pariser Luftschiffer Rumpelmayer, der am vorigen Mittwoch in der Nähe von Compiègne in Begleitung einer Frau Goldschmidt in einem Kugelballon aufgestiegen war, landete nach 41stündiger Fahrt in Charlois in England und hat mit der zurückgelegten Strecke von 2400 Kilometern alle bisherigen Rekorde geschlagen.

Zwei Flieger abgestürzt.

In St. Gallen stürzten bei einem am 1. Feiertag abgehaltenen Flug der Flieger Juest und sein Passagier, der Kaufmann Brunschweiler aus St. Gallen, ab. Juest erlitt eine Kopfverletzung und andere Verletzungen, Brunschweiler, der unter den Motor geraten war, konnte erst nach einer halben Stunde schwer verletzt unter den Trümmern hervorgezogen werden.

Das Vaterland braucht Männer.

Im Seebad Alstedt wohnt ein biederer Schneidermeister, der es in zwei Ehen auf - 33 Kinder gebracht hat. Da angefaßt für alle Militaristen fürchterlichen Geburtenrückgangs das Vaterland solch tüchtige und patriotische Männer braucht, mußte diese Rekordleistung belohnt werden. Deshalb erhielt der wackere Meister Zwirn vorige Woche von Wilhelm II. eine Einladung zum Besuch und dürfte mit einigen freundlichen Worten und einem Geldgeschenk hochbeglückt wieder zum Ostseestrand zurückkehren. - Nun werden sich wohl alle Byzantiner bemühen, dem Manne nachzueifern und das Vaterland ist vor drohender Gefahr gerettet.

„Hochgestellte Personen“.

Die zur Romanowfeier geprägten russischen silbernen Jubiläumskrubel sind in der russischen Reichsbank bereits vergriffen, da sie alle an „hochgestellte Personen“ - wie die Bekanntmachung sagt - vergeben wurden. Dabei laufen in den Couloirs der Reichsbank diverse dunkle Gentlemen umher, die solche Silberkrubel zu einem einfachen Preise anbieten. Also das sind die hochgestellten Personen! ... Genau dasselbe geschieht tagtäglich in jeder größeren russischen Stadt mit Theaterbillets. Die besseren Plätze sind immer „vergriffen“ und die Billets zu denselben werden - zwei Schritte von der Kasse - von „hochgestellten Personen“ gegen hohen Zuschlag offen feilgeboten.

Wie Armenleichen verscharrt werden.

zeigte sich am Sonntag vor Dfern in Neeremünde bei dem Begräbnis eines Arbeiters. Unvermutet waren dazu auswärtige Verwandte erschienen, die den Wunsch hegten, den Toten noch einmal zu sehen. Der Fischer, dem von der Stadt die Bestattung der Armenleichen vertraglich zugewiesen ist, weigerte sich lange, den Sarg zu öffnen, und erst auf Veranlassung des Magistrats gelang dies. Dabei stellte sich heraus, daß die Leiche ungewaschen, in den Arbeitskleidern, in denen der Mann von einem plötzlichen Tod ereilt wurde,

in einem zu kurzen Sarg lag und in eine widerwärtige Lage hineingezwängt war, so daß der Geistliche eine Sammlung veranstaltete, damit eine bescheidene, aber würdige Bestattung ermöglicht wurde. Wegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe wehrt sich nun der schuldige Leichenbestatter in einer Zuschrift an das „Neeremünder Kreisblatt, in der es heißt:

„Meinen Sie, ich soll solchen Mann die Kleidung, vielmehr die Lumpen vom Leibe schneiden und dann dem Herrn im Tode noch ein Dampfbad geben lassen, nicht noch womöglich die Haare schneiden und den Sarg demokratisch aufjagen lassen. ... Natürlich diese Leute verlangen von der Stadt womöglich Anwesenheiten, Glockengeläute für Stadt und Umgegend, Leichenwagen vier lang und ein großes Fah Richtenberger zur Feier des Tages.“

Welch eine Unverschämtheit von den Proleten, nach einem Leben voller Arbeit ein anständiges Begräbnis zu fordern!

Zwei Küsse und ein Sängerkfest.

London, 14. März 1913. (Eig. Ber.) Das Küffen, das schon so manches Unheil angerichtet, droht die Harmonie auf dem „Fais Cool“, dem irischen Sängerkfest, zu stören. Die Hauptstadt Dublin, wo das Fest in diesem Jahre stattfinden soll, befindet sich in großer Aufregung. Zwei katholische Priester, die Mitglieder des Festausschusses sind, ein Kanonikus und ein angesehener Jesuit, halten es nämlich für höchst unanständig, daß in dem Madrigal, das die welt-eifernden Chöre singen müssen, zweimal - ausgerechnet zweimal - vom Küffen - die Rede ist. Sie verlangten deshalb, daß ein anderes Lied gesungen würde, und als sich der Ausschuss weigerte, ihrem Wunsch nachzukommen, traten die Priester von ihrem Ehrenamt zurück. Nun haben sich eine ganze Reihe Gesangsvereine mit den Geistlichen solidarisch erklärt und wollen sich an dem Nationalfest nicht beteiligen. Aber der Ausschuss läßt sich nicht einschüchtern. Er ist der Ansicht, daß das Küffen in einem Hirtensiedchen ganz am Platze ist, das zudem aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts stammt, als sich der Protestantismus noch sehr papig machte und es die Leute eben nicht besser verstanden. Wer fern von der Aufregung ist, die sich der irischen Hauptstadt bemächtigt hat, wird sich beim Lesen des verbreiteten Verzeichnisses vor Erstaunen die Augen reiben. Das nichtsnutzige Hirtensiedchen lautet nämlich auf deutsch (so gut sich das süße Nichts ins Deutsche übertragen läßt):

Camilla schön küßt' durch die Flur.
Ich folg' ihr ohn' ihr Wissen.
holt' sie fast ein; ich wollte nur,
Wenn ich sie finge, küffen.
Doch hoffnungslos war diese Jagd.
„Camilla!“ laut ich schrie.
Sie wandte stolz sich um und sagt:
„D nein, ich küß' dich nie.“

Nach dem Text war die schöne Camilla doch schließlich ein ganz anständiges Mädchen, an dem der strengste Weichtwater nichts aussetzen könnte. Doch vielleicht war es die Wujil, die es den Geistlichen angetan hat. Man denke sich nur, mit welcher Wollust der Komponist bei dem Worte Küffen verweilen kann. Erst hat es der Bass, dem ein glühender Sopran in sehnlichst langen Tönen erwidert. Dann wird es vom Tenor aufgefangen, dem es der Alt liebevoll abnimmt. Und das zweimal in einem Vers, der von jedem der weltstrebenden Chöre gesungen werden muß! Es ist klar, daß damit die Sittlichkeit gefährdet wird und daß etwas zum Schutze der Kanoniker und angesehenen Jesuiten getan werden muß.

Kleine Notizen.

Ein schweres Automobilunglück, bei dem eine Person getötet und drei andere Verletzungen erlitten, ereignete sich Montag Abend gegen 8 Uhr in der Nähe von Osterwald zwischen Neustadt und Hannover. Zwei Gesellen eines Schlächtermeisters aus Hannover waren nach Neustadt gefahren, um dort Vieh einzukaufen. Auf der Rückfahrt versagte die Steuerung und das Automobil überlag sich. Der Anbauer Brodmann, der aus Gefälligkeit unterwegs mitgenommen wurde, sowie der Chauffeur wurden in den Graben geschleudert. Brodmann, der Vater von acht Kindern ist, war sofort tot, während der Fahrer schwere Verletzungen davontrug. An seinen Auffommen wird gezweifelt.

Selbstmord eines Gymnasialisten. Die Leiche eines vor einigen Wochen verschwundenen Gymnasialisten aus Rohberg bei Weizhen wurde gestern in einer Scheune vorgefunden. Es liegt Selbstmord vor, doch ist die Ursache unbekannt.

Zwei Personen auf einer Kahnfahrt ertrunken. Bei einer Kahnfahrt auf dem Main geriet ein Boot aus Schwabmünster in eine Strömung und kenterte. Die beiden Insassen ertranken.

Ein Schiffbörgerkrieg. In dem auf hoher Bergespitze belegenen Borrote Nikolausberg bei Göttingen entstand in dem Hause des Malers Gottschalk ein Brand, der das ganze Anwesen in Asche legte. Das Feuer hätte im Keim erstickt werden können, wenn es möglich gewesen wäre, zu der neu beschafften Dorfspitze zu gelangen. Die Spritze hatte man, nachdem sie noch an dem abgetragenen Hause probiert und tadellos in Ordnung befunden war, in einer diesem Hause gegenüber belegenen Scheune untergebracht; hier hatte man die Spritze vollständig mit Stroh verbanst, so daß man erst die ganze Scheune anströmen mußte, ehe man zu der Spritze gelangen konnte. Inzwischen war das Haus vollständig heruntergebrannt. Es war nur noch ein Glück, daß das Haus isoliert stand und der Wind günstig war, sonst wäre das ganze Unterdorf abgebrannt.

Ein Familiendrama. Am ersten Osterfeiertagvormittag wurde die Gedannte Lehmann in Erfurt, Pergamentenstr. 20 wohnt, von ihrem Ehemann durch einige Schüsse, von denen einer die rechte Bauchseite durchbohrte, getötet. Die Frau war sofort tot. Der Ehemann hatte sich ebenfalls eine Schußwunde in den Kopf beigebracht, außerdem hatte er sich die Pulsadern geöffnet. Noch lebend wurde er in das Krankenhaus eingeliefert, wo er aber schon gegen Mittag gestorben ist. Die Ursache zu der furchterlichen Tat ist in ehelichen Zwistigkeiten zu suchen, die aus unbegründeten Eifersüchteleien des Ehemannes entstanden sein sollen.

Ein Dorf durch Feuer vernichtet. Das Dorf Bodrag-Szoeg in Ungarn ist, wie telegraphisch mitgeteilt wird, fast vollständig abgebrannt, nur drei Häuser blieben verschont.

Wieder ein schweres Unglück auf der Dortmunder „Union“. Wie uns ein Telegramm berichtet, wurden gestern nachmittag auf dem Eisenwerk „Union“ in Dortmund durch eine infolge Holenbruchs abtanzende Walde zwei Arbeiter getötet. - Zwei schwere Unglücksfälle auf einem Berg so kurz hintereinander lassen auf nicht genügende Schutzvorrichtungen in dem Betriebe schließen. Darf dort ungestraft mit Arbeiterleben gespielt werden?



VIM spricht Wimm Stärke, Kraft, Macht bekämpft und besiegt den ärgsten Feind der Hausfrau den Schmutz in verschiedenartigster Gestalt

VIM

das neuzeitliche Scheuer-, Polir- und Putzpulver.

Hergestellt von Sunlight Seifenfabrik, Rheinau-Mannheim

Handhaben auch Sie diese nieversagende Waffe in Ihrem Haushalt! Sie erleichtern sich mit VIM (Streu-dose 15 x 25 Pfg.) das Leben ungemein



Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassenamt: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714.

Achtung! Metalldrücker! Achtung!
 Donnerstag, den 27. März 1913, abends 6 Uhr:

Verfammlung
 aller in Kronen- und Beleuchtungskörper-Fabriken
 beschäftigten Metalldrücker
 im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15, Saal 5.

Tagesordnung:
 1. Die Konkurrenz der Unternehmer und die Stellung der Arbeiter dazu.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Kollegen! Ganz besonders sind die Kollegen der Kundenbetriebe dazu eingeladen.

Donnerstag, den 27. März 1913, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Verfammlung
 der Zeugschmiede u. Schwarzblechschlosser
 im Lokal von Volkshäuser, Adalbertstraße 21.

Tagesordnung:
Stellungnahme zur Kündigung des Tarifs.
 In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend notwendig. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 27. März 1913, abends 8 Uhr:

Bezirks-Verfammlung
 für Ober-Schöneweide, Nieder-Schöneweide, Johannisthal
 und Umgegend
 im Lokal von Baatz (Strandschloß), Ober-Schöneweide,
 Spreestraße 3/4.

Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen Dr. Julius Roeser: „Die Arbeiterschaft und der Geburtenrückgang in Deutschland.“
 2. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag.
 Der äußerst wichtigen Tagesordnung wegen erwarten wir das Erscheinen aller Mitglieder mit ihren Frauen.
 115/6 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Verwaltung Berlin.

Branchen-Verfammlungen.

Bodenleger Mittwoch, den 26. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3.

Tagesordnung: 1. Wahl eines Kommissionsmitgliedes. 2. Wahl der Revisionsoren. 3. Branchenangelegenheiten.

Bürsten- und Pinselmacher Mittwoch, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Bensch, Holzmarktstr. 65.

Tagesordnung: 1. Warum ist eine Branchenkonferenz notwendig? Referent: Kollege Schmalbach. 2. Branchenangelegenheiten.

Einsetzer Mittwoch, den 26. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1.

Tagesordnung: 1. Der neue Tarif. 2. Welche Vorteile bietet uns der Arbeitsnachweis unter dem neuen Vertrag.

Jalousiearbeiter Mittwoch, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Becker, Weberstr. 17.

Stellmacher. Die Branchenversammlung am 27. März fällt aus.

Perlmutter-, Horn-, Steinnußknopfarbeiter und -arbeiterinnen Donnerstag, 27. März, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 3).

Tagesordnung: 1. Einrichtungen und Ausbau der Gewerkschaftsbewegung. 2. Bericht von der letzten Generalversammlung. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
 80/20 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Gruppe der Staker.

Donnerstag, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Verfammlung

im Kleinen Gewerkschaftshaus, Stralauer Brücke 3.

Tagesordnung: 1. Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen. 2. Diskussion. 3. Berufsangelegenheiten und Verschiedenes.

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das bestimmte und pünktliche Erscheinen Ehrenpflicht. Mit Gruß
 141/14 Die Gruppenleitung.

Kein Brantwein! Kein Likör!

„WERFT“

WERmuth Frucht Trunk

gesundes, magenstärkendes Getränk

a Glas 10 Pf., a Flasche 95 Pf.

überall erhältlich.

Sandmann & Wolfgang Gebrüder

Berlin SW. 98.

Erstklassig!
Unsere
„Marine“
2 Pfg.
CIGARETTE



Georg A. Jasmatzki Akt. Ges.
 Dresden
 Grösste deutsche
 Cigarettenfabrik

Möbel-Lechner
 Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar

Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an
 Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an
 Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
Riesen-Auswahl — Grösste Kulanz
 Vorzoger dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 M. an 5 M. gutgeschrieben.

1. Geschäft: Brunnenstr. 7 2. Geschäft: Müllerstr. 174
 am Rosenthaler Platz Ecke Fennstraße

Lieferung auch nach auswärts

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet

Abdruck.
 Berlin, den 15. März 1913.
 In der Privatklage des Frau Emma Strube, geb. Kühn, hier, Stalher Str. 117, Privatklägerin, gegen den Handelsmann Blasius Bandrowski, hier, Stalher Str. 117, Angeklagten, wegen Beleidigung.
 Die Parteien schliessen folgenden Vergleich: Der Angeklagte erklärt, ich habe die Ausdrücke „Sau und Package“ meiner Erinnerung nach nicht gesagt, falls ich dieselben gebraucht habe, nehme ich sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Ebenso will ich den Vorwurf, daß die Privatklägerin mich habe neppen wollen, nicht aufrecht erhalten und bitte deswegen um Entschädigung. Ich übernehme die Kosten des Verfahrens und hier damit einverstanden, daß der Vergleich je einmal auf meine Kosten in der Berliner Morgenpost und im „Vorwärts“ veröffentlicht wird.

Bruchbandagen,
 Leibbinden, Geradenhalter, Irrigatoren, Spritzen etc.,
Suspensoren, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
 empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
 jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.
 Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Heute und morgen 47/48
Begehühner,
 garant. Junge, beste Lege, verkauft
F. Wegner,
 Berlin 50, Mariannenstr. 34.

Größtes
Spezial-Geschäft
 sämtlicher
Gastwirts-
Artikel.
L. Katz & Co.,
 Spandauer Str. 45, am Molkenmarkt.
 Filialen:
 Neukölln, Bergstraße 65,
 am Bahnhof u.
 Hermannstraße 35,
 Ecke Wanzlikstraße.

Die reellsten und billigsten
Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz,** Reichenberger Straße 5. Grösste Auswahl in allen Holz- und Stilmöbeln von zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenzahlung

Kios Cigaretten

Kurprinz	3 Pfg
Fürsten	4
Welt-Macht	5
Auto-Klub	6
Aero-Klub	10

Kios-B.Z.
 Cigarette
 Stück 4 Pfennig.

Ohne jede Anzahlung

erstklassigen Fabrikat
 (9x prämiert Staatsmedaille) in
 allen Holz- und Stilmöbeln von wunderbarer Tonfülle (Flügelton)

verkaufe ich
Pianos
Flügel und **Harmoniums**
 sowie
 gegen kleine monatliche Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige schriftliche Garantie.

Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1,
 Ecke Kurfürstenstr. Tel. Ch. 10410.
 Auch Sonntags geöffnet.

Total-
Ausverkauf
 zwecks
 schleunigster
Verwertung
 des
Warenlagers
 und
Geschäfts-
Aufgabe
 Brunnenstr.,
 Ecke Veteranenstr.,
 in den bisherigen
 Geschäftsräumen
 der Firma
H. Greifenhagen
Nachf.

Damen-Konfektion
Kinder-Konfektion
Herren-Anzüge
Herren-Ülster
Kleiderstoffe
Seidenwaren
Leinenwaren
Baumwollwaren
Wäsche
Gardinen
Teppiche
Tischdecken
Wollwaren
Strumpfwaren
Handschuhe
Kurzwaren
Handarbeiten
Korsette
Haushaltartikel
Glas, Porzellan
Spielwaren
Schuhwaren
Verkaufszeit 9-1
u. 3-8 Uhr.
J. Fraenkel,
 Brunnenstr.,
 Ecke Veteranenstr.,
 in den bisherigen Geschäfts-
 räumen des Warenhauses
H. Greifenhagen
Nachf.

Neunter Bundestag der technisch-industriellen Beamten.

Die Vertreter des Bundes der technisch-industriellen Beamten kommen alljährlich während der Osterfeiertage in Berlin zu ihren ordentlichen Tagungen zusammen.

Nach Erledigung der üblichen Formalitäten erbat sich der Bundestagsmitglied Sandweil-Berlin den Jahresbericht.

Die Betätigung der Privatangestellten im öffentlichen Leben — erklärte der Redner — sei eine immer stärkere geworden. Das habe sich bei den Reichstagswahlen gezeigt.

Der sozialpolitischen Tätigkeit des Bundes sei die Richtung durch seinen gewerkschaftlichen Charakter vorgeschrieben. Eine Kampforganisation, wie sie die Gewerkschaft sein müsse, werde immer ihr Ziel vorwiegend auf dem Wege der Selbsthilfe zu erreichen suchen.

Die Werbetätigkeit des Bundes wurde schriftlich und mündlich sehr eifrig betrieben. Ihr Ergebnis war, daß 5971 neue Mitglieder aufgenommen wurden.

Die Rentenverhältnisse des Bundes haben sich ebenfalls günstig entwickelt. Bei einem Kassenbestand von 84 317 M. betrugen 1912 die Einnahmen und Ausgaben 820 426 M.

An die Entgegennahme des Geschäftsberichts schloß sich eine geheime fünfstündige Sitzung, in der in sehr lebhafter Weise interne Angelegenheiten — das Ausscheiden Lüdemanns aus dem Vorstande und sonstige Beamtenfragen — erörtert wurden.

Die Besetzung der Geschäftsstelle und ihres Betriebes erforderlich ist. Diese soll so durchgeführt werden, daß ein engeres Zusammenarbeiten der Beamtenchaft mit dem Vorstande und eine größere Teilnahme eines jeden Beamten an der gesamten Bundesarbeit gewährleistet ist.

Der Bundestag sprach ferner in einer Entschliessung aus, er habe sich überzeugt, daß eine Änderung der Organisation der Geschäftsstelle und ihres Betriebes erforderlich ist.

Ueber den Vorstandsbereich legte dann eine lebhaft diskutierte Einigkeit ein, in der sehr kritische Töne angeschlagen wurden.

Zweiter Verhandlungstag

nahm der Bundestag zunächst ein Referat des Ingenieurs Furmeyer-Gießen über

Die Arbeitszeit im technischen Berufe

entgegen. Redner begründete die Notwendigkeit der Herabsetzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden aus logischen, volkswirtschaftlichen und idealen Gründen.

zutreten. Der Vorstand wird beauftragt, eine weiße Liste anzulegen, die alle Firmen aufnehmen soll, die bereits diese Forderungen erfüllt haben.

Reichstag, Regierung und Technikerrecht

sprach hierauf Ingenieur Sonnenschmidt-Berlin. Er begründete eine Resolution des Vorstandes, in der die Forderungen der technisch-industriellen Beamten enthalten sind.

Ohne Debatte nahm der Bundestag die Resolution einstimmig an.

Konkurrenzklausele

Der 9. ordentliche Bundestag bedauert lebhaft, daß der neue Gesetzesentwurf über die Konkurrenzklausele eine Regelung dieser Frage nur für die Handlungsgeschäfte vornimmt.

Der Bundestag setzte dann die Debatte zum Jahresbericht respektive die Beratung der hierzu gestellten zahlreichen Anträge fort. Annahme fand eine Resolution, in der der Bundestag ausdrücklich feststellt, daß er die bisherige Politik des Bundes in der Frage der Altersversicherung und insbesondere seine Haltung während der Wahlen zur Angestelltenversicherung voll und ganz billigt.

Dann wurden noch Anträge zum Statut beraten und hierauf die Vorstandswahlen vorgenommen. Hierbei wurde von sachlichen Gründen, wegen seiner radikalen politischen Stellung, aus dem Vorstande ausgeschieden sei, sondern aus rein persönlichen, inneren Gründen. Die Befürchtung, das Ausscheiden Lüdemanns habe zur Folge, daß der Bund von seiner radikalen Bahn abtrüdt, sei völlig unbegründet.

Kongress der Kaliarbeiter Deutschlands.

Hannover, den 22. März 1913.

Der Kongress, der in Linden tagte, war von circa 180 Delegierten aus den Reihen der freien Verbände der Berg- und Fabrikarbeiter und der Maschinen- und Heizer besetzt.

Ueber:

Die gemeingefährliche Entwicklung des deutschen Kaliberbaues sowie die Maßnahmen der Regierung und Bezirksbesitzer

referierte Otto Hue. Er gab einen mit reichem Zahlenmaterial gestützten Ueberblick über die sprunghafte Entwicklung der Kaliindustrie, des jüngsten Zweiges des deutschen Bergbaues.

Der Kongress der Kaliarbeiter fordert die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches auf, schnelle und durchgreifende Vorforgere gegen die gemeingefährliche Weiterentwicklung der Industrie in der Kaliindustrie zu treffen.

Ferner müssen bei der bevorstehenden Änderung des Reichslohgesetzes die Bestimmungen in den Paragraphen 13 bis 16 und 19 wie folgt erweitert bzw. ergänzt werden.

a) Der für die einzelnen Arbeiterklassen jedes Wertes im Jahre 1911 amtlich ermittelte Durchschnittslohn pro Schicht, zuzüglich 10 Proz. Zuschlag, gilt als Mindestlohnssatz.

Erreicht in einem Werk oder in einer Arbeiterklasse der Durchschnittslohn den oben angegebenen Mindestsatz, so steht der betreffenden Klasse oder auch jedem einzelnen Arbeiter das Klagerrecht zu.

b) Der verdiente Lohn ist allwöchentlich an die Arbeiter auszusahlen.

c) Die Arbeitszeit unter Tage beträgt inkl. Ein- und Ausfahrt: 8 Stunden an Arbeitsstellen mit weniger als + 22 Grad Celsius, 7 Stunden an Arbeitsstellen mit + 22 bis 28 Grad Celsius, 6 Stunden an Arbeitsstellen mit + 28 bis 35 Grad Celsius, 4 Stunden an Arbeitsstellen mit mehr als + 35 Grad Celsius.

Bei besonders heißen oder schwierigen Arbeiten in der Grube sowie beim Schachtabteufen beträgt die Arbeitszeit sechs Stunden inkl. Ein- und Ausfahrt.

Die Arbeiter über Tage dürfen in kontinuierlichen Betrieben oder Abteilungen nicht länger als 8 Stunden täglich und bei der sogenannten Wechelschicht nicht länger als 12 Stunden beschäftigt werden.

d) Ueber- und Rechenarbeiten dürfen nur zu Rettungsarbeiten und wenn es die Sicherheit des Betriebes erfordert geleistet werden.

e) Durch Verträge irgend welcher Art dürfen die Bestimmungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht verschlechtert werden.

Bei Abschluß von Tarifverträgen haben die beteiligten Arbeiter das Recht, sich Vertreter ihrer Interessen zu wählen.

Jede Behinderung der Arbeiter in Ausübung ihres Koalitionsrechtes, insbesondere durch Maßregelung der von den Arbeitern gewählten Vertrauensleute, ist strafbar.

f) Nicht nur bei einer Uebertragung von Anteilen am Absatz (§ 19 des Kalilohgesetzes), sondern auch beim Umtausch der Befugnis am Absatz einzelner Sorten sind die Arbeiter und Beamten, die dadurch beschäftigungslos oder in ihrem Arbeitsverdienst geschädigt werden, schadlos zu halten.

g) Jedes Kalilagerwerk muß 2 Schächte haben, die unterirdisch miteinander verbunden sein müssen.

Dann behandelte der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, Genosse Gärtnert-Hannover, gestützt ebenfalls auf Sachkunde und ein gewissenhaftes Material die Verhältnisse der Arbeiter im einzelnen und die in ihrem Interesse mit aller Energie zu erhebenden Forderungen.

Den größten Teil der Gärtnertischen Ausführungen nahm der Nachweis der Durchführbarkeit jener in der Resolution niedergelegten Arbeiterforderungen in Anspruch.

In tempeamentvoller Weise setzte die Debatte ein. Sie füllte auch den zweiten Verhandlungstag.

Serling-Helmstedt bewies, wie besonders bei den Gewerkschaften „Frisk auf“ und „Hobenzollern“ im Weingebiet des Heberischensystems in einem Maße besteht, daß es aller Kultur Lohn spricht.

Als dem Haller Bezirk wird die systematische Unterdrückung der Organisation geschildert. Empörend wirkte das gezeichnete Bild der Wohnungsverhältnisse, unter dem ein Teil der Vergleiche gewaltig zu leiden hat.

Stellenweise sind es Arbeiter gar nicht mehr menschenwürdiger Art; darin haben es die Vergleiche während der Wintermonate vor allem in den Betten aushalten können.

And gerade jugendliche, in der Entwicklung begriffene Arbeiter sind es, die unter diesen Verhältnissen zu leiden haben.

In wirkungsvoller Weise gaben noch die Delegierten aus dem Esch, aus Reckenburg, aus Verburg, Leopoldshall, Rotenburg, aus dem Werratal, kurz aus allen Gebieten des Kaliberbaues lebenswarme Schilderungen der Verhältnisse.

Und alle traten als Ankläger auf und brachten Mißstände und Uebergriffe der gesetzlichen Vorschriften zum Teil so ungläubiger, grötterlicher Art zur Sprache, wie man sie nur aus den allerersten Zeiten der Fabrikindustrie zu vernehmen gewohnt war.

Beschiedentlich kam auch das Verhalten der „Christlichen“ zur Sprache, die, als sie von dem Stattfinden dieses Kongresses gehört hatten, Hals über Kopf selber eine Konferenz in Hildesheim einberiefen, dabei aber in ihrem Eifer so „gewissenhaft“ arbeiteten, daß sie — 3. V. für die Maschinen- und Heizer — Forderungen an die Gesetzgebung aufstellten, die durch die Praxis schon überholt sind.

metbeordnung wird sie totficher abgelehnt. Eine Umfrage in 127 Schächten förderte geradezu emporende Wärmehände zutage. Bei Schichtarbeiten von 30 Grad Celsius noch Schichtzeiten von 8 bis 8 1/2 Stunden in manchen Schächten, ja bei 35 Grad Celsius noch solche von 8 Stunden. Heizungsapparate waren bei 9 Werken keine vorhanden, Traabahren bei 10 Werken keine, Trinkwasser war bei 13 Werken keines im Schacht, von 127 Werken arbeiteten 78 noch mit den so vielgeachteten Karbidlampen usw. Picardt und Baue vom Verband der Rastarbeiter und Heizer schilderten die rigiden Verhältnisse, wie sie an die Fördermaschinen gestellt werden und in den Rasthäusern und Kesselräumen bestehen. Auch Dreh vom Fabrikarbeiterverband schilderte, wie die Christen bei allen möglichen Fragen des Arbeiterrechts Forderungen stellen, bei der parlamentarischen Vertretung derselben aber prompt versagen. So noch zuletzt bei der Reichsversicherungsordnung. In den Kommissionen gingen die Christenvertreter mit den sozialdemokratischen Arbeitervertretern zusammen, im Plenum aber ließen sie jedesmal die Kommissionforderungen im Stich und gingen hinter die von den Christlichen Tagungen aufgestellten Forderungen zurück. Nicht anders werden sie es auch beim Kaltegesetz machen. — Nach ausgiebiger Erörterung der Forderungen und nach den Schlussworten der Referenten gelangte die bereits mitgeteilte Resolution einstimmig zur Annahme. Nur im Absatz c wurde die Forderung eingefügt, daß die tägliche Arbeitszeit für Arbeiter über Tage 8 Stunden ausschließlich der Pausen nicht überschreiten darf. Damit waren die Arbeiten des wirkungsvollen Kongresses beendet.

Aus Industrie und Handel.

Zur Kaffeevalorisation.

Die Tatsache, daß von der zu Valorisationszwecken notwendigen neuen Anleihe des brasilianischen Staates Sao Paulo eine Million Pfund Sterling in Deutschland aufgebracht werden sollen, nötigt die kapitalistische Finanzpresse zu besonderen Verteidigungen der künstlichen Verteuerung des Kaffees. Sie fallen um so schwerer, als erst vor nicht langer Zeit der Reichstag sich gegen die Kaffeevalorisation ausgesprochen hat und auch die gegenwärtigen Geldmarktverhältnisse eine neue Belastung höchst unangelegentlich erscheinen lassen. So sucht z. B. der „Tag“ mit einem Hinweis auf das nationale Ansehen Deutschlands — wozu das auch nicht verhalten muß! — die Notwendigkeit der Beteiligung deutscher Kapitalisten zu beweisen: Von den 15 Mill. Pfd. Sterl., die der Staat Sao Paulo für einen internationalen Finanzsyndikat aufgenommen hatte, ist nur noch ein Rest von 4 1/2 Millionen zurückzuführen. Ursprünglich sollte die Tilgung am 1. Januar 1919 beendet sein. Nach dem neuen Programm will aber die Regierung von Sao Paulo den Rest der alten Anleihe am 1. Juli 1918 zurückzahlen, um für künftige große Enten Vorzüge zu treffen. Von dem Valorisationskaffee, dessen Menge ursprünglich 8 1/2 Millionen Sack betragen hatte, sind nur noch 3 Millionen Sack vorhanden. Gelingt es der Regierung, neues Geld zu bekommen, so kann sie, wenn die erste Anleihe ganz zurückgezahlt ist, den veränderten Kaffee zur Unterlage eines neuen Finanzgeschäfts nehmen. Sie braucht sich dann mit dem Verkauf des dem Markt entzogenen Kaffeequantums nicht zu beeilen und kann dem Markt dadurch indirekt eine Stütze gewähren.

Der finanzielle Erfolg der ersten Valorisationsanleihe ist nicht zu bestreiten. Die deutsche Finanzkomitee als eine Beteiligung an dem neuen Geschäft nur mit dem Hinweis auf die prekäre Lage des Geldmarktes ablehnen. Daß sie sich dazu nicht entschließen wird, ist leicht zu verstehen. Die ausländischen Hauptbanken, die so gern Zweifel an der Solidität der deutschen Finanzwelt verbreiten möchten, würden aus einem Verzicht an dem brasilianischen Geschäft neue Nahrung für ihre Propaganda schöpfen. Das muß natürlich vermieden werden. Die brasilianische Regierung hält an ihrer Auffassung von der Notwendigkeit einer Kaffeevalorisation fest. Und diese Ansicht wird von deutschen Großhandelsfirmen geteilt. Da Brasilien aus den Erträgen des Kaffeebaues einen großen Teil seiner Einnahmen empfängt, so muß der Wunsch, diese starke Stütze der Staatsfinanzen intakt zu erhalten, berücksichtigt werden.

Prozentpatristen.

Ein österreichisches Kanonenkartell ist von den Skodawerken in Pilsen, von der Firma Krupp in Essen und von der ungarischen Patronenfabrik Manfred Weiß abgeschlossen worden, weil die ungarische Regierung bei dem Plan, eine „nationale“ Kanonenfabrik zu errichten, eine Firma gegen die andere auszuspielen versuchte. Sollte der Staat die Fabrik selbst errichten, so wollen die Firmen der Regierung weder ihre Patente und Lizenzen abtreten, noch Geschäfte und Geschosse liefern.

Gerichts-Zeitung.

Befähigungen von Frauen und Mädchen

hatte sich der 55jährige Händler Oskar Roth zuschulden kommen lassen, gegen den gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I eine Anklage wegen Erregung öffentlichen Argernisses und Verleumdung zu verhandeln hatte.

Im November vorigen Jahres trachtete in der Gegend der Kommandanten- und Lindenstraße ein älterer Mann auf, der abmählich für die in den dortigen Konfektionswerkstätten beschäftigten Arbeiterinnen zu einem wirklichen Schrecken wurde. Der Unbekannte versteckte sich auf den Treppen, um dann plötzlich, wenn ein Mädchen die Treppe herunterkam, vorzutreten und sich in der schamlosesten Weise zu benehmen. Ehe die Heberkräfte sich von ihrem Schrecken erholen und Hilfe rufen konnte, war der sonderbare Heilige verschwunden. Alle Bemühungen, den Attentäter unschuldig zu machen, blieben erfolglos, eines Tages die bei einer Fizzina in dem Hause Kommandantenstraße 14 angestellte Arbeiterin X. von dem Unbekannten in jener Weise attackiert wurde. Das Mädchen lief hinter ihm her und veranlaßte seine Festnahme. Es war der jetzige Angeklagte Roth. — Das Schöffengericht verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von sieben Monaten, da gegen verurteilte schamverletzende Handlungen, die eine Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit bedeuten, mit aller Schärfe vorgegangen werden müsse. — Die Strafkammer, die sich auf die Berufung des Angeklagten hin, nochmals mit dieser Sache zu beschäftigen hatte, kam unter Bestätigung des ersten Urteils zu einer Verurteilung der Berufung. In beiden Instanzen wurde angenommen, daß der Angeklagte zurechnungsfähig ist.

Bereinsrechtliche Schikanen.

Nachstehend registrieren wir zwei durch den Spruch der höheren Instanzen verpuffte Polizeiaktionen, die gegen das Vereinsrecht der Arbeiter unternommen worden. Ueber die erste entschied am 17. d. Mts. das Obergericht, über die zweite an demselben Tage die Erfurter Strafkammer.

1. Der Genosse Arbeiter Lehmann zeigte dem zuständigen Amtsvorsteher an, daß sich für Brindorf ein Ortsverein des sozialdemokratischen Zentralwahlvereins für den Reichstagswahlkreis Sorau-Fork gebildet habe. Zugleich überfandte Lehmann ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder des Ortsvereins. Als demnach der Amtsvorsteher die Einreichung der Satzungen verlangte, reichte X. das Statut und den Organisationsplan des Zentralvereins für den Wahlkreis Sorau-Fork ein und erklärte, daß der Ortsverein für Brindorf selber kein besonderes Statut habe. Für ihn gelte der Organisationsplan und das Statut des Zentralwahlvereins des genannten Reichstagswahlkreises.

Der Amtsvorsteher begnügte sich nicht damit, sondern wiederholte sein Verlangen nach Einreichung eines besonderen Statuts des Ortsvereins. Für den Fall der Zuwiderhandlung wurde eine Geldstrafe als Exekutivstrafe angedroht.

Vergeblich waren die Beschwerden beim Landrat und beim Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. Lehmann klagte nun beim Obergericht auf Aufhebung der Verfügung.

Das Obergericht gab der Klage Lehmanns statt, hob die Befehlswerte auf und setzte die polizeiliche Verfügung, durch die die Einreichung einer Satzung gefordert wurde, außer Kraft. Begründend wurde ausgeführt: Auf die frühere Auforderung des Amtsvorstehers sei vom Kläger der Organisationsplan, der dem allgemeinen Statut des Zentralvereins beigelegt sei, als das für den Ortsverein maßgebende Statut eingereicht worden. Damit habe der Kläger der gesetzlichen Pflicht genügt. Daß weitere Satzungen für den Ortsverein beständen, habe Kläger bestritten. Seine Behauptung sei ihm aber nicht widerlegt worden. Demnach habe vom Kläger nicht mehr verlangt werden können, als was er bereits geleistet habe. Daraus ergebe sich die Aufhebung der polizeilichen Verfügung.

2. Der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Erfurt, Genosse Berling, hatte auf Veranlassung der Polizei einen amtstrichterlichen Strafbefehl von 5 M. erhalten, weil er in einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung zugelassen haben sollte, daß der Redner, Reichstagsabgeordneter Franke, politische Angelegenheiten erörtere, ohne daß die Bekanntgabe der Versammlung mit der Heberschrift: „Öffentliche politische Versammlung“ versehen gewesen sei. Auf den Einspruch gegen die Strafvorgabe wurde die Strafe gar noch auf 10 M. erhöht. Die „Gründe“ des Schöffengerichtsurteils zeigen, daß dies so ziemlich jede Verletzung des Arbeiters in nicht antisozialdemokratischem Sinn für eine „politische“ erachtet. Es hält auf Grund der ethischen Aussagen des überwachenden Kriminalwachmeisters für festgestellt, daß politische Angelegenheiten erörtert worden seien. Denn — man höre — es heißt in der Urteilsbegründung: Der Redner habe über den § 153 der Gewerbeordnung als Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter gesprochen, es sei auch die Aufforderung an die Versammelten, sich dem Deutschen Metallarbeiterverbande anzuschließen, politisch. Der Ausspruch: „Organisiert Euch!“ sei gleichbedeutend mit: „Werdet Sozialdemokraten!“ In der Berufungsinstanz hob die Strafkammer dies Urteil auf und erkannte auf Freisprechung. Begründend hob der Vorsitzende hervor: Wenn der Redner auch die Gesetzgebung gestreift habe, so könne das doch nicht ausschlaggebend sein, da in der Hauptsache die Versammlung den Zweck gehabt habe, Propaganda für die Gewerkschaft zu machen. Daß ein Reichstagsabgeordneter geredet habe, beweise nichts, denn der Angeklagte und der Redner seien Freunde und beiderlei gleichartige Stellungen in ihrer Gewerkschaft. Das Gericht habe sich ferner der Auffassung des bekannten Staatsrechtslehrers Professor Dr. Stier-Semlo angeschlossen, nach der eine Versammlung erst dann als politisch anzusehen sei, wenn in ihr Fragen erörtert würden,

die die Staatsorganisation betreffen. Das sei aber in dieser Versammlung durchaus nicht der Fall gewesen.

Wäre bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion durchgegangen, die Beamten für falsche Handhabung des Gesetzes zivil- und strafrechtlich verantwortlich zu machen, so wäre mal über eine bei weitem mindergroße Verfehlung gegen das Gesetz durch untergeordnete Organe bis zum Regierungspräsidenten und Staatsanwalt hinauf zu klagen.

Marktpreise von Berlin am 22. März 1913, nach Ermittlungen des fäsig. Kollektors. Weizen 5,00. Gerst 4,50—7,00.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Weizenbrot, weisse 35,00—40,00. Erbsen 35,00—40,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 5,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Saugfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,60—5,40. 1 Kilogramm Hartseife 1,20—2,40. Wale 1,60—3,20. Kanber 1,60—3,20. Döckse 1,60—2,80. Borste 1,20—2,40. Käse 1,00—3,20. Eier 0,80—1,60. 60 Stück Weizen 4,00—24,00.

Blumen- und Kranzbücherei

von Robert Meyer,

Zab.: P. Golletz

Mariannenstr. 2. Tel. Npl. 346.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.



Fr. Taners Pestsäle

vorm. Haß Ball-Salon

Große Frankfurter Straße 83

(Ecke Basillienstraße).

1. Pflanzfesttag nach frei.

stabile Bedingungen.

Saal- und Garten-Bühne.

Auf Teilzahlung, ohne Anzahlung.

Kein Kassierer.

Teppiche, Gardinen, Stores,

Portieren, Plüsch-, Stepp- und

andere Deden.

Matzner, Gufelandstraße 41,

Bilderrahmen.

Tuchstoffe

Anzugstoffe, Hosenstoffe, Reste

Neuhelten Molkenmarkt 12-13

sehr billig.

Tuchlager Carl Engel.

Gneisenastraße 10,

S. Grau, billigste u. beste

Berufsquelle für

Möbel jeder Art.

Kassa und Teilzahlung.

Kranzspenden

sowie sämtliche

Blumenarrangements

Recht schnell und billig Paul

Gross, Lindenstr. 69, Tel. Npl. 7203.

Möbel-Cohn

1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58

2. Geschäft: Grüner Weg 109

Bitte genau auf Hausnummern zu achten.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stube und Küche:

Mark 15 30 50 75

bis 25 bis 45 bis 70 bis 100

Moderne

Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer

jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke

Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.

Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Ausnahmepreise:	
Schlafdecken	
Halbwolle, mit blauer Bordüre . . . 130x180 cm	3 M.
Halbwolle, grau-meliert, mit griechischer Bordüre 140x190 cm	3 M.
Halbwolle mit Jacquard-Bordüre 140x190 cm	5 M.
Kamelhaardecke mit Streifen-Bordüre 140x190 cm	8 M.

Metall-Bettstelle
mit Zugfeder-Matratze, schwarz, 190x80 cm
G. L. 1001.
Ausnahmepreis.
13 M.
weiss lackiert 50 Pf. mehr

Ausnahme-Angebot

Metallbettstelle
mit Zugfeder-Matratze, 25mm starken Pfosten, Messing-Ringen im Kopf- und Fußteil
schwarz lackiert 80x190 cm 16 M.
90x190 cm 17 M.
weiss lackiert 50 Pf. mehr.
G. L. 1040.
Ausnahmepreis.

Gustav Lustig

Berlin S 77

Prinzenstr. 46-47

Diese Ausnahmepreise nur gegen Vorzeigung d. Inserats

Damastbezüge
Oberbett 130x200 4 M.
2 Kissen 84x84 à 1.— M.

Dimitibezüge
Oberbett 130x200 4 M.
2 Kissen à 1.— M.

Steppdecken
von Seidenglanz-Satin, doppelseitig, mit guter 7 M.
Wattfüllung, bordo od. oliv, Schnittgr. 160-200 cm

Metallbettstelle
mit Zugfeder-Matratze, 30mm starken, nahtlosen Pfosten, hellgrünelichte Stäbe im Fußteil von Messing und Messing-Fuß-Bande, schwarz lackiert 90x190 cm
G. L. 1000
Weiss lackiert 50 Pf. mehr.
Ausnahmepreis.
31 M.

Daunen-Steppdecken
SDP von türkisch-gemustertem, daunendichtem Stoff, mit federfreien Daunen, in diversen Mustern, abgesteppt Schnittgröße 140x200 cm 17 M.
SDR von Seidenglanz-Daunensatin mit federfreien Daunen, in div. Farb. vorrätig, Schnittgr. 160x210cm 27 M.
SDZ von la. halbwoollenem Daunen-Zanella, mit federfreien Daunen, in diversen Farben Schnittgröße 160x210 cm 36 M.
Ausnahmepreis

Stickersl-Ueberlaken mit Einsatz oder Ansatz Säumchen v. la. Louisiana-tuch, 160/260 cm	6 M.	Ueberlaken mit 6 cm breitem Leinwand-Einsatz oder Ansatz von la. Louisiana-tuch 160/260 cm	6 M.
Ueberlaken mit Säumchen von la. Louisiana-tuch	4 M.	Kissenbezug mit Stickersl oder 6 cm breitem Leinwand-Einsatz, 42/52 cm	2 M.

Eine niederträchtige Beschimpfung der Bauarbeiter

leitet sich die „Deutsche Montagzeitung“, welche die Sozialisten- freierei im Besonderen betreibt, aber trotzdem nicht recht leben und sterben kann. Wir lesen da in einem Feuilleton im Anschluß an eine Besprechung des Juwelendiebstahls folgende Nichtswürdigkeit:

Das faule Leben, das sich die Diebe erträumt haben, wird also jetzt recht werden. Im übrigen darf man sich nicht wundern, daß die berüchtlichen Tagediebe das Faulenzen als Parole ausgeben und daß sie auf Kosten der Dummen leben wollen. Sucht man doch selbst den gelehrten Arbeiter zur Faulheit zu erziehen! Im amtlichen Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes wird den Bauarbeitern folgendes gepredigt: „Vedder hat ein großer Teil unserer Kollegen noch nicht erkannt, daß sie dem Unternehmertum nicht ihr ganzes Jäh. ihre gesamte Arbeitskraft hinzugeben brauchen.“ Wer je unsere Zimmerleute und Bauhandwerker an der Arbeit gesehen hat, der weiß, daß sie sich kein Bein ausziehen. Sie halten es mit dem hübschen Wort: „Die Arbeit is keen Groß, sie huppt uns nich davon“. Es ist aber ein starkes Stück, die notorische Faulheit und Saumseligkeit dieser Arbeiter auch noch systematisch zu züchten. Sowie es sich um neue Steuern handelt, oder um eine Erhöhung der Lebensmittel, dann freilich wird das Los dieser armen Leute in den schwärzesten Farben gemalt, dann verweist man auf ihre schäblichen Löhne und ihre fargen Daseinsbedingungen. Zwischen- durch aber ist die Parole: nur man sachte! Es scheint also doch reichlich genug verdient zu werden!“

In dem Kopfe des Schreibers obiger Zeilen muß es recht wütend aussehen. Zunächst versteht er nicht, was das Blatt der Bauarbeiter will. Es spricht ganz richtig den Gedanken aus, daß die Arbeiter keine Sklaven sind. Sie verkaufen dem Arbeitgeber zwar ihre Arbeitskraft, aber nicht den ganzen Menschen, der dem Arbeitgeber in allem Tun und Lassen untertänig zu sein hätte. Dann hat er die Stirn, zu behaupten, die Arbeiter würden zur Faulheit erzogen oder, wie es an der einen Stelle heißt, „die notorische Faulheit und Saumseligkeit dieser Arbeiter“ würde systematisch gezeugt. Als ob die Arbeitgeber sich das gefallen ließen! Wer tagtäglich sieht, welche schwere körperliche Arbeit die Bauarbeiter zu verrichten haben, wie sie oft ihr Leben bei ihrer Arbeit aufs Spiel setzen müssen, und das Geschmiere der Tintenfüße der „Deutschen Montagzeitung“ daneben hält, wird uns zustimmen. Wenn wir sagen: Es gibt kaum etwas Elsthafteres, als sich mit solchen Schmierfinken befassen zu müssen.

Partei-Angelegenheiten.

Neukölln. Die Bibliothek des Wahlvereins bleibt der Inventur wegen bis 27. März inklusive geschlossen.

Tempelhof. Für den 2. Gemeindevahlbezirk finden heute abend 8 1/2 Uhr im Wilhelmspark, Berliner Str. 9, und im Lokale von Otto Schreier, Gottlieb-Duncker-Str. 59, zwei öffentliche Wähler- versammlungen statt. Referenten sind die Stadtverordneten Oroger und Bughis, Neukölln.

Mariensfelde. Am Sonntag, den 30. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Lokal von Otto Friede, Kiepertplatz 7, eine öffentliche Versammlung statt. Vortrag des Stadtverordneten Franz Thurow-Neukölln über: „Der Wahlschicksal in Preußen und die bevorstehende Landtagswahl“. Am Freitag, den 29. März, Flugblatt- verbreitung von Schuster aus.

Rosfen. Am Donnerstag, den 27. März, hält der Wahlverein seine Generalversammlung im Lokale des Herrn Scherler ab. Tagesordnung: Vorstandsbericht, Ausschluß von Mitgliedern, Neuwahl des gesamten Vorstandes.

Petershagen, Frederdsdorf, Bruchmühle, Eggerdsdorf und Bogelsdorf. Für vorkommende Orte findet am 27. d. Mts., abends 8 Uhr, in Petershagen im Lokal von Appel für sämtliche Funktionäre ein Vortrag, die Technik der Landtagswahl betreffend, statt. Auch Mitglieder der Wahlvereinsbezirke haben Zutritt.

Baldmannsdorf, Hermsdorf und Wiesnide. Sonnabend, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr, findet in Hermsdorf bei Eggbrecht, Albrechtstr. 1, ein Vortrag über „Der preussische Staat und die Geschichte des Wahlrechts“ statt. Referent: Genosse Emil Lehmann. Insbesondere sind alle Funktionäre verpflichtet, zu erscheinen.

Rosenthal. Am Donnerstag, den 27. März, abends 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung zu der Gemeindevahl von den Bezirks- lokalen aus.

Berliner Nachrichten.

Grüne Oftern.

Die in den Oftertagen herrschende milde Bitterung hatte viele Tausende ins Freie gelockt. Die bekannteren Ausflugs- orte waren so stark belebt, daß vielfach kein Stuhl zu haben war. Die Gartenlokale waren fast durchweg stark besetzt, obwohl es zum Sitzen im Freien noch nicht die rechte Zeit ist. Wohl selten ist so viel Kaffee vertilgt worden, wie an den Feiertagen in den Ausflugslokalen. Wie immer, wurde auch diesmal manchen Ausflüglern das Vergnügen gedämpft durch die Beförderung, die sie auf der Stadt- und Vorort- bahn in Kauf nehmen mußten. Das beste Geschäft in den Feiertagen dürfte wohl die Bahndirektion gemacht haben, die in die Züge hineinstopfte, was nur irgend möglich war.

Von den höheren Lehranstalten der Stadt Berlin

haben die Gymnasien und die Realgymnasien schon seit einer Reihe von Jahren eine andauernde Minderung ihrer Schüler gehabt. Dagegen ist in derselben Zeit die Schülerzahl der Oberrealschulen gestiegen, besonders nachdem eine dritte Oberrealschule eröffnet worden war. In den letzten fünf Schuljahren 1908/09 bis 1912/13 wurden im Quartal Oktober-Dezember gezählt in den 11 Gymnasien zusammen 6253, 6272, 6178, 5969, 5920 Schüler, in den 7 Realgymnasien zusammen 4477, 4348, 4312, 4259, 4168 Schüler, aber in den 3 Oberrealschulen zusammen 1580, 1647, 1705, 1740, 1849 Schüler. Für diese 21 höheren Lehranstalten zusammen stellte sich die Schülerzahl auf 12310, 12267, 12195, 11968, 11937. Hieran waren die Vorschüler beteiligt mit 2788, 2777, 2794, 2721, 2726. Man sieht, daß in den Vorschul- klassen wenig von einem Rückgang zu merken war. In einzelnen haben von den Gymnasien und den Realgymnasien einige noch eine Mehrung ihrer Schüler gehabt, wofür dann in einigen anderen dieser Anstalten der Rückgang um so stärker war. Von 1908/09 bis 1912/13 hat die Schülerzahl (nach dem Stand vom Quartal Oktober-Dezember) sich gemindert zum Beispiel beim Gymnasium zum Grauen Kloster von 341 auf 321, beim Dorotheenstädtischen Realgymnasium von 736 auf 616, sich gemehrt z. B. beim

Königstädtischen Gymnasium von 595 auf 716. Auch eine der Oberrealschulen, die Friedrichwerdersche, hatte einen Rückgang der Schülerzahl, von 597 auf 499. Dafür stieg aber in der neuen Königstädtischen Oberrealschule die Schülerzahl von 373 auf 732. Im allgemeinen haben hauptsächlich die Anstalten der Innenstadt immer Schüler verloren, offenbar infolge der hier sich vollziehenden Umwandlung der Wohnviertel in Geschäftsviertel. Neben den höheren Lehranstalten haben übrigens auch die mittleren, die Realschulen, in der letzten Zeit keine Steigerung ihrer Schülerzahl gehabt. In den fünf Schuljahren 1908/09 bis 1912/13 begannen die 14 Realschulen das Wintersemester mit einer Gesamtzahl von 6330, 6294, 6354, 6294, 6310 Schülern.

Krankenhausbehandlung von Kassenmitgliedern.

Eine nicht geringe Anzahl von Kassenmitgliedern ist der Auffassung, daß die Krankenkassen die Verpflichtung haben, für den Fall, daß der Arzt Krankenhausbehandlung für notwendig hält, die durch Aufnahme in ein Krankenhaus entstehenden Kosten voll zu decken. Dem ist nicht so. Die Krankenkassen haben nur dann die Verpflichtung zur Deckung der Gesamtkosten, wenn sie — und zwar in jedem einzelnen Falle — der Aufnahme in ein Krankenhaus zugestimmt haben. Man begnüge sich daher nicht mit dem vom Arzt ausgestellten Aufnahmeschein, sondern lasse diesen Schein von der Kassenverwaltung unterschreiben oder unterstempeln. Ist dies geschehen, so haftet die Kasse unbeschränkt. Fehlt die Zustimmung der Kasse, so fällt einmal bei Verheirateten die Angehörigenunterstützung fort, außerdem fordert die Krankenkassen- bezw. die Armenverwaltung die Differenz zwischen dem Betrag, den die Kasse gezahlt hat und den im Krankenhaus entstandenen Kosten von dem Behandelten oder, wenn es sich um Ehefrauen oder Kinder handelt, von dem Ehemann bezw. Vater ein. Die Kasse zahlt in solchen Fällen nur die statistischen Mindestleistungen; der Behandelte — oder der erkrankte Ehemann oder Vater — wird häufig die Hälfte oder mehr der Krankenhauskosten zu decken haben. Ist er dazu nicht sofort imstande, so kann er des Landtags- und Gemeindevahlrechts verlustig gehen. Unsere Leser, soweit sie Kassenmitglieder sind, tun daher gut, das Gefagte zu beachten. H. E. wäre es angebracht, daß die Kassenvorstände recht wenig von ihrem gesetzlichen Recht, die Kostendeckung in vollem Umfang abzulehnen, Gebrauch machen, außerdem Pflicht jedes Kassenarztes, die Kassenpatienten bei Heberweilung in ein Krankenhaus darauf aufmerksam zu machen, daß die Genehmigung der Kasse einzuholen ist.

Zum Umzugstermin

weist der Polizeipräsident auf folgende Bestimmungen hin: Es sind zu räumen: 1. Kleine, aus höchstens 2 Zimmern und Zubehör bestehende Wohnungen am 1. April 1913; 2. mittlere, aus drei oder vier Zimmern nebst Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 2. April 1913, mittags 12 Uhr; 3. große, mehr als vier Wohnzimmer umfassende Wohnungen bis zum 3. April 1913, mittags 12 Uhr. Die Inhaber von Wohnungen, die aus drei Wohnzimmern und Zubehör bestehen, müssen jedoch ein Wohnzimmer, und die Mieter von Wohnungen mit mehr als drei Wohnzimmern und Zubehör zwei Wohnzimmer schon am 1. April 1913 vollständig geräumt dem künftigen Wohnungsinhaber zur Verfügung stellen. Diese Bestimmungen beziehen sich nicht auf die Räumung von Geschäftslokalitäten, diese richtet sich nach den Bestimmungen des Mietvertrages.

Nochmals Spandauer Wind.

Der Magistrat von Spandau läßt uns nochmals eine „Berichtigung“ zugehen. Sie lautet:

Der Magistrat. Spandau, den 23. März 1913. J.-Nr. I. 13850.

An die Redaktion des „Vorwärts“ Berlin.

Mit Bezug auf den in der 4. Beilage des „Vorwärts“ vom 21. 3. 1913 enthaltenen Artikel „Spandauer Wind“ erlauben wir ergehen um Aufnahme der folgenden Berichtigung:

Die vier Kommissionen sind nicht eingesetzt, nachdem Professor Eberstadt die Spandauer Mißstände dargelegt hatte, sondern sie haben ihre Untersuchungen vorgenommen, bevor Professor Eberstadt über die Spandauer Wohnungsverhältnisse geschrieben hat. Was den Sachfehler in dem Artikel „die Spandauer Wohnungsangelegenheit“ anbelangt, so konnten wir leider nicht erfahren, daß der Druckfehlerentwurf aus: „Es haben vier Kommissionen Wohnungsbeschichtigungen vorgenommen“ gemacht hat: „Es haben mit vier Kommissionen Wohnungsbeschichtigungen vorgenommen“, gez. Koelge.

Diese Einsendung zeigt klar, wie geringe Kenntnis von der technischen Herstellung einer Zeitung der Magistrat hat. Sonst würde dem Magistrat un schwer die Entstehung des Sachfehlers klar geworden sein. Doch die Kenntnis der Zeitungstermin gehört ja nicht zu den amtlichen Aufgaben des Magistrats. Anders sieht es mit der Wohnungsfrage. Und auch hier versagt er vollkommen. Aus den von uns wieder niedriger gehängten zusammenfassenden Darlegungen des Generals Wandel über die Ergebnisse der Wohnungsbeschichtigungen und aus der Schrift des Professors Eberstadt muß der Magistrat schließlich in Erkenntnis gewonnen haben, daß die Wohnungsfrage in Spandau mangelhaft ist, zum mindesten, daß ein schreiender Mißstand vorhanden ist, wenn die geplanten neuen großen industriellen Anlagen ausgeführt werden. Aber nichts ist zur Beseitigung dieser Katastrophe oder zu ihrer Vorbeugung geschehen. Wird nächste die Zweckverhandlung sich an ihr Recht und ihre Pflicht erinnern, gegen die Pläne ihr Veto abzugeben, die die Wohnungsnot noch vermehren? Oder sind die Hausbesitzerinteressen und die Solidarität der Ausbeuter des Grund und Bodens so stark, daß sie die Versammlung beherrschen?

Sifflös umgekommen.

Eine schredliche Entdeckung machten am 2. Feiertage Gastwirts- eheleute in der Velle-Alliance-Straße. Zu ihnen kam anfangs dortiger Woche die der Frau von früher bekannte 35 Jahre alte Dienstmagd Gladia Raschinsky mit der Bitte, ihr für einige Tage Obdach zu gewähren, weil ihr Zustand sie zwingt, demnächst eine Hebamme aufzusuchen. Die Leute gewährten der Magd, die bereits Mutter eines mehrere Jahre alten Kindes war, die Bitte, schärften ihr aber ein, zur rechten Zeit zur Hebamme zu gehen. Als die Leute am Sonnabendabend von der Wirtschaft nach der Privatwohnung kamen, war das Mädchen nicht mehr da. Auch das Bettzeug, das es mitgebracht hatte, fehlte, ebenso einige Kleidungsstücke. Sie nahmen an, daß die Aufgekommene sich bereits ein geeignetes Unterkommen gesucht habe. Während der Feiertage waren sie fast gar nicht in der Wohnung.

Als sie am 2. Feiertagmittag hinkamen, fanden sie die Raschinsky in dem Kofeitraum, am Fluß der Wohnung gegenüber, tot auf ihrem Bettzeug liegen. Dort hatte sie sich niedergelegt und war vor der Geburt des Kindes einsam und hilflos gestorben. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Anscheinend wurde das Mädchen von der Geburt überrascht und hatte nicht mehr so viel Zeit und Kraft, um sich nach Hilfe umzusehen. Und so starb es hilflos.

Genehmigung der Berliner Bier- und Kinstener. Der Oberpräsident von Berlin hat die von den städtischen Behörden Berlins beschlossene Biersteuer an Stelle des bisherigen Brau- malzsteuerzuschlages mit einem Satz von 30 Pf. für unter- gängiges und von 10 Pf. für obergängiges Bier pro Hektoliter und die Steuer für Kinos, Varietés, Zirkusse usw. genehmigt, so daß beide Steuerordnungen am 1. April in Kraft treten. Sowohl die Brauereien wie die Kino- und Varietés-Interessenten haben sich beschwerdeführend an die Minister des Innern und der Finanzen gewandt.

Raucherabteile auf der Hochbahn. Die Hochbahngesellschaft teilt mit, daß sie, den zahlreichen Wünschen aus Raucherkreisen nachkommend, bei den zuständigen Behörden die vorläufige Aufhebung des Rauchverbots beantragt habe und die Entscheidung in den nächsten Tagen erwarte. Im Falle der Genehmigung wird durch eine besondere, bei der jetzigen Betriebsweise mögliche Zusammensetzung die leichte Auffindbarkeit der Raucherabteile in der Weise herbeigeführt werden, daß diese Abteile regelmäßig an einer bestimmten Stelle der Bahnstrecke halten. Hierdurch wird auch bei der Hoch- und Unter- grundbahn für Rauchgelegenheit vorgezogen, ohne daß künftighin störende Verzögerungen in der Zugabfertigung zu befürchten sind, wie sie früher infolge des wechselnden Standorts der Raucherwagen nicht zu vermeiden waren.

Der Stadtverordnete Bitterhoff ist am Sonntag, 74 Jahre alt, gestorben. Bitterhoff gehörte zehn Jahre der Stadtverordneten- versammlung an, trat aber öffentlich weniger hervor.

Der Vertorbene vertrat den 38. Gemeindevahlbezirk der dritten Abteilung, einen Bezirk, der wohl zum letzten Male von einem Kommunalratsmitglied vertreten worden ist. Der 38. Bezirk umfaßt die Stadtbezirke 279—287 C. Das Mandat Bitterhoffs wäre in diesem Jahre ohnehin abgelaufen. Die Wähler des Bezirks werden deshalb wohl zweimal in diesem Jahre zur Wahl gehen, einmal zur Ersatzwahl und dann Anfang November zur regelrechten Ergänzungswahl.

Eine Eifersuchtstragödie

spielte sich am Ostermontag im Hause Oberberger Str. 42 ab. Hier wohnte die 29jährige, von ihrem Ehemann getrennt lebende Frau Feida Keller, geb. Eisenhardt, und bei ihr der 24jährige Arbeiter Alfred Pfeisch. Vorgestern gegen 9 Uhr vormittags erschien der 24jährige Ehemann, der Schuhmacher Edwin Keller, der vor einiger Zeit nach Pöhlendorf gezogen war, und wollte sich mit seiner Frau wieder aussöhnen. Als sie sich weigerte, die Ehegemeinschaft mit ihm wieder aufzunehmen, zog er einen Revolver und feuerte auf seine Frau einen Schuß ab, der aber fehl ging. Nun sprang der Schlafbräule Pfeisch dazwischen. Da krachte ein zweiter Schuß und der junge Mann brach blutüberströmt zusammen. Während man den Schwerverletzten nach der Charité schaffte, wurde der Täter festgenommen und nach der Wache des 61. Polizeiviertels gebracht von wo nach der Vernehmung seine Neberführung nach dem Polizei- präsidium erfolgte.

Bei einem Brand ums Leben gekommen

ist in der Nacht zum Ostermontag die 35 Jahre alte Schneiderin Hedwig Poljan aus der Solmsstr. 9 im Südwesten Berlins. Die Unglückliche, die bis vor kurzen in einer Irrenanstalt untergebracht war, verursachte in ihrer Wohnung, vermutlich durch Unvorsichtigkeit, einen Brand, der auch ihre Kleider erfaßte. Nun bildete Frau Poljan eine einzige Feuerfäule, und als die von Hausbewohnern alarmierte Feuerwehr in die Wohnung einbrang, fand man die Vermisste bereits mit schweren Brandwunden bedeckt vor. Die Samariter der Wehr schafften die Schwerverletzte sofort nach dem Krankenhaus am Urban, wo sie aber bald nach der Einlieferung starb. Anfangs meinte man zu der Ansicht, daß die Frau Selbstmord verübt habe, die weiteren Ermittlungen lassen aber den Schluß zu, daß die Bedauernswerte in einem Irrensensanfall den Brand herbeigeführt hat. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Wohnungseinbrüche sind an den Feiertagen in den verschiedensten Teilen der Stadt ausgeführt worden. Die Spitzhaken benutzten die Abwesenden vieler Wohnungsinhaber, um einzubrechen. In einer ganzen Reihe von Fällen sind kleine Leute um ihr mühsam erwor- denen Gut gebracht worden.

Zu dem großen Juwelendiebstahl im Union-Theater unter den Linden wird noch mitgeteilt, daß die der Beteiligten am ersten Feiertag dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden sind und zwar der ehemalige Leutnant Kolberg, der Reisende Krause, Frau Pfeiffer und die frühere Geliebte Kolbergs, die Tänzerin Walmser. Der Juwelier, der ebenso wie die Tänzerin wegen Diebstahls festgenommen wurde, befindet sich noch in einem Sanatorium. Kolberg, der bei dem Gaunerstreich die Hauptrolle gespielt hat, tat bei der Vernehmung so, als ob alles ihn nichts angehe. Im Polizeigewahrsam war er sehr auf sein Neugieriges bedacht. Als er mit den anderen Verhafteten fotografiert und daktyskopiert werden sollte, verlangte er sogar, daß er vorher „manipuliert“ werde. Von diesen und anderen Schönheitsmitteln wird er aber wahrscheinlich für längere Zeit absehen müssen. Die Untersuchung gegen ihn über sein früheres Treiben ist noch nicht abgeschlossen.

Aus Liebesgram

versuchte sich am Sonnabendabend die zwanzigjährige Verkäuferin Bronislawa Lehrkraft aus der Fektorstraße 11 in Schöneberg zu töten. Das junge Mädchen unterhielt seit einem halben Jahre ein Liebesverhältnis mit einem Studenten und wollte sich zu Oftern verloben. Am Sonnabendmittag erhielt sie von ihrem Geliebten einen Brief, in welchem der junge Mann ihr mitteilte, daß aus der geplanten Verbindung nichts werden könne, da seine Eltern dem Ehebandnis abgeneigt seien. Aus Gram darüber stürzte sich das junge Mädchen aus der vierten Etage ihrer Wohnung auf den Hof hinab, wo sie mit zerłammeten Gliedern liegen blieb. Die 2. wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Schöneberger Kranken- haus gebracht.

Die Leiche eines Knaben wurde am Montag an der Sandkrug- brücke aus dem Landwehrkanal gefanget. Es war die des sieben Jahre alten Schülers Erich Wolter, der Sohn eines Maurers aus der Rigener Str. 83. Wolter spielte vor vier Wochen auf dem Eise am Ufer des Humboldthafens. Plötzlich brach der Eisstreifen, der Knabe ging unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Nach alles Absuchen blieb erfolglos. Erst gestern wurde die Leiche gefanget und dem Schauhause überwiesen.

Einen grauenhaften Fund machten am Sonnabendabend Kinder beim Spielen in der Ungarnstraße. Sie buddelten dort vor dem Jaun des Kirchhofes der Philipp-Wpfel-Gemeinde und stießen plötzlich in geringer Tiefe auf die Leiche eines kleinen Kindes, die

In braunes Papier eingewickelt war. Sie übergaben diese der Polizei, die sie nach dem Schauplatz bringen ließ.

Die Selbstmordchronik der Feiertage ist wieder recht reichlich. Besonders tragisch ist das Ende eines Greises, Eduard Müller, im Alter von 80 Jahren. Der alte Mann, der kränzlich war, stürzte sich am Fenster seines 1 Trepp hoch gelegenen Stübchens im Hause An der Apostelstraße 4 auf den gepflasterten Hof, wo er schmerzlich verletzt liegen blieb. Auf dem Wege nach dem Krankenhaus starb der Alte.

Bermittelt wird seit dem 6. März er. die Witwe Klara Veger, geb. Stolle. Dieselbe ist von kleiner, schwächlicher Gestalt, hat blaue Augen, weißes Haar und an der linken Halsseite eine Schnittnarbe. Sie war bekleidet mit schwarzem Rock, schwarzem Mantel und ebensolchem Hut. Ferner trug dieselbe eine Brosche mit einem Doppelbildnis von Frau und Kind, sowie einen Trauring. Da die Vermählte gemütskrank war und wiederholt Selbstmordgedanken geäußert hat, wird vermutet, daß sich dieselbe ein Leid angetan hat. Nachrichten über ihren Verbleib werden an das Polizeipräsidium oder an Scherl, Berlin N., Gleimstr. 58 I, erbeten.

Kadrennen auf der Olympia-Bahn. 24. März. Die diesjährige Rennsaison hatte infolge des günstigen Wetters und des guten Besuches einen vielversprechenden Anfang. Der gebotene Sport war in Anbetracht der Wintertrübe der Fahrer noch wenig anregend; wenn es auch zeitweise einige Kämpfe gab, so konnte doch der Held des Tages, der Berliner Gustav Janke, in beiden Dauerrennen einen leichten Sieg über seine Gegner erringen. Ein vorausgegangenes Prüfungstreffen gab dem Dänen Kjeldsen die Berechtigung zur Teilnahme am Osterpreis über 60 Kilometer. Das Dauerrennen über 25 Kilometer gewann Janke leicht vor Gubrecht, während Miquel und Kettelbeck ausgaben. Im Osterpreis war nach dem Sieger Janke Kettelbeck der beste Mann; Miquel hielt sich zum Beginn gut, fiel dann aber ausfallslos zurück. — In den Fliegerrennen hatte der einzige Vertreter der A-Klasse, Otto Meyer, Rückschläge und endete unplatziert. Sämtliche Rennen verliefen ohne Unfall.

Kouplingsfahren. 1. Kruplat, 2. Linfener, 3. Amelang, 4. Stroblin.

Eröffnungspreis. 1. Finu, 2. Rudel, 3. Freiwald, 4. Schmittchen, 5. Kruplat.

Prüfungstreffen für Klasse B. 25 Kilometer. 200, 150, 100 und 50 M. 1. Kjeldsen 19 Min. 19 Sek.; 2. Jendle, 1110 Meter; 3. J. Effer, 4630 Meter; 4. Entora, 4870 Meter.

Dauerrennen für Klasse A. 25 Kilometer. 400, 300, 200 und 100 M. 1. G. Janke 18 Min. 55/2 Sek.; 2. Gubrecht, 1450 Meter; 3. Kettelbeck und 4. Miquel ausgegeben.

Osterpreis. 60 Kilometer. 800, 600, 500, 400 und 300 M. 1. G. Janke 45 Min. 35 Sek.; 2. Kettelbeck, 1950 Meter; 3. Gubrecht, 2530 Meter; 4. Kjeldsen, 3290 Meter; 5. Miquel, 8170 Meter.

Die Feuerwehr als Mädchen für alles. Aus einem eigenartigen Anlaß wurde die Feuerwehr am Ostermontag nach der Ecke der Schwedter- und Gaudisstraße gerufen. Dort befand sich eine Kiste auf einem Baum des Parkplatzes in einer Notlage. Als die Wehr eintraf, war die Kiste schon heruntergestürzt. Da sie sich schwer verletzt hatte, so wurde sie sofort getötet.

Das Volkskonzert des Männerchors Neulöbn

am Ostermontag im Konzertsaal der „Neuen Welt“ erfreute sich starken Besuchs. Und nicht zum wenigsten des aus interessanten Instrumental- wie solistischen Vorträgen und Männerchören zusammengesetzten Programms wegen. Die Neulöbner weisen unter ihrem Chorleiter Jan F. van den Dries ganz vorzügliche Leistungen auf. Der Stimmenkörper hat wichtige Mängel und schönen, durchgebildeten Vortrag. Die Aussprache bestreift sich der Deutlichkeit und Klänge. Sollte jedoch dort, wo die Melodie mehrere Intervalle auf ein Wort vereinigt, eine noch sorgfältigere Bindung der Silben beobachtet und im ganzen die Endsilben weniger dem Sprachgebrauch als dem Tonfall gemäß, also runder bringen. Neben wertvollen und an den Vortrag große Erfordernisse stellenden Chören, wie „Hymne an die Luft“ von Franz Schner, „Nähe, schönstes Bild auf Erden“ von Franz Schubert und „Lithmanns kraftvoller Ballade „Lord Poleston“ figurieren doch auch wenig bedeutender Singlied, Weinlied, des Oberösterreichers „Heut ist heut“ mag als „Liedlied“ ganz reizend sein. Die auf keine andere Lebensphilosophie als auf die eines Anekdoten und Hebräer Liederlied gestellt im Text will doch nicht recht zu der Anschauung unserer Arbeiter passen. Dann eine Bemerkung zu dem Steuermannlied aus Wagners „Rienzi“ (Hilf dem Hülfslosen). Gewiß: das Lied ist schön, obgleich es lange nicht zu den schönsten jenes Musikdramas gehört. Aber vergegenwärtigen wir uns einmal die Situation. Das Schiff des Norwegers Daland hat einen Anker geworfen. Daland ist ans Land gegangen und entdeckt, auf einem Felsen stehend, daß er nur noch wenige Secunden vom Heimathafen entfernt ist, diesen jedoch des Sturmes wegen noch nicht erreichen kann. Ruhigerer Seegang abwartend, flüstert er eine Wade aus und geht in die Kajüte, um zu schlafen. Der Steuermann bleibt eine Weile nach, singt ein Lied und schlafet gleichfalls ein. Dies ein- sam verlassene Lied eines einzelnen singt — und das ist das Unheimliche! — hier ein starker Männerchor! Wagners Orchesterbegleitmusik zu dem Steuermannlied hat natürlich dem ungenannten Chorbearbeiter zur Grundlage dienen müssen. Und schließlich: Auf weissen Rechnung kommt das geschmacklose „Hurra“? Herr Eduard Reier sang mit weidender, obzwar nicht sehr profundem Bass Arie und Lied des Sarastro aus Mozarts „Zauberflöte“. Das Berliner Konzerthausorchester unter seinem Dirigenten Franz von Blon empfielt sich durch künstlerische Qualitätsleistungen und verdient volles Vertrauen.

Vorort-Nachrichten.

Vichtenberg.

Gegen die Regierarbeit laufen unsere Steinmeister seit Jahr und Tag Sturm. Wenn das städtische Tiefbauamt, sowohl unter der Leitung des Stadtdirektors Uhlirg wie seines Vorgängers, auch keine Reizung zeigte, über belästigende Anfänge der Regierarbeit hinwegzugehen, so sehen die Leiter dem Vorgehen der Pflastermeister, die ihnen vollständig auszuliefern, doch entschiedenem Widerstand entgegen. Seitdem wir uns eines, sozusagen Vorkampfbauamtes erfreuen, scheinen die Steinmeister Oberwasser gewinnen zu wollen. Man bekommt den Eindruck, als ob der neue Herr im Bauamt vor den Innungsmeistern die Segel streiche. Er möchte mit der Regierarbeit nichts mehr zu tun haben. Daß er sie technisch nicht bewältigen könnte oder ihm die Arbeit zu lästig sei, darf wohl als ausgeschlossen gelten. Daß Regierarbeiten nicht vorteilhaft ausgeführt werden könnten, solchen Einwand darf man in Vichtenberg erst recht nicht mehr erheben. Wer es wagt, macht sich angesichts der glänzenden Entwicklung bei den städtischen Werken einfach lächerlich. Und ein städtischer Beamter würde mit solchem Einwand nur seine sachliche Unzulänglichkeit herausstellen. Für den Wandel im Stadtbauamt bleibt daher nur die oben angedeutete Erklärung. Die Pflastermeister sind sich augenscheinlich ihres Sieges schon vollständig sicher. Sie feiern gewissermaßen die völlige Kapitulation des Stadtbauamtes, indem sie durch den Obermeister ihrer Innung die Preisgabe der Regierarbeit im Ortsblatt verteidigen lassen. Daß sie sich dabei mit den abgeordneten Redensarten begnügen müssen, beweist am besten, daß es stichhaltige Gründe für ihre Forderung einfach nicht gibt. Sie pochen auf das Recht ihrer Existenzberechtigung. Jeder Arbeiter, der mit solcher Forderung seine Weiterbeschäftigung verlangen würde, wäre des Hohnes und Spottes der Herren Pflastermeister sicher. Sie rechnen für die Stadt nach ihrem Verrechnungsschemata einen Vorteil heraus. Durch die Preisgabe der Regierarbeit würde einigen selbständigen Pflastermeistern ein gute Existenz geboten und die Stadt

gewünnte kräftige Steuerzahler. Die Idee ist großartig! Wir ziehen sofort Rückschlüsse daraus. Man erhöhe den Lohn der städtischen Arbeiter und Beamten sofort um 100 Prozent und die Stadt steigert die Steuerkraft einer ziemlich großen Zahl Einwohner um ein ganz Erfreuliches. Es wäre wirklich Eisenpiegeln, wenn man unmühevoll einige Tausende ein Einkommen von mehreren tausend Mark verschaffen wollte, um dafür vielleicht 100 Mark Steuern zu erlangen. Die Regierarbeit hat sich in Vichtenberg durchaus bewährt. Die Stadt würde erheblich zugunsten einiger Interessenten geschädigt, wollte man sie nun wieder abschaffen.

Schmargendorf.

Eine außergewöhnliche Behandlung wurde, schreibt man uns, in der Nacht vom Sonnabend auf Ostermontag zwei bezogenen Vertretern der „gebildeten Gesellschaft“, Vater und Sohn (einer von beiden soll ein „Herr“ Bankbeamter sein) beim Bahnhof Schmargendorf von dem dort postierten Revierhauytmann zuteil. Der Vater wurde angegriffen, er solle ihnen sagen, wie sie in die Jägerstraße kommen können. Als sich der Vater in artiger Ruhe den rüden Ton verbat, schrie der Alte: „Was, Sie Lump, Sie Stroich“ u. und schlug jenem mit der Faust ins Gesicht, und der „Herr“ Sohn wollte seinerseits nun auch noch drauflos schlagen. Der Schuytmann machte die Revolver jetzt doch aufmerksam auf die Schwere ihres Vergehens, ließ sie aber, nachdem er sich allerdings ihre Adresse notiert hatte, in menschlicher Rücksichtnahme auf ihren Verbleibenszustand laufen, ohne sie erst zur Polizeistation behufs Feststellung mitzuschleppen. Was würde einem Arbeiter widerfahren, wenn er sich in betrunkenem Zustand in ähnlicher Weise gegenüber einem Polizeibeamten benommen hätte?

Treptow-Baumschulweg.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins wählte zunächst einen aus acht Personen bestehenden Jugendauschuss. Alsdann erstattete Genosse Pöhl Bericht von der Generalversammlung des Kreises. Eine rege Debatte rief die Frage der Hauskasserung hervor. Infolge der vorgerückten Zeit konnte der auf der Tagesordnung stehende Bericht aus der Gemeindevertretung nicht mehr gegeben werden. Der Vorsitzende, Genosse Lemm, erwähnte die Genossen zu reger Mitarbeit in dem bevorstehenden Landtagswahlkampf.

Weißensee.

Nicht gerade großer Beliebtheit erfreut sich der von der Gemeinde in Verbindung mit dem Säuglingskrankenhause errichtete Kuhstall bei dem Milchhändler und Gemeindevertreter Schmiedede. Außer Milchpräparaten für die Säuglinge werden in dem Gemeindegarten auch sonstige Milchprodukte hergestellt, die beim Publikum bisher reißenden Absatz fanden. Zur Vergrößerung des Betriebes wurden in der letzten Gemeindevertreterversammlung wiederum 35 000 M. gefordert. Das erregte ganz besonders den Zorn des Gemeindevertreters Schmiedede. Tolendes Gelächter brach aus, als derselbe erklärte, daß die Gemeinde mit seinem „Jaguar“ noch einen bösen Reinkauf erleben werde. Gemeint hatte Herr Schm. damit den vielfach begehrten „Joghurt“. Der Redner betonte jedoch, daß er das Wort nicht anders auszusprechen vermag. Bemerkenswert sei, daß Herr Schm. Mitglied des Kuratoriums der höheren Schulen ist. Zum Schluß behauptete Herr Schmiedede, daß er seinen Rasse viel größer schneide als die Gemeinde in ihrem Rasterstall. Trotz seiner gegenseitlichen Anschauungen wurden die 35 000 M., ohne daß sich noch andere Herren dazu äußerten, bewilligt.

Brig-Bankow.

Von der Gemeindeverwaltung Brig wird jetzt — wenn auch reichlich spät — Land zu Laubzwecken direkt an Kolonisten verpachtet, und zwar die Quadratrute für 50 Pf. Vorläufig ist ein Gelände hinter den Gärtnereien der Rudower Straße, zwischen Grenzallee und dem Kanal, in einer Größe von 6 Morgen hierzu ausgeteilt. Wegen frühzeitigen Schlußes der Gemeindeverwaltung ist Gemeindevertreter Genosse Ruying, Rudower Straße 88, ermächtigt, Kontakte abzuschließen. Interessenten werden gebeten, sich sofort zu melden.

Eichwalde.

Die Gemeindevahlen finden heute Mittwoch, den 26. März, statt und zwar für die dritte Klasse nachmittags von 4 bis 6 1/2 Uhr, für die zweite von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr und für die erste Klasse von 7 1/2 bis 8 Uhr. Kandidaten sind für die dritte Klasse Alfred Wendt, für die II. und I. Klasse Gubrecht, Konstantin Janitzewski. Die Parteigenossen Groß-Berlins, soweit solche mit Eichwalder Wählern zusammenarbeiten, werden gebeten, dieselben auf die Wahl aufmerksam zu machen.

Adlershof.

Ein Großfeuer wütete in der Nacht zum Ostermontag in Adlershof. Es stand der Dachstuhl des Schauplatz Radidestr. 34 und Friedenstraße in Flammen, der erst zu Pfingsten vorigen Jahres einmal niedergebrannt war. Die Adlershofer Feuerwehr war schnell in ganzer Stärke zur Stelle und griff mit vier Schlauchleitungen ein. Auch aus den umliegenden Ortschaften eilten die freiwilligen Feuerwehren zur Hilfeleistung herbei. Nach 1 1/2 stündiger Löscharbeit konnte die Gefahr als beseitigt gelten. Der Schaden ist bedeutend. Alle Nachforschungen nach den Brandstiftern sind bisher ergebnislos verlaufen.

Hermisdorf i. W.

Der Voranschlag der Gemeinde für das Steuerjahr 1913 schließt ab in der ordentlichen Verwaltung mit 888 172 M. gegen 587 514 M. im Vorjahre. Die Einnahmen setzen sich wie folgt zusammen: Allgemeine Verwaltung 26 850 M., Polizei 4000 M., Steuern 285 510 M., Verzinsung und Tilgung der Anleihen 185 204 M., Volksschule 24 051 M., Höhere Knabenschule 19 440 M., Miete für die private Höhere Mädchenschule 2000 M., Straßen und Plätze 725 M., Friedhöfe 6280 M., Armenpflege 5470 M. Betriebe: Gaswerk 244 504 M., Wasserwerk 72 747 M. und Kanalisation 33 000 M. Die Ausgaben: Allgemeine Verwaltung 92 276 M., Polizei 20 480 M., Steuern 31 515 M., Verzinsung und Tilgung der Anleihen 185 204 M., Volksschule 85 025 M., Höhere Knabenschule 45 510 M., Zuschuß für die private Höhere Mädchenschule 6882 M., Straßen und Plätze 85 114 M., Friedhöfe 15 978 M., Armenpflege 14 555 M. Betriebe: Gaswerk 227 594 M., Wasserwerk 72 747 M. und Kanalisation 33 000 M. Die gesamten Schulden der Gemeinde betragen am 1. Januar 1913 3 297 449,25 M., das gesamte Vermögen der Gemeinde (darunter ein Vorbestand aus aufgenommenen Anleihen von 692 500 M.) beträgt 4 466 881,17 M. Der Kommunalsteuerzuschlag wurde wie im Vorjahre auf 100 Proz. festgelegt, ebenso 200 Proz. Zuschlag zur Gewerbesteuer der Klassen I und II und 150 Proz. Zuschlag zur Gewerbesteuer der Klassen III und IV. Die Grundwertsteuer wurde von 2,2 auf 2,5 pro Milie für bebauten und von 4,4 auf 5,0 pro Milie für unbebauten Grundstücke heraufgesetzt. Wegen diese sehr möglichen Steige lassen die Herren Herrmann und Rahnig Sturm. Genosse Söhrauer zeigte, daß diese Steige in allen Gemeinden Groß-Berlins mit fortgeschrittenen kommunalen Verhältnissen längst überschritten seien. Die vorgeschlagene Umänderung wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen. Das Gas- und Wasserwerk wird voraussichtlich wegen umfangreicher Erweiterungen für die nächsten Jahre nur mögliche Überflüsse abwerfen. Für bedürftige Schullinder wurden 500 M. für Vermittel, für Kur- und Heilzwecke 300 M., Gewährung von Schulgeld 100 M. und Verschaffung von Kleidungsstücken 200 M. bewilligt. Durch Beschluß der Gemeindevertretung wird die Vergabe dieser Mittel nicht als Armenunterstützung betrachtet. Ferner wurden 100 M. für Anstellung eines Schularztes bewilligt. Die Stiftung eines Ehrenpreises im Betrage von 120 M. für den Deutschen Schwimmklub, der alljährlich in Hermisdorf ein internationales Wettschwimmfest veranstaltet, wurde unter Protest unserer Genossen beschlossen. Auf die Anträge der

Beamten um Gehaltsaufbesserungen wurde nicht eingegangen. In Anbetracht des teuren Lebensunterhaltes beantragten unsere Genossen, allen Verheirateten von der Gemeinde beschäftigten Arbeitern und Beamten bei einem Jahreseinkommen bis zu 2400 M. eine einmalige Teuerungszulage von 10 Proz. ihres Einkommens zu gewähren. Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen, in der auch die Genossen Behrends und Söhrauer vertreten sind.

Bei einer anderen Gelegenheit wandten sich die Genossen Prießmeier und Behrends gegen eine Keuerung des Professor Herchner. Letzterer hatte es Spiegelschere genannt, als die Mehrheit der Vertretung einen Antrag der Boden-Aktien-Gesellschaft um Zulassung von Gruppenhausbauten für das Gelände der Neuen Bismarckstraße ablehnte. Es wurde auf Vorschlag der Kaufmission beschlossen, die Zustimmung zu dem Gruppenausbau nur dann zu geben, wenn die verlängerte Humboldtstraße, soweit sich dieselbe im Terrain der Gesellschaft befindet, von derselben anbaufähig ausgebaut wird. Da Herr Herchner die Interessen der Boden-Aktien-Gesellschaft besonders vertritt, so glaubte er, den Beschluß der Gemeindevertretung in dieser Angelegenheit als Spiegelschere bezeichnen zu müssen. Genosse Prießmeier wies diese Keuerung zurück; Herr Herchner suchte hierauf unseren Genossen dadurch abzuwehren, daß er sagte, es verstoße gegen Anstand und Sitte, seine Keuerung, die er nur als Privatäußerung getan habe, in die Debatte zu ziehen. Als nun der Gemeindevorsteher unseren Genossen in Schutz nahm und meinte, daß Prießmeier nichts gesagt hätte, was gegen Anstand und Sitte verstoße, erklärte der Herr Professor mündend, daß der Herr Amtsvorsteher die Sozialdemokraten in Schutz nehme. Der Gemeindevorsteher erwiderte, daß es seine Pflicht sei, jeden auf diese Weise Angegriffenen in Schutz zu nehmen.

Nowawes.

In der letzten Wahlvereinsversammlung hielt Genosse H. K. o. einen mit großem Interesse entgegengenommenen Vortrag über das Thema: „Der preussische Bekämpfungskrieg.“ — Zur Aufnahme gelangten alsdann 7 Genossen und 9 Genossinnen. — Den Bericht von der letzten Kreis-Generalversammlung erstattete Genosse Kirch. — Bei Besprechung des Ergebnisses der Gemeindevertreterwahlen fragte Genosse Tauschel an, was mit denjenigen Mitgliedern geschehen werde, die ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben. Der Vorsitzende erwiderte, daß der Vorstand die Betroffenen zur Rechtfertigung auffordern und danach seine Maßnahmen treffen werde. Genosse Paul Neumann wies anschließend an seine Kritik über den Bauausfall auch auf den schlechten Besuch der Mitgliederversammlungen hin und bedauerte lebhaft, daß die Mehrzahl der Mitglieder ein so geringes Interesse an den Aufgaben der örtlichen Parteioorganisation zeigen. Der Vorsitzende suchte den schlechten Versammlungsbesuch dadurch zu erklären, daß die Arbeiterklasse durch die vielen örtlichen Vereine zu sehr in Anspruch genommen wird. — Bei Besprechung von Gemeindegangelegenheiten beschränkte sich Genosse Witte über die mangelhafte Reinigung der Luisenstraße. Er sprach den Wunsch aus, die Gemeinde möchte die Hausbesitzer eventuell unter Anwendung von Strafen zur besseren Straßenreinigung anhalten. Genosse Paul erwiderte, daß die Hausbesitzer gegenwärtig zur Straßenreinigung gar nicht verpflichtet seien; eine Änderung hierin werde vielleicht vom April ab eintreten. Bezüglich des von Bürgerlichen Vereinen erhobenen Protestes gegen die Auffstellung von öffentlichen Trinitätsdenkmalen bemerkte Genosse Kirch, daß die Arbeiterklasse prinzipiell gegen das Projekt nichts einzuwenden könne.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Neukölln. Donnerstag, den 27., und Freitag, den 28. März, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Hauptstr. 28/40 II, großer Sitzungssaal: Staatsberatung.

Zyandau. Donnerstag, den 27. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, im Rathaus.

Tempelhof. Donnerstag, den 27. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindegangzimmer, Dorfstr. 42.

Vichtenberg. Am Donnerstag, den 27. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, Wöddenborfstr. 6.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählene ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.

Pankow-Niederlöschhausen. Sonntag, den 30. März, mittags 1 1/2 Uhr, findet im Lokal Koczydzki Gesellschaftsraum in Pankow, Kreuzstraße 34, eine öffentliche Jugendversammlung statt. Tagesordnung: Die Ziele der freien Jugendbewegung. Referent: Herr Schöner-Friedrichsfelde. Die Jugendlichen treffen sich pünktlich 1 1/2 Uhr, Abteilung Koch am Nordbahnhof, Wollanstraße, Abteilung Süd Berliner Straße, Ecke Ragmitanstraße.

Die Arbeiterjugend von Niederlöschhausen trifft sich pünktlich 1 Uhr im Schöner-Friedrichsfelde. Die Arbeiterjugend des Gesundbrunnens wird ersucht, sich an der Versammlung zu beteiligen.

Eingegangene Druckschriften.

Hg. Monatschrift zur Verbreitung des Wissens vom menschlichen Körper. Herausgegeben von Dr. A. Epler und Dr. E. Singer. Vierteljährlich 1,25 M. Verlag: Volkswirtschaft, München.

Wein-Abrechnung. Von Karl Kadel. Im Selbstverlag des Verfassers. Zu beziehen von der Buchhandlung der „Bremser Bürgerzeitung“. Preis 30 Pf.

Briefkasten der Expedition.

Valenten in Berlin, Buch und anderen Heilkräften. Diesen unsern Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilkräften bleiben, wollen wir wegen der Ueberweisung von Heilkräften sofort ihre Adresse einreichen, da bei veränderter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Witterungsübersicht vom 25. März 1913.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur in Grad Celsius
Swinemünde	765,923	3 heiter	3	3	Labaranda	760,8	2 wolkig	—	-14
Danzburg	769,923	3 wolkig	3	3	Petersburg	754,0	1 heiter	—	-0
Berlin	768,923	4 heiter	3	3	Seibitz	767,0	3 heiter	—	7
Frankfurt a. M.	769,923	1 heiter	3	3	Waldheim	768,923	3 heiter	—	1
München	768,923	3 heiter	3	3	Waldheim	768,923	3 heiter	—	3
Wien	768,923	3 heiter	11	11					

Wetterprognose für Mittwoch, den 26. März 1913. Vielst. heiter, nachts sehr kühl am Tage wieder etwas wärmer bei möglichen nordöstlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 24. 3. 1913	seit 23. 3. 1913	Wasserstand	am 24. 3. 1913	seit 23. 3. 1913
Regel, Havel	418	+2	Gaale, Spandau	102	-6
Regel, Havel, Unterhavel	120	-2	Gaale, Spandau	70	-4
Regel, Havel, Törn	203	+5	Gaale, Rathenow	121	+2
Dber., Havel	190	+4	Spree, Spremberg	90	-3
Regel, Havel	140	+2	Spree, Bestrom	87	-1
Regel, Havel	141	+2	Spree, Wittenberg	287	+21
Regel, Havel	94	-6	Spree, Wittenberg	287	-1
Regel, Havel	73	-3	Regel, Wittenberg	—	—
Regel, Havel	14	-0	Regel, Wittenberg	—	—
Regel, Havel	61	+20	Regel, Wittenberg	—	—
Regel, Havel	—	—	Regel, Wittenberg	—	—
Regel, Havel	196	+3	Regel, Wittenberg	—	—
Regel, Havel	152	-2	Regel, Wittenberg	—	—

) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterpegel.

JUNO

2 Pfg.

QUALITÄTS
CIGARETTE



Josefetti

Wegen gänzlicher Aufgabe Total-Ausverkauf

der Charlottenburger Filiale
Nehringstr. 34.
In allen Geschäften dieselben billigen Preise

Lewinsohn

1. Geschäft: Rosenthaler Str. 40-41 Hackescher Markt
2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110 Strausberger Platz
3. Geschäft: Charlottenburg Nehringstr. 34 Ecke Magazinstr.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.**
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

LÖWENBIERE
SIND AUF DER HOHE

Jahresumsatz:
1902/03 ca. 43.000 hl.
1911/12 ca. 309.000 hl.

Export nach allen Weltteilen.

Löwen-Caramel
pro Flasche 10 Pf.
Überall käuflich
oder Fernsp. Nord, 10370-10372.

Löwen-Brauerei A.-G.
Berlin N.

Farben-Lacke
Leinöl-Firnis Pfd. 32 Pf.
Bleiwölz " " 25 "
Deckweiß " " 10 "
Bernst.-Fußl. " 55 "
Wörl. Ocker Pfd. 15 "
per 10 Pfd. frei Haus.
M. Franke,
Magazinstr. 18a.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 26. März 1913.

Anfang 4 Uhr.
Urania. Paris und die Königschlösser von Versailles.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus, Bohème.
Kgl. Schauspielhaus, Wilhelm Tell.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Königsgräber Straße, Macbeth.
Hietus Busch, Gala-Vorstellung.
Hietus Albert Schumann, Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Urania. „Hohenzollern“-Fahren.
Kammerstücke. Schöne Frauen.
Leitung. Einflame Menschen.
Berliner, Himmelsberg.
Meines, Professor Bernhardt.
Kurfürstendamm, Tosca.
Theater des Westens, Die beiden Gularen.
Deutsches Schauspielhaus, Das gelobte Land.
Deutsches Opernhaus, Die lustigen Weiber von Windsor.
Schiller O. Gyges und sein Ring.
Schiller-Charlottenburg, Der Andere.
Groß-Berlin, Das Farmernädchen.
Metropol, Die Alno-Königin.
Trianon, Wenn Frauen reisen.
Theater am Nollendorfsplatz, Extrazug nach Nizza.
Reichshallen, Die Frau Präsidentin.
Waldhalla, Parole Walhalla!
Folies Caprice, Des Löwen Erwachen.
Waldhalla, Parole Walhalla!
Folies Caprice, Des Löwen Erwachen.
Hofes Seitenprünge.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus, Pariser Luft.
Schiller-Theater, Die Alno-Königin.
Waldhalla, Parole Walhalla!
Folies Caprice, Des Löwen Erwachen.
Hofes Seitenprünge.

Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast, Eisballett: Flirt in St. Moritz.
Berliner Eispalast, Lebende Eis-Skulpturen.
Sternwarte, Zwölfenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Waldhalla, Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 60 Stunden.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Geschwister. Quartet: Elga.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Andere.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Andere.

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königsgräber Straße
7 1/2 Uhr: **Macbeth.**
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: **Das gelobte Land.**

Theater am Nollendorfsplatz
In allen Tagen der Woche
8 Uhr:
Extrazug nach Nizza.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Die beiden Husaren**
Sonnt. 8 1/2 Uhr: **Der Frauenfresser.**

Montis Capere-Theater
(fr. Neues Theater), Am Nordend 1141.
8 Uhr: **Der Zigeunerprimas.**

Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwank in 3 Akten
von R. Henniquin u. F. Weber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Luisen-Theater
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Vor 100 Jahren
oder:
Napoleons Sieg und Fall.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Im wunderschönen Monat Mai.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Verlassene Frauen.
Vollständ. in 3 Akten von R. Eingen.
Morgen: **Verlassene Frauen.**

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: **Nauchen gefaltet!**
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Karl Freund
und G. Olanowski.
Nacht von Jean Gilbert.
Im Szene geleit v. Dir. H. Schuy.
Karl Bachmann J. Giampietro
G. Thielscher V. Norbert
H. Ballot J. Russka Ly Winter

Herrnfeld Theater
Neuer großer Erfolg!
Schonzeit-Jäger.
Siebesprobe.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Jugendheim - Neukölln.
Sonnabend, den 29. März, in „Kliems Festsälen“, Hasenheide 14:
:: :: Großes Konzert :: ::
zum Besten der Jugendheime.
Mitwirkende:
Jugendorchester Garmen, Männerchor Neukölln, Rezitator Winguth u. a.
Tanzbeginn im großen Saal 1/2 12 Uhr, im kleinen Saal 9 Uhr,
:: :: abwechselnd mit Gesang, ernsten und heiteren Vorträgen. :: ::
Eintrittspreis: Erwachsene 30 Pf. Jugendl. 20 Pf. Zutrittsberechtigung f. beide Säle.
Saalöffnung 1/2 8 Uhr. Beginn 1/2 9 Uhr. 284/7
Garderobe 10 Pf. Tanz 30 Pf.
Programmheft gratis. Siehe Plakate. Karten überall erhältlich und an der Kasse.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen, Badstraße 38.
Mittwoch, den 26. März 1913:
Ein ehrlicher Maffler.
Vollständ. mit Ges. in 4 Akten v. Trepert.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Vorankündigung: Sonnabend, 29. März:
Benefiz für Otto Rein: Saftaltes Ende.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr.
Die Novitäten:
Des Löwen Erwachen.
Bunter Teil.
Hofes Seitenprünge.

Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Wenn Frauen reisen
Sonntag 8 Uhr: **Der seltsame Toupinel.**

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20. Täglich 8 1/2 Uhr:
Parole: Walhalla!
Große Jahresrevue.
Vorankündigung haben heißt Günstigkeit!

Admiralspalast.
Allabendlich:
Das neue mit durchschlag.
Erfolg aufgef. **Eisballett**
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Solos im Luxushotel.
3. Akt: Japanisches Fest. Unter Mitwirkung der kl. Charlotte.
Bis 6 U. a. v. 10 1/2, halb Kassener Wein- u. Bier-Abteilung.

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 45/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Paris und die Königschlösser von Versailles.
Abends 8 Uhr:
„Hohenzollern“-Fahren.

Nur kurze Zeit!
Zirkus Barum
nebst gr. Raubtier-Dressurschau.
Berlin N., Trittstraße,
an der Müllerstraße.
Neu! Mittwoch, den 26. März,
nachmittags 4 Uhr:
Schüler- u. Familienvorstellung.
In dies. Vorstell. zahl. Erwachsene u. Kind.: Gal. 25 Pf., 3 Pf. 35 Pf., 2 Pf. 45 Pf., 1 Pf. 70 Pf., Sperrsitze num. 1 M., Loge 1,50 M.
Abends 8 1/2 Uhr:
Gala-Sport-Abend
m. einem aussergewöhnlichen Prachtprogramm. In allen Vorstell. Vorführ. d. gesamt. Raubtierdressur u. a. über Attraktionen, u. a. Mr. Miraldo, das anatom. Wunder u. medizin. Rätsel.

Zirkus Albert Schumann.
Heute Mittwoch, den 26. März, abends 7 1/2 Uhr:
Große Extra-Gala-Vorstellung.
U. a.:
Direktor A. Schumann
mit seinen neuesten Creationen.
10 Lio-Hol-Tschu's 10
chinesische Gaukler.
Luit-Balance-Akt
Mr. Belly and Bera

Um 9 1/2 Uhr:
Das größte Ausstattungsgestück der Gegenwart
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.

Schluss der Saison:
Donnerstag, 3. April.
Zirkus Busch.
Heute Mittwoch, den 26. März, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
U. a.:
Karl-Eugen-Troupe,
Gymnastik in höchst Vollend. Red & Best, Manökomiker, Der mysteriöse Deckenläufer?
Clown Pepino, Tiaradress.
Geschw. Flochi
in ihrem wundervoll. Reitakt.
Zum Schluss:
Die große Prunk-Pantomime „Sevilla“.

Theater Königstadt-Gasino.
Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1. Minut. Bahn. Jannotigbrücke
Tägl. abds. 7 1/2, Sonnt. 1/2 6 Uhr:
O. diese Chausseure!
Sitzspiel von Rich. Stehler - u. das
groß. Spezialitätenprogramm
Feb. 1. u. 16. Programmwechsel.

Germania-Prachtsäle
N. Chausseest. 110. K. Richter.
Genz. Mittwoch:
Paul Mantheys lustige Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem Freitags.
- Borgussarten gelten.
Morgen Donnerstag:
Großes Militär-Streichkonzert.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Bühnen-Größen“
Burleske von Meyssel und Britton.
Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Stürme der Heiterkeit erregt die neue urkomische Pöffe
Arturs Flitterwochen.
Zu der erstklassigen bunten Teil.
Nur Attraktionen 1. Rang.
Sonntag 4 Uhr: **Die Hochhepterin.**

„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus
Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert.
Gastspiel des Philharmonischen Blasorchesters
aus Holland. Dirigent: Maestro Loreto Tesone.
Musik. 2. Garde-Regiments u. P. Dirig.: Oberm. Graf.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritte.

Passage-Panoptikum
Mac-Frog, der unersättliche Froschschluckler
Das Verschlucken u. Zurückbringen leb. Frösche u. Fische.
Die WILDEN Feuerfresser
in ihren
fant. Märtyrer-Produktionen.
Alles lebend!
Alles ohne Extra-Entree!

Berliner Humor-Quartett
W. Wutzky Oberberger Str. 36

Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

